

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsbeilage. Unter Kreuzband für Preussland und Ostpreussen 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Bestellungen nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die festgehaltene Kolonelle oder deren Raum 80 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgehaltene Wort 20 Pf. (zweifach zweifachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkeltal Verlag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 6. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Immer feste druff!

Es weht ein scharfer politischer Wind in den preussischen Strafkammern! Die Staatsanwälte fahren schweres Geschütz gegen die Kämpfer der Opposition auf und auch die Richter scheinen sich den erfrischenden Grundsat: Immer feste druff! zu eigen zu machen. Vor wenigen Tagen erst ist die Genossin Rosa Luxemburg mit grausamer Strafe belegt worden, weil sie den „Lebensnerve des Staates“, den Militarismus, angetastet haben soll und gestern hat das Berliner Landgericht gegen den Schriftsteller Hans Leuß sechs Monate Gefängnis ausgesprochen wegen angeblicher Beleidigung des deutschen Kronprinzen. Wegen angeblicher Beleidigung, denn wer mit der nötigen Unbefangtheit den „verbrecherischen“ Artikel „Wilhelm der Letzte“ in Nr. 2 der „Welt am Montag“ liest, wird darin richtige Folgerungen aus richtigen Tatsachen in Flüße, aber nimmer eine „Beleidigung“ des Thronerben finden. Im schlimmsten Falle wird man anerkennen müssen, daß es hier nur so aus dem Walde herausschallte, wie hineingerufen wurde.

Und Friedrich Wilhelm, Kronprinz von Preußen und des Deutschen Reiches, liebt es, kräftig und laut in den Wald hineinzurufen. Als simpler Sterblicher hätte er noch lange nicht das wahlfähige Alter erreicht, da begann er schon sich bemerkbar zu machen und schmähte die größte Partei des Landes als „Eiende“, eine Erbscheinung, die nicht so ganz befremdlich wirken konnte, denn die Weisheit, daß wie die Alten sagen, so die Jungen zwitschern, wird auch an dem Vor von Hohenzollernschloßern nicht außer Kraft gesetzt. Dann betätigte er sich hier und betätigte sich dort, und wenn man des Kronprinzen Leben nur aus der Perspektive des Films ansah, war es ein geistig nicht sehr inhaltreiches, aber lebenswürdiges und frisches Dasein, das sich hier abrollte. Tennisplatz, Schwadronsergerieren, Festessen, Steinbockjagden, ein Hund, Polo, Spiel, Patallonsgerieren, Festessen, Damwidjagden und noch ein Hund, Tennisturnier, Regimentsgerieren, Festessen, Tigerjagden und ein drittes Kind — so floßen die Tage des künftigen deutschen Kaisers und Königs sanft und lieblich dahin, um den talmudischen Vergleich zu brauchen, wie ein Haar, das man durch die Milch zieht. Aber nicht umsonst rollt das Blut Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms II. in den Adern des jungen Herrn, und ab und an regte sich der stürmische Drang unter der verschürzten Hufarenjacke, nach außen politisch zu wirken. Der kleine Kreis, in dem er sich dem Anschein nach sehr wohl fühlt und in dem er vertraute Beziehungen anknüpfte, stand mit seinen landläufigen Anschauungen dem Empfinden des deutschen Volkes so fern wie nur möglich. Tonangebend war in diesem Kreise jener saftige Vollblutjunker von Jansschau, der lieber heute als morgen des Deutschen Reiches Verfassung auf eine ostelbische Mißgabel spielen und auf einen ostelbischen Mißhaufen schlemmern möchte. Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist! Kein Wunder denn, daß dieser Friedrich Wilhelm keinen Schimmer des üblichen Kronprinzenliberalismus ausstrahlte, sondern daß er sich ganz im Sinne der ostelbischen Herrentrasse auswirkte, wenn einmal in seiner Brust der Mut seine Spannkraft übte. Das geschah besonders, als er dem Oberst von Jabern, der einer Aufmunterung wahrhaftig nicht bedurfte, die „berühmt“ gewordenen Telegramme sandte: „Bravo!“ und „Immer feste druff!“

Nun könnte man interessante Vergleiche anstellen und fragen: Wenn es Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze war, was die Genossin Rosa Luxemburg getan, was ist dann, angesichts von Reuters nachgewiesenen ungeheuerlichem Treiben, die Aufpeitschung: „Immer feste druff!“? Aber wie immer die Antwort auf diese Frage lauten mag, eines ist sicher: wer mit so unterstrichener Geberde sich politisch vordrängt, der muß auch eine nicht ganz sanfte Kritik vertragen können. Ein Kronprinz, der nur Tennisbälle über das Reich schleudert, hat berechtigten Anspruch darauf, nur ihm und wieder im Sportteil der Presse aufzutreten; aber ein Thronerbe, der so bedenkliche Telegramme wie das an den Kommandeur der Wer in die Welt schleudert, darf nicht enttäuscht sein, wenn sich die Leitartikel lieberdöll mit den lebhaftesten Äußerungen seines Latendranges beschäftigen.

Dies und nicht mehr geschah in dem Artikel der „Welt am Montag“, dessen Autorschaft Hans Leuß jetzt mit sechs Monaten in einsamer Kerkerzelle büßen soll. Logisch wurde da ausgeführt, daß mit solchen Sprüngen der Kronprinz lediglich Wasser auf die Mühlen der republikanischen Propaganda leite. Die Strafkammer aber sah in diesen Ausführungen nur Ausdrücke der Mißachtung, und die böswillige Absicht der Ehrverletzung und billigte dem Angeklagten nicht einmal mildernde Umstände zu. Allerdings weicht die Urteilsbegründung nicht den Eindruck, als hätten die Richter leicht und glatt die Begründung für die Mißachtung- und Ehrverletzungsabsicht des Angeklagten gefunden. Als eine besondere Niedertracht wurde Herrn Leuß sogar die Feststellung aufgemutet, daß in dem Regimentsbefehl beim Abschied von den Totenkopf-Hufaren der Drang des Gefühls auch des Kronprinzen Herrschaft über die Sprache erschüttert habe. Im Hause des Gehängten soll man nicht vom Strid reden, und ausgerechnet preussische Juristen sollten lieber nicht daran erinnern, welche Sünden oft gegen den heiligen Geist der deutschen Sprache begangen werden. Auch Hohenzollern

haben sich zahlreich unter diesen Sündern befunden und mit den meisten von ihnen verhält es sich wie mit jenem deutschen Kaiser des Mittelalters, der auf einen gräßlichen Sprachschneider aufmerksam gemacht, barsch erwiderte, ein Kaiser stehe supra grammaticam, über der Grammatik.

Aber es enthält die schwache Position der preussischen Justiz in diesem Kronprinzen-Beleidigungsprozeß, daß sie zu solchen Beweisständen ihre Zuflucht nehmen muß. Freilich würde sie auch mit einer noch bedenklicheren Argumentation den rauschenden Beifall der echtpreussischen Leute einheimsen. Diese struppelosen Burche wollen eine politische Justiz, die ordentlich dazwischen pfeffert, eine Justiz, die sich nicht nach den Grundfragen objektiven Rechts, sondern nach den „Staatsnotwendigkeiten“, das will sagen: nach den Interessen der jeweils herrschenden Sippe richtet. Diese struppelosen Burche jauchzen hell auf, daß die Schonzeit vorüber und die Treibjagd auf Sozialdemokraten und ähnliches Gesindel wieder eröffnet ist. Jetzt heißt es, einen anständigen Streckenbericht zustande zu bringen. Rosa Luxemburg — ein Jahr Gefängnis! Hans Leuß — sechs Monate Gefängnis! Und morgen zieht man von neuem auf die Birsch, denn auch gegen den Genossen Meyer vom „Vorwärts“ und gegen Herrn Zeppler vom „Freien Weg“ wird in den nächsten Tagen der Staatsanwalt das Pathos seiner sittlichen Entrüstung wegen angeblicher Kronprinzenbeleidigung ausströmen lassen. Und muß es nicht den konservativen Demagogen gelingen, den letzten Spießbürger im faulsten Dienstanwinkel mit solchen Urteilen gegen das deutsche Republikanertum auf die Beine zu bringen? Dieser Spießbürger angenehme Gilde kennt Friedrich Wilhelm nur aus dem Kien-topp: wie er in elegantem Sprung über Hüden setzt, wie er mit „Gilly“ — ach Jotte doch! — den Morgenkaffee nimmt, wie er arme Jungens in die Ferienkolonie schickt, und wie er sich überhaupt vor Verteiligkeit nicht zu lassen weiß. Und da kommen diese widerwärtigen radikalen Revolutzer und behudeln uns unsere heiligsten Gefühle — die Hülpanstößeln aus und mit dem konservativen Stimmzettel an die Knie! Hurra!

Aber das deutsche Volk besteht nicht nur aus Spießbürgern, und dicke Massen zwischen Remel und Welt, zwischen Rhein und Alpen werden sicherlich von solchen Urteilen zu der Erkenntnis aufgerüttelt, daß es mit einer republikanischen Staatsverfassung doch nicht so ohne ist und daß auch die Losung: „Immer feste druff!“, wenn denn schon einmal Farbe bekannt werden muß, sich hören lassen kann. Wenn Herr v. Oldenburg darum ein wahrer Freund des Kronprinzen ist und ihn nicht nur als Werkzeug für den „gefunden Egoismus“ seiner Klassengenossen betrachtet, müßte er ihm in seiner derben Deutlichkeit sagen: Königlichste Hoheit, für den künftigen Kaiser ist es nicht ganz die rechte Art, sich die Liebe der deutschen Volksmassen zu erwerben, indem er mit den Stalpen ihrer Vorkämpfer sein Wigwam schmückt. Und Tennispielen ist besser als Telegraphieren. Denn wenn es auch niemanden zum Monarchismus bekehrt, so treibt es doch auch niemanden zum Republikanismus.

## Mobilmachung gegen die Rote Woche.

Soeben erhalten wir die vertrauliche Mitteilung, daß die preussische Regierung Anweisung gegeben hat, unsere Arbeit in der Roten Woche so viel als möglich zu erschweren. Die Regierungspräsidenten haben dieser Anordnung der preussischen Regierung dadurch Folge gegeben, daß sie an die Landratsämter durch einen geheimen Erlaß die Anweisung gaben, die Gendarmen und Polizeibehörden ersatz zu beauftragen, in der Roten Woche alle Plakate der Sozialdemokratie, die in den Wirtschaften ausgehängt werden sollten, sofort zu konfiszieren und über die Anhänger ein Strafmandat zu verhängen. Das Vorgehen gegen die Rote-Woche-Plakate soll gegründet werden auf § 9 des alten preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851.

Dieser durch das Reichspreßgesetz leider nicht beseitigte alte Rest aus der Reaktionszeit verbietet politische Plakate; gestattet sind nur Ankündigungen nichtverbotener Versammlungen, Ankündigung von Vergütungen oder Plakate, die sich mit gestohlenen, verlorenen Sachen, Verläufen usw. beschäftigen. Auch Geschäftsplakate, die zum Zwecke der Bekämpfung auf politische Vorgänge Bezug nehmen, fallen unter das Verbot des preussischen Preßgesetzes. Es ist kein Zweifel, daß Anzeigen wegen Anschlagens politischer Plakate auch zur Verurteilung der „Missetäter“ führten. Aber der § 9 verbietet nur, daß Plakate angehängt werden, in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden. Das Verteilen von Druckschriften in geschlossenen Räumen ist von einer polizeilichen Erlaubnis nicht abhängig. Wenn der preussische Polizeiminister mit seinen Truppen gegen die Rote Woche zu Felde zieht, so können die Gendarmen wohl darüber wachen, daß politische Plakate nicht an die Säulen und nicht an die Häuser kommen. Sie können wohl auch in der einen oder anderen Gastwirtschaft ein an die Wand angehängenes Plakat „konfiszieren“, aber sie können nicht hindern, daß Druckschriften, die sich auf die Rote Woche beziehen, in den Räumen der Gastwirtschaften verteilt werden. Ver-

geht dann ein Gast, das ihm gegebene Blatt mitzunehmen — und das wird mehr als einem passieren — und bedecken sich dann die Tische langsam mit solchen Druckschriften, dann erfüllt die gefährliche Rote Woche doch ihren Zweck und Polizei, Landrat, Regierungspräsident und Minister sind machtlos, das zu hindern.

Den Genossen im Lande aber wird dieses Vorgehen der preussischen Regierung ein kräftiger Ansporn sein, die Rote Woche zu einem glänzenden Erfolge der Sozialdemokratie zu gestalten. Man fürchtet die Sozialdemokratie, man klammert sich an alte verstaubte Gesetzesbestimmungen, um die Agitation zu hindern. Man bietet Gendarmen und Polizisten auf — alles umsonst! Die Sozialdemokratie spottet dieser ohnmächtigen Versuche, sie im Fortschreiten aufzuhalten. Diesen Beweis wird die Rote Woche erneut erbringen: Viele Tausende neuer Mitglieder und viele Tausende neuer Leser des „Vorwärts“ werden das Ergebnis sein. Alle offiziellen Kampfanlagen gegen die Rote Woche werden nur dazu beitragen, den Triumph der Sozialdemokratie zu erhöhen.

## Ein neues Polizeigesetz.

Unter dem harmlos klingenden Titel: „Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung einiger Paragraphen der Gewerbeordnung“ ist dem Reichstage ein Gesetzentwurf zugegangen, der als außerordentlich schlimmes Polizeigesetz bezeichnet werden muß. Der Entwurf will die Verhältnisse im Gastwirts- und Schankgewerbe einer Neuordnung unterziehen und enthält gleichzeitig Vorschriften über die Veranstaltung von Singspielen, Gesängen und desamatorischen Vorträgen, Vorführung von Personen oder Tieren oder theatralischen Vorstellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, ferner Lichtspielen, die in Wirtschaften oder sonstigen der Öffentlichkeit zugänglichen Räumen dargeboten werden.

Das neue Gesetz bestimmt, daß allgemein bei der Genehmigung zum Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft die Bedürfnisfrage nachgewiesen werden muß. Die Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft darf nicht erteilt werden, wenn der Nachsuchende nicht die erforderliche Zuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb besitzt, insbesondere wenn zu befürchten steht, daß er das Gewerbe zur Förderung der Böllerei, des verbotenen Spiels, der Pöberei, der Unsitlichkeit oder zum Betriebe verfallener oder verdorbener Nahrungs- oder Genussmittel mißbrauchen werde. Der Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus darf weder mit einer Schankwirtschaft mit nicht geistigen Getränken, noch mit einer Speisewirtschaft zusammen betrieben werden. Die Landeszentralbehörde kann im Interesse der Gesundheit und der Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes in den Gast- und Schankwirtschaften, insbesondere über die Zulassung, die Beschäftigung und die Art der Entlohnung weiblicher Personals Bestimmungen treffen. Der Ausschank von Absinth oder verwandten Getränken kann beschränkt oder ganz verboten werden. Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf Vereine, die den gemeinschaftlichen Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen zum Zweck haben; besonders werden darunter die Konsumvereine verstanden werden müssen.

Die künftig vorgeschriebene Erlaubnis zum Betriebe von Singspielen, Lichtspielen usw. ist zu versagen, wenn gegen den Nachsuchenden Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die beabsichtigten Veranstaltungen den Gesetzen oder den guten Sitten zuwiderlaufen werden oder wenn der Nachsuchende die erforderliche Zuverlässigkeit nicht nachzuweisen vermag; ferner dann, wenn der den Verhältnissen des Bezirks entsprechenden Anzahl von Personen eine solche Erlaubnis bereits erteilt ist. Auch für diese Betriebe wird sonach die Bedürfnisfrage eingeführt.

Gewerksmäßige instrumentale Musikaufführungen jeder Art und gewerksmäßige phonographische Vorführungen in Schankwirtschaften oder anderen öffentlichen Orten können verboten oder beschränkt werden, wenn die Nachbarschaft erheblich belästigt wird.

In der Begründung wird ausgeführt, daß strengere Vorschriften über den Betrieb von Gastwirtschaften erlassen werden müssen, weil besonders in den größeren Städten oft solche Personen zu diesem Gewerbe greifen, die wegen unzureichender Charaktereigenschaften oder Arbeitslust in anderen Unternehmungen Schiffbruch gelitten haben und die Hoffnung hegen, als Wirt auf leichtere Art bei einem gewissen Wohlleben ohne ernsthafte Arbeit ein Auskommen zu finden. Solche Wirt sind es zumeist, die durch Duldung und Förderung der Böllerei und Unzucht, namentlich auch durch Heranziehung weiblicher Bedienung, schwere Mißstände hervorgerufen, gegen die der Entwurf ankämpfen will. Es steht zu befürchten, daß unter diesen Umständen auch die politische Gesinnung des am eine Konzeption Nachsuchenden zum Anlaß genommen wird, ihm die Konzession zu verweigern. Der Gesetzentwurf will einer Anzahl offenkundiger Schäden entgegenwirken, so z. B. dem Ueberhandnehmen der Animerkneipen; gleichzeitig aber räumt er der Polizei soviel Rechte ein, daß es künftig tatsächlich vom Belieben der Polizei abhängen wird, ob jemand eine Gast- oder Schankwirtschaft betreiben darf oder nicht.

In der Begründung wird weiter darauf hingewiesen, daß durch den Gesetzentwurf auch die sogenannten Kaffeeschänken, soweit in ihnen Unsitlichkeit vorkommen, und ferner die unter dem Namen „Vouillonkeller“ bestehenden Betriebe unterdrückt werden sollen. Außerdem will man den Weinstuben, Teesalons, Bars usw. zu Leibe gehen, soweit in ihnen Kellnerinnen beschäftigt werden.



Ein Vorteil ist es dagegen, daß der Entwurf der Verträge die Möglichkeit gibt, vorzuschreiben, daß der Unternehmer dem weiblichen Personal einen festen Lohn zahlen muß und die Entlohnung von irgendwelchen Abgaben nicht fordern darf. Das Verbot des Handels mit Abfall wird damit begründet, daß durch den Genuß dieses Giftes schwere Gesundheitsschädigungen eintreten.

Soweit sich die Vorschriften, gegen die Kinetographischen Unternehmungen wenden, wird in der Begründung dargelegt, daß manche dieser Veranstaltungen auf die Jugend ebenso vergiftend einwirken, wie die Schmutz- und Schundliteratur. Die Begründung ist so unschlüssig und so beidnartig, daß man die Befürchtung nicht von der Hand weisen kann, daß schließlich die Polizeibehörde das neue Gesetz noch dazu verwenden würde, um Kinetographische Vorstellungen zu unterbinden, die im Interesse der freien Jugendbewegung veranfaßt werden.

Soll der Entwurf Gesetz werden, so muß er gründlich umgearbeitet werden; vor allen Dingen ist es absolut unzulässig, die Befugnisse der Polizeibehörde noch weiter zu vergrößern, ganz abgesehen davon, daß der Zweck, den das neue Gesetz verfolgt, am besten dadurch erreicht würde, daß man die Volksaufklärung fördert und die soziale Lage der Schichten, die ausgebeutet werden, hebt.

## Oesterreichischer Jammer.

Aus Wien wird uns vom 4. März geschrieben: Am Donnerstag soll das Abgeordnetenhaus wieder zusammenzutreten, nachdem es im Juni enifernt werden mußte, um dem 14. März zu machen. Aber die Aussichten, mit denen die Frühjahrstagung eröffnet wird, sind die denkbar schlechtesten: im Hintergrunde lauert die Disziplin und allen Ernstes wird bereits von der Auflösung des arbeitunfähigen Hauses geredet. Kein Mensch könnte zwar sagen, was mit der Auflösung an der Krankheit, die ja außerhalb des Parlaments ihren Sitz hat, geändert werden könnte; aber die Regierung, die auflöst, denkt dabei weniger an Parlament als an sich. Sie kommt scheinbar aus der Sackgasse, und so lange das neue Haus nicht da ist, bleibt sie im Amte. Und dies ist den österreichischen Regierungen, wie sie sich unterstützen von dem hohen Alter des Kaisers, herausgebildet haben, heute die Hauptsache.

Das Unheil kommt diesmal, wie schon oft, von Böhmern her. Dort ist, wie man vielleicht noch weiß, das verfassungsmäßige Leben seit Jahren verdrückt. Der Landtag war von seiner Geburt her obstruiert, und zwar so gründlich obstruiert, daß er es in den fünf Jahren seines Bestehens nicht einmal zur Konstituierung brachte. Die Finanznöte des Landes wurden schließlich so arg, daß sich die Regierung zum Eingreifen entschließen mußte: sie löste den Landtag im Sommer des vorigen Jahres auf, befreite die gewählten autonomen Landesausschüsse und setzte das Land gleichsam unter Sequester, indem die Verwaltung in die Hände einer von der Regierung aus Beamten der Statthaltereie gebildeten Verwaltungskommission übertragen wurde, der, um die größten Finanzschwierigkeiten zu beseitigen, namhafte Steuererhöhungen bewilligt wurden. Inzwischen wurden die Versuche fortgesetzt, zwischen den hadernden Nationen einen Ausgleich zustande zu bringen, der die Wiedererrichtung des Landtags ermöglicht hätte. Diese Versuche wurden um so dringender, als die Forderungen, die die Beseitigung der autonomen Landesverwaltung als eine schwere Demütigung empfinden, als eine Depositionierung ihres „glorreichen Königtums“ erklärt hatten, ohne böhmischen Landtag werde es keinen Reichsrat geben; eben infolge ihrer Obstruktion gegen das Budgetprovisorium mußte das Parlament im Januar heimgeschickt werden. Die Versuche sind aber auf der ganzen Linie gescheitert. Die Regierung Stürgkh hatte sich hinreichend lassen, in den Vorlagen, die sie den Unterhändlern als „Material“ unterbreitete, dem tschechischen Standpunkt nach der Zweiparitätigkeit in ganz Böhmen mehr als nötig entgegenzukommen — wohl deshalb, um die Forderungen der Obstruktion abzuwehren —; dadurch hat sie aber wieder den Juxor der Deutschen geweckt, die nun am letzten Sonntag in Prag das Verhandeln auf der Grundlage dieser Vorlagen rundweg abgelehnt haben. Hierbei hat die Gerechtigkeit der deutschböhmischen Wähler infolge des unfruchtbarsten fünfjährigen Obstruktionskrieges natürlich Anteil; auch spielen die Eifersüchteleien zwischen den deutschbürgerlichen Parteien mit, denen es allen an Ernst und Verantwortlichkeitsgefühl fehlt, und die alle nur daran denken, vor den Wählern als die „Radikaleren“ dazustehen. Wie sehr diese Parteien des Sozialdemokratie; während die tschechisch-bürgerlichen Parteien die Weizsäckerei der Sozialdemokraten zu den Ausgleichsverhandlungen geradezu forderten, machten die Deutschbürgerlichen aus dem Fernhalten der deutschen Sozialdemokraten von den Ausgleichskonferenzen geradezu eine Kabinettsfrage! (Nebenbei bemerkt, haben die Separatisten der Einladung entsprochen, obwohl die deutschen Sozialdemokraten danach nicht eingeladen wurden: ein neuer Beweis ihrer Auffassungen von proletarischer Solidarität!) Jedenfalls steht die Sachlage so, daß der Ausgleich in immer weitere Ferne rückt, daß man heute nicht einmal an Verhandlungen über den Ausgleich denken kann! Nun kommt das Parlament wieder zusammen und soll wieder sofort vor dem Dilemma stehen: ohne Landtag kein Reichsrat! Vielleicht würde aus diesem Dilemma ein Wechsel der Regierung den Ausweg weisen — dies um so mehr, als die Regierung Stürgkh total ungebraucht ist, im ganzen Parlament nicht einen rechtlichaffenen Anhänger hat und schon längst mit ihrem Wig zu Ende ist. Aber daß er ein Hindernis sei, fällt dem Grafen Stürgkh nicht ein, und von der Krone ist ein Eingreifen, wie es vorwärts geschah, als ein stütziges Kabinett zu beseitigen war, nicht mehr zu erwarten. So steht man den Dingen einfach wehlos gegenüber.

Die Sachlage verschärft sich noch, weil der Reichsrat wieder einmal den Militarismus roboten soll: es soll eine namhafte Kontingenterhöhung beschlossen werden, man braucht die Ermächtigung zu einer Anleihe von einer halben Milliarde, da durch die Rüstungen während des Balkankrieges die Kassen bis zur Neige ausgeschöpft sind, und schließlich sollen dreihundert Millionen für strategische Bahnen in Bosnien bewilligt werden. Das alles ist freilich ohne Reichsrat nicht zu machen; wenn es aber mit dem Reichsrat auch nicht geht?

Ueberhaupt ist die gesamte Situation des Gabsburgerreichs unsäglich düster. Die Mangelhaftigkeit kriegerischer Bewaffnungen, nach mehreren Fronten, hängt wie eine schwere Gewitterwolke über dem gequälten und zerrissenen Reich. Trotz der äußerlichen Ruhe ist der ganze Süden innerlich im Abfall begriffen. Der Hochverratsprozeß gegen die ungarischen

Ruthenen, die Höllemaschine in Debreczin sind wahre Flammenzeichen; mit dem Schreckensregiment der magyarischen Disziplinäre sind die zentralen Kräfte, die nun auch in Ungarn wach werden, nicht zu bannen. Das schlimmste ist freilich die erschreckliche Unzulänglichkeit des Regierens in beiden Ländern: man denkt nur noch an den Augenblick, und von einer der Entwicklung überwachenden Einsicht ist nichts zu bemerken. Ueber das ganze Staatswesen breitet sich eine wahre Hoffnungslosigkeit, die alles niedersinkt und gegen die kein Plan, keine Kampffreudigkeit auskommt. Das Gefühl, in einem Sumpf zu leben, der alles Lebendige in seinen Schlamm zieht, übermannt nun jedermann in diesem Staate.

### Die Obstruktion.

Wien, 5. März. Das Abgeordnetenhaus ist heute wieder zusammengetreten. Vor dem Uebergang zur Tagesordnung ergriffen die Abgeordneten Kramarz und Stanel das Wort und gaben eine Darstellung der Ausgleichsverhandlungen. Der Präsident einzig beiden noch wiederholten Aufforderungen, einen Antrag zu stellen, unter dem Lärm ihrer Parteigenossen schließlich das Wort. Auch dem nächsten Redner Baza (tschechisch-radikal) wurde das Wort entzogen, wobei die Tischen großen Lärm machten, indem sie mit den Stuhlbeinen klopfen. Der Präsident unterbrach darauf die Sitzung.

## Politische Uebersicht.

### Die Ostmarkenzulagen.

Aus dem Reichstag, 5. Februar. Ein Beweis für die Nichtachtung, mit der die Reichsregierung das Reichsparlament behandelt, ist die Tatsache, daß die Ostmarkenzulagen für Postbeamte, die verächtliche Korruptionsprämie im Nationalitätenkampf, vom Reichstag 1912 und 1913 gestrichen wurden und gleichwohl wieder im Etat für 1914 erschienen. Zwar wurden sie in der Budgetkommission schon ausgemerzt, aber unermüßlich, zäh und zudringlich wie sie sind, suchten die Hatalisten sie mit Anträgen in der Etatslesung im Plenum wieder herzustellen. Bergedliches Bemühen! Aber ehe zwei namentliche Abstimmungen — der trockene politische Chronist verweist hier auf die Schilderung der Schreckensszenen an der Spitze der Berliner Nachrichten — alle Hoffnungen der eingedrohten Vollenfresser zuschanden gemacht, tobte der Kampf der Wagen und Gefänge um die Ostmarkenzulagen. Der Junker Westarp, der „gelernte“ Junker Mertin und der Nationalliberale Schlee redeten den „nationalen“ Parteien wie einem kranken Gaulen gültlich zu und beschworen sie, die ganz „unpolitischen“ Vorlagen doch zu bewilligen, aber die Genossen Noske und Ledebour, der ein lebhaftes Tirailleurgeschrei nicht nur gegen die Sozialisten, sondern auch gegen den Präsidenten Baische führte, machten ihnen einen Strich durch die Rechnung, indem sie den politischen Charakter dieser Prämien darlegten.

Nach den Schreckensszenen bei der namentlichen Abstimmung berebbte die Debatte wieder in Einzelfragen und Einzelwünschen.

Morgen kommt das Postgesetz dran.

### Abgeordnetenhaus.

Der Weiterberatung des Handelsbills ging am Donnerstag im Abgeordnetenhaus die Erledigung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund voraus. Einem konservativen Antrage, der zwei wichtige Landgemeinden von der Eingemeindung ausgeschlossen wissen wollte, widersprach nicht nur der Regierungsvortrager, sondern auch eine Reihe von Rednern aus dem Hause, darunter Genosse Hue, der unsere grundsätzliche Stellung zur Eingemeindungsfrage darlegte und unter spezieller Bezugnahme auf die Dortmund Verhältnisse den Rednerherren zu Hilfe rückte. In Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft verlangte unser Redner Maßnahmen dagegen, daß das Pöngelgelände den Forderungen zur Errichtung von Werkkolonien überlassen wird. Die unangenehm die Ausführungen des Sozialdemokraten den Sozialisten des Grundkapitals waren, bewiesen die Zwischenbemerkungen der Abg. Dr. Cremer (natl.) und Knape (natl.), die zu berichten gaben, daß die Forderung, da sie die meisten Steuern zahlen, auch das selbstverständliche Recht haben, ihre Herrschaft in der Gemeinde in rücksichtsloser Weise auszuüben. Der Gesetzentwurf gelangte schließlich unter Ablehnung der konservativen Anträge in zweiter und dritter Lesung unbedändert zur Annahme.

Die hierauf fortgesetzte Generaldebatte zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung bewegte sich in den hergebrachten Weisen. Die Herren Dr. Pieper (S.), Dr. Schroeder-Rassel (natl.) und Krause-Baldenburg (H.) überboten sich förmlich in Mittelstandsketzerei. Wäre dem Handwerk mit schönen Redensarten geholfen, dann hätte es heute noch goldenen Boden. Schade nur, daß die Taten dieser scheinbar dem Handwerk so freundlich, gegenüberstehenden Herren mit ihren Worten nicht in Einklang zu bringen sind. Wenn man durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik dem schon sowieso schwer um seine Existenz ringenden Handwerk nicht nur die Lebenshaltung, sondern auch die Produktionskosten verteuert, dann wird man mit einer Regelung des Verbindungswesens u. dgl. auch nichts ausgerichtet. Besonders ist sich der Redner der Nationalliberalen herab, der zur Abschließung wieder einmal einen erhöhten Schuß der Arbeitswilligen forderte und sich gegen einen weiteren Ausbau der Sozialpolitik, vor allem gegen die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, aussprach. Als ob die Nationalliberalen es noch nötig hätten, ihrer arbeitseindlichen Gesinnung bei jeder Gelegenheit Ausdruck zu verleihen.

Aus der Erwiderung des Ministers ist nur die Erklärung zu entnehmen, daß der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Vorforderungen erst nach einer Reform des ersten Teils eingeführt werden soll.

Nachdem Abg. Wenke (Sp.) den reaktionären Handwerkerforderungen in einigen Punkten entgegengetreten war, wurde die Beratung auf Freitag vertagt.

### Erledigt?

Wie eine Reihe von Blättern, die gute oder gar unfehlbare Informationen zu haben behaupten, übereinstimmend versichern, soll der preussische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemer-Dieser plötzlich in Ungnade gefallen sein, so daß sein Rücktritt bevorstehe. Es wird dabei angedeutet, daß die Ursache zu dem Verlust der kaiserlichen Gunst mit der Politik absolut nichts zu tun habe, also auf persönlichen Gebiet liege. Was eigentlich dahinter steht, wird in der Presse lächerlich mitgeteilt werden, wenn darüber auch in den parlamentarischen Couloirs genug gelauscht wird. Aber persönliche Dinge geben schließlich auch die Oeffentlichkeit nichts an. Daß sie trotzdem bei uns einem Minister das Genick brechen können,

während Minister die Mißtrauensvoten der Parlamente lachend abzuwehren dürfen, ist nur wieder einmal ein Zeichen und Symptom unserer Zeit und unserer preussisch-deutschen Zustände!

Herr v. Schorlemer galt eine zeitlang sogar als Bünstling des Kaisers und als Anwärter auf den Reichsfanzlerpost. Durch seine reaktionären Taten, sein Wettern gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und seine famose Erklärung der Pleichnot (die Arbeiterfrauen verständen nicht Gemüße zu locken) hatte er sich das reaktionäre Wohlwollen ja auch redlich verdient. Er war deshalb auch der Mann der Junker, während das Zentrum trotz seiner katholischen Konfession weniger von ihm erbaut war und wegen seiner Ostmarkenpolitik sogar in ziemlich heftige Kollision mit ihm geriet. Aber nicht Günst oder Ungünst einer Partei sollen ja den Sturz des Mannes verurteilt haben, der noch in letzter Zeit ernstlich zum Statthalter von Elsaß-Lothringen in Aussicht genommen war, sondern Vorwänge durchaus privater und privaterer Natur.

Das Wolffsche Debeschenbureau hat zwar die Blätternachricht über die Erschütterung der Stellung des Landwirtschaftsministers als völlig „frei erfunden“ erklärt, allein auf Meldungen von dieser Stelle ist nachgerade wirklich nichts mehr zu geben. Das christlichsoziale „Volk“ des Reichstages, die „Germania“ und die „Tägliche Rundschau“, die es besser wissen wollen, dürften wohl triftige Gründe für ihre Behauptung haben.

Herr v. Schorlemer kann um so geruhiger seine Ministerpension verzehren, als er mit irdischen Glückseligern reichlich geeignet ist und aus seinen Weinernten allein jährlich mehrere hunderttausend Mark löst.

### Kajarentragödien.

Zu der von uns im Monatsblatt des „Vorwärts“ gebrachten geheimnisvollen Angelegenheit des getöteten Rekruten Emmeluth vom Dragonerregiment Nr. 9 in Weh kann das „Bochumer Volksblatt“ noch folgendes berichten:

#### Zwei Mann ergängt. Einer davongelaufen.

Zu der Angelegenheit des Rekruten Heinrich Emmeluth aus Gerthe geht uns noch ein wichtiges Dokument zu. Ein Freund des Toten schickte uns einen an ihn gerichteten Brief vom 28. November 1913, der ein psychologisches Beweisstück bildet zur Beurteilung der Frage nach der Todesursache. Wir teilen aus dem Briefe unter Weglassung der für unsere Frage nebensächlichen Mitteilungen über familiäre Verhältnisse die entscheidende Stelle mit:

„Das Soldatenleben läßt wenig freie Zeit. Wenn dieser schrecklich viele Appell in Kleiderkasten nicht wäre, dann ginge es noch. Das nimmt alle freie Zeit weg, immer ruhen und schlafen. Aufdienst haben wir wenig, höchstens nachmittags ein bis zwei Stunden; sonst immer Stalldienst. Morgens haben wir immer Reiten; das macht auch nicht so viel Spaß, wie man wohl denkt. Wir sind auch schon mehrmals ausgeritten nach einem größeren Übungspfad. Wenn man dann bei dem Regenwetter wieder zurückkommt, hängt einem auch der Dreck bis oben auf dem Rücken.

Bei uns ist bis jetzt einer ausgerückt und zwei haben sich das Leben genommen. (Innerhalb zwei Monaten! Red.)

So schlimm ist es aber eigentlich nicht, daß man solche Sachen zu machen braucht.

Neber's Essen kann ich auch gerade nicht fagen, und wenn es mir mal zu arg wird, den' ich höchstens, Mast mir auf den Kopf; ich meine aber nicht das Essen.“

Die zwei hervorgehobenen Sätze sind äußerst kennzeichnend. Der Dienst in dieser Eskadron ist so schwer, daß Emmeluth, der eben erst etwa zwei Monate im Dienst ist, schon von drei Mann berichten kann, die das Leben nicht mehr ertragen konnten. Einer ist fahnenflüchtig geworden und macht sich damit möglicherweise für sein ganzes Leben unglücklich. Zwei Mann aber haben radikal ein Ende gemacht und Selbstmord durch Erhängen verübt.

Die Oeffentlichkeit hat von den drei Fällen, die Heinrich Emmeluth in dem Briefe erwähnt, anscheinend nichts erfahren. Es wäre aber dringend notwendig, bei der Eskadron einmal nach dem Rechten zu sehen. Bisher scheint man den Vorgängen, obwohl sie doch dienstlich den Vorgesetzten bekannt geworden sein müssen, nicht allzu viel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Die rasche Wiederholung solcher Dramen läßt wenigstens auf sehr mangelhafte Bewachung schließen.

### Wo liegt die Schuld?

Das dumme Privatloß hat sich darüber entsetzt, daß vor einigen Tagen in Weh der Leutnant Hooge im Duell von dem Vorkämpfer seiner Frau toteschossen wurde. Es meinte, das Ehrengericht, dem beide Teile unterstanden, hätte den Zweikampf verhindern sollen. Da ist es interessant, zu erfahren, welche Regel die noch jetzt gültige Kabinettsorder vom 2. Mai 1874 für solche und ähnliche Fälle aufstellt. Sie schrieb u. a. vor:

„Auf ehrengerichtlichem Wege soll wegen eines Zweikampfes nur dann gegen Offiziere eingeschritten werden, wenn der eine oder der andere der Beteiligten bei dem Anfaß oder dem Auszug der entstandenen Privatstreitigkeit gegen die Standesehre gefehlt hat. Dies muß insbesondere in dem immerhin möglichen Falle geschehen, wenn ein Offizier in freudhafter Weise einem Kameraden ohne jede Veranlassung eine schwere Verleumdung zugefügt haben sollte. Wenn ein Offizier, welcher imstande ist, die Ehre eines Kameraden in freudhafter Weise zu verletzen, werde ich ebensowenig in meinem Heere dulden, wie einen Offizier, der seine Ehre nicht zu wahren weiß.“

Statt jeden Offizier, der die Ehre eines Kameraden in freudhafter Weise angreift, kurzerhand für satisfaktionsunfähig zu erklären und sofort vor das Ehrengericht stellen zu lassen, erlaubt die Kabinettsorder also noch ein Duell und schafft auf diese Weise eine Gelegenheit, bei der der freudhaft in seiner Ehre Angegriffene von seinem Verleumder auch noch toteschossen oder schwerverwundet werden kann. Daran hat auch die vielgerühmte Kabinettsorder vom 1. Januar 1897, von der behauptet wurde, sie belämpfe die Duelle wirksam, nichts geändert.

Für das Heer Duell ist also in erster Linie die Kabinettsorder vom 2. Mai 1874 verantwortlich, die auch zu den militärischen Reliquien gehört, auf die man absolut nicht verzichten will.

### Verbrecherpolitik.

Die Rüstungshüter mimen stets nationale Begeisterung. Sie haben keine größere Sorge als die, das Vaterland in der Wehrfähigkeit überlegen zu machen. So behaupten die patentierten Patrioten, die Erbpächter der Vaterlandsliebe. Das hindert sie aber nicht im mindesten, den anderen Staaten (die für sie Erd- und andere Feinde sind) die besten Kanonen, Panzerplatten, Geschosse und sonstige Kriegsmaterialien zu liefern. Häufig sogar billiger, als sie das Vaterland bekommt. Dadurch werden Staaten, die angeblich immer auf der Lauer liegen, um Deutschland zu überfallen, in ihrer Wehrfähigkeit gestärkt. Das bedeutet naturgemäß eine relative Schwächung der Kriegstüchtigkeit Deutschlands. Und



Für solche Tätigkeit verlangen unsere Hurratrioten auch noch die Anerkennung „Schüler und Förderer der nationalen Arbeit“ zu sein! Das ist planmäßige Förderung der militärischen Rüstungen des Auslandes zum System gehört, das kommt in einem Artikel der ultramontanen „König. Volks-Ztg.“ (Nr. 182) in selten deutlicher Weise zum Ausdruck. Die letzten mit Dehja und Husa durchgedrungen unerhörten Militärleistungen in Deutschland wurden auch mit Hinweis auf die ungewöhnliche Stürzung der Kriegslüchtigkeit und deutschfeindliche Stimmung in Frankreich begründet. In der vordersten Reihe der Rüstungsfanatiker standen die Ultramontanen. Nach Annahme der größten je erlebten Militärleistungen zogen sie gleich Jahrmärkten durchs Land und priesen sich selbst als Retter des Vaterlandes. Recht haben die Schwärzer insofern, als sie behaupten, ohne ihren Hurratriotismus wäre die ungeheuerliche, weltvergehende Erweiterung des militärischen Apparates nicht beschlossen worden. Aber Schwindel ist es, wenn man behauptet, das Wesen sei Friedensabsichten entsprungen und dem Vortreiben, die Wehrfähigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber zu erhöhen. Anders wäre das Verhalten des genannten Blattes vollständig unverständlich. Es erhebt nämlich gegen die französische Regierung die heftigsten Vorwürfe, weil sie die Kriegslüchtigkeit der französischen Armee nicht auf der Höhe halte, sie vielmehr in gefährlicher Weise verlottern lasse. Vor Annahme der letzten Militärleistungen in Deutschland erzählte man dem Volke das Gegenteil.

In welcher niederträchtiger Weise das ultramontane Blatt, das sich mehr und mehr zu einer Hauptvertreterin aller kapitalistischen Klauinteressen entwickelt, zu neuen Rüstungen in Frankreich aufzuputtsen sucht, lassen ihre nachsichenden Auslassungen erkennen:

„Das soeben noch vom französischen Kriegsminister als vollkommen für den heutigen Stand ausreichend bezeichnete Lebelgewehr 80/08 ist so recht kennzeichnend für republikanische Wirtschaft. Immer wieder ist an der schon bei ihrer Einführung überholten Waffe herumgebastelt worden, etwas Besseres ist aber nicht herausgekommen. Das Rohrenmagazin unter dem Schaft ist gänzlich veraltet.“

Das französische Feldgeschütz 97 galt früher als ein zwar reichlich schweres, aber sehr gelungenes Muster mit großer Geschwindigkeit und sehr flacher Flugbahn. Heute zwingt die Beere des Schlachtfeldes bekanntlich, wie schon öfter auseinandergesetzt wurde, die Feldartillerie, Ziele hinter Deckungen, in Bodenwellen und hinter Fängen zu beschützen. Das deutsche Feldgeschütz, und zumal die leichte Feldbatterie, sind dazu durchaus in der Lage. Um das französische Feldgeschütz hierfür zu befähigen, benutzt man einige Auskunftsmittelehen, um die Geschwindigkeit zu verlangsamen und dadurch die Flugbahn stärker zu krümmen. Nun stimmen aber die Brennzündergebnisse nicht mit der veränderten Flugzeit der Geschosse, und es waren sehr schwierige Rechenexempel nötig, um hier Klarheit zu schaffen. Schließlich mußte man zu der Gewohnheit mit Anschlagzündung seine Zuflucht nehmen. Für die Neubehaffung der Feldartillerie wären 400 bis 500 Millionen Franken das mindeste, was erforderlich wäre. Dazu kommt der gänzliche Mangel einer schweren Schichtartillerie, wie sie bei uns seit Jahren fix und fertig organisiert ist. Die vier Armatihauptkategorien bei jedem Korps sind veraltet.

Struppelsofer als das hier durch ein nationales deutsches Blatt geschickt, kann der Chauvinismus in Frankreich selbst nicht durch die wildsten französischen Kriegsdichter und Reuepolitiker aufgeschüttet werden. Daß sich das ultramontane Blatt nicht von Friedensliebe oder von der Absicht leiten läßt, das Uebergewicht der Wehrmacht auf die deutsche Seite zu bringen, das kann in diesem Falle der Wunde mit dem Krüchling fühlen. Zwei Beweggründe leiten das Blatt. Einmal übt es Rache gegen die französische Regierung, weil sie nicht nach der kriegsleitenden Weise tonen will, und weiter leistet das Zentrumorgan mit der Aufstachelung des Rüstungswahns im Auslande den Parzerplattenpatrioten hier und dort Portemonnaiebedienste, die zu Gegenleistungen verpflichtet sind.

Wehe den Völlern, wenn sich Herrliche Herrschschaft mit kapitalistischer Reuepolitik paart!

### Der Staatsanwalt will sein Opfer.

Infolge der Kritik, die sowohl im Reichstag wie im Landtag an der Verurteilung der Witwe Hamm in Handerbach geübt wurde (sie wurde wegen Beihilfe zur Ermordung ihres Mannes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt), hatte die Oberfelder Strafammer beschlossen, Frau Hamm wieder auf freien Fuß zu setzen. Die Frau ist entlassen worden, aber hiergegen hat am Donnerstag der Staatsanwalt von der Oberfelder Staatsanwaltschaft Beschwerde eingelegt. Daß der Staatsanwalt in der gegenwärtigen Situation, wo alle Welt von der Unschuld der Frau Hamm und dem Fehlprozeß der Geschworenen überzeugt ist, noch Beschwerde erhebt, erscheint unerfindlich.

### Gegen die Rientöppe.

Die württembergische zweite Kammer nahm in zweiter Lesung mit 50 gegen 31 Stimmen ein Lichtspielgesetz an. Die sozialdemokratischen und die fortschrittlichen Abgeordneten stimmten geschlossen dagegen. Das genannte Gesetz enthält unter anderem Bestimmungen über das Jugendschutzalter, das, der Kommissionsfassung entsprechend, auf 17 Jahre festgesetzt wurde. Weiter beschäftigt es sich mit der Prüfung der Lichtstreifen nach sittlichen, ästhetischen und religiösen Gesichtspunkten durch die Landesstelle sowie mit der deutschen Nachprüfung durch die Postbehörde. Es enthält Vorschriften über die Zulassung von Lichtstreifen nach dem Ausscheiden der beanstandeten Teile, über die Vorfahrung von Jugendvorkstellungen und über die Befanntmachung von Vorkstellungen durch Aufrufe und Plakate und schließlich Strafbestimmungen für Verstöße.

### England.

#### Die liberalen Reformen.

London, 5. März. Unterhaus. Die Homerule-Bill wurde unter lautem Beifall der Liberalen und Nationalisten wieder eingebracht, ebenso der Gesekentwurf für die Trennung der Kirche vom Staat in Wales und der Gesekentwurf für die Abschaffung der Pluralstimmen bei den Wahlen.

### Schweden.

#### Auflösung des Reichstages.

Stockholm, 5. März. In beiden Kammern des Reichstages wurde heute folgendes Schreiben des Königs Gustav verlesen: Da ich aus der Sorge für die Sicherheit des Reiches heraus, die meine königliche Pflicht ist, mich veranlaßt gesehen habe, dem Volke Gelegenheit zu geben, durch Neuwahlen zur Zweiten Kammer seine Ansicht über die Verteidigungsfrage auszusprechen, habe ich beschlossen, den Reichstag aufzulösen und im ganzen Reich Neuwahlen zur Zweiten Kammer anzuordnen. Ich werde später die Zeit bestimmen, wann der Reichstag aufs neue zusammentreten soll.

### Rußland.

#### Gegen die Alarmisten.

Petersburg, 4. März. Das Organ des Finanzministeriums erklärt in seiner Ausgabe vom 5. März: Die Königlich-Preussische Zeitung

hat am 3. März eine Nachricht über angebliche Kriegsvorbereitungen in Russland an der Westgrenze veröffentlicht. Diese Nachricht hat an den Börsen lebhaftes Interesse erzeugt. Wir sind in der Lage, formell zu erklären, daß die Nachricht jeder Begründung entbehrt.

### Hinter jarrischen Kerkermauern.

Vor mehreren Wochen wurden zehn politische Gefangene des Zuchthaus von Saratow, die unter der Anklage eines Mordversuchs vor Gericht standen, freigesprochen oder zu wenigen Tagen Einzelhaft verurteilt, weil die Verhandlung ein erschreckendes Bild der Zustände in diesem Kerker zutage gefördert hatte. Dieser Tage standen 47 andere Gefangene desselben Kerkers unter der gleichen Anklage vor Gericht. Sämtliche Angeklagte erklärten, sie hätten den Mordversuch ausschließlich zu dem Zweck inszeniert, um die Öffentlichkeit auf die furchtbaren Zustände im Gefängnis, insbesondere in der Weberei des Gefängnisses, aufmerksam zu machen, in der sie zur Arbeit gezwungen wurden. Vor Gericht wurde festgestellt, daß die Arbeitenden in der Weberei in dicke Staubwolken gehüllt waren und der Lungenentzündung zum Opfer fielen. Die Sterblichkeit im Gefängnis war ungeheuer. Der Gefangene Njabich erklärte, die Gefängnisinsassen seien bereit gewesen, ihr Leben zu opfern, um die Ueberführung nach einem anderen Gefängnis zu erzwingen. „Ich weiß — erklärte er — daß man mich heute wegen meiner Aussage in den Kerker sperren wird. Ich hätte es aber nicht länger aus. Die eisernen Fußfesseln haben mir bereits die Knochen zerrieben.“

Das Gericht — wohlgerne ein Geschworenengericht, das bei politischen Prozessen ausgeschaltet ist — sprach sämtliche Angeklagte frei!

### Amerika.

#### Verhaftung von Arbeitslosen.

New York, 5. März. Einhundertneunzig Männer und eine Frau aus Industriearbeiterkreisen, die das Recht auf Speisung und Unterbringung in den Kirchen beanspruchten, sind verhaftet worden, als sie in eine katholische Kirche während des Fastengottesdienstes eindringen und großen Lärm verursachten.

### Japan.

#### Ministerkrise.

Tokio, 5. März. Große Begeisterung wird der Tatsache beigegeben, daß der Premierminister und darauf Fürst Tokugama in besonderer Audienz empfangen worden sind, und der Kronrat zu einer besonderen Versammlung einberufen wurde. Gut unterrichtete Kreise bringen den Namen des Fürsten Tokugawa mit der Nachfolge Yamamoto als Premierminister in Verbindung. Letzterer wird möglicherweise demissionieren, weil der Flottenetat seitens des Oberhauses um 70 Millionen Yen herabgesetzt worden ist.

### Aus der Partei.

#### Ein Vorspiel zur Rote Woche.

Die Genossen im Wahlkreis Duisburg-Mühlheim haben bereits am vorigen Sonntag mit der Werbearbeit begonnen. Ihre Arbeit hat schon reiche Früchte getragen. 1231 neue Abonnenten waren bis zum Dienstag morgen bei der „Niederrheinischen Arbeitszeitung“ gemeldet. Das kleine Städtchen Mors im Nachbarkreis Mors-Wees brachte 250 neue Abonnenten. Auch die Zahl der gesonnenen Parteimitglieder ist über alles Erwarten hoch.

#### Reaktionäre Mobilmachung gegen die Rote Woche.

Während die preussische Regierung offiziell gegen die Rote Woche vorgeht, bietet man in Sachsen den reaktionären Landsturm gegen unsere Arbeitswoche auf. In Chemnitz hatten die deutsch-nationalen Arbeitervereine die Absicht, eine Demonstration gegen die Rote Woche zu veranstalten. Zu diesem Zweck beriefen sie eine öffentliche Versammlung ein, in der ein gewisser Voigtländer über die Sozialdemokratie und ihre Ziele reden wollte. Schon eine Stunde vor Beginn hatten die Ueberrischen Arbeiter den Saal besetzt. Das Häuflein Gelber in der Mitte des Saales nahm sich recht trotzig aus. Vor der Rede des Sozialistenverächters Voigtländer verzichtete man sich der unbeschränkten Redefreiheit, die auch bis zum Umfange einer Stunde gewährt werden mußte. Dann stieg der Deutschnationale auf die Tribüne und erzählte allerlei Geschichten über die Sozialdemokratie, die ihn den Erfolg einbrachten, daß er von der Versammlung kräftig ausgelacht wurde. In der Diskussion ließ der sozialdemokratische Redner den Voigtländer förmlich Spießruten laufen. Die Versammlung wurde dann vom Gen. Müller mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Rote Woche geschlossen. Den Unternehmerröhlungen wurde so noch erspart, sich um die Leitung der Versammlung weiter zu bemühen.

Personalien. In die Redaktion der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ ist mit dem 1. März Genosse F. Meyer aus Hannover eingetreten. Die Redaktion besteht jetzt aus den Genossen Bredenbeck, Rehlisch, Heußler und Meyer.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Prozess wegen Verletzung des Urheberrechts. Der Schriftsteller und Chefredakteur Dr. jur. Schönthal in München, Herausgeber einer Korrespondenz, hatte gegen das Harburger „Volkswort“ Anzeige beim Staatsanwalt wegen unberechtigten Abdrucks einer Notiz aus seiner Korrespondenz erstattet, zu der er aber eine Bezahlung der Notiz gefordert und auch erhalten. Das Geld, 2 M., ist von Schönthal angenommen worden.

In der Verhandlung vor dem Landgericht in Stade bezeichnete der Vorsitzende das Verhalten des Schönthal als unschön. Genosse Schubert, der das Verhalten Schönthals als eine besondere Art literarischer Freibeuterei charakterisierte, wurde entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der auf Verstraffung plädierte, freigesprochen. Die Kosten wurden der Staatskasse und ein Teil dem Dr. jur. Schönthal auferlegt.

### Soziales.

#### Ueberstunden und Schadenersatz.

Gestern fand vor der Kammer 8 des Gewerbegerichts die Deutsche Buchdruckerei- und Verlagsband A.-G. als Klägerin und forderte Schadenersatz von zunächst zwei Arbeitern ihrer Buchdruckereiabteilung.

Eines Tages waren in der Abteilung infolge der Entlassung eines Arbeiters Differenzen ausgebrochen. In der Mittagspause hielt das Personal eine Versammlung ab, um dazu Stellung zu nehmen. Meistigentlich verhandelte die Geschäftsleitung mit dem Vertrauensmann. Die Streikfrage wurde getregelt und dem Personal die Bedingung gestellt, bis spätestens 13 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Weil aber die Firma erst gegen 2 Uhr die Verhandlung geendet hatte, war die Betriebsversammlung bis dahin noch nicht zu Ende. Erst kurz vor 3 Uhr erschien das Personal zur Arbeit, wurde jetzt aber nicht von der Firma zugelassen. Die

erneuten Verhandlungen führten endlich dazu, daß um 5 Uhr der Betrieb fortgesetzt werden konnte. Sofort erboten sich die Arbeiter der Buchdruckerei freiwillig und unentgeltlich Ueberstunden zu machen, um die Zeitverhältnisse auszugleichen und Schäden zu verhüten. Die Ueberstunden wurden auch prompt gelöhnt. Dennoch fordert die Firma Schadenersatz, der ihr dadurch erwachsen sei, daß die Sendungen nach außerhalb durch beschleunigtes Fracht befördert werden mußten. Der Klagenanspruch beträgt 102 M. Dieser Betrag würde sich auf 67 Personen verteilen.

Durch den Parteimeister wurde bekannt, daß am fraglichen Tage die Expedition sich um zehn 2 Stunden verzögerte infolge verspäteter Lieferung aus der Buchdruckerei.

Vor dem Tarifschiedsgericht wurde der Schadenersatzanspruch mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Das Gericht kam zur Klagenabweisung mit der Begründung, wenn die Beklagten nicht verhindert worden wären, um 3 Uhr ihre Arbeit aufzunehmen, dann wäre der Schaden nicht entstanden.

Die Klägerische Firma scheint übrigens auch sonst eigenartige Ansichten über den Arbeitsvertrag zu haben. Sie läßt 8 U. Arbeiterinnen, die morgens 5 Minuten zu spät kommen, erst um 8 Uhr anfangen und verlangt am Abend eine entsprechende unentgeltliche Ueberarbeit. Der Firma ist vom Schiedsgericht aufgetragen worden, diese Bestimmung aus ihrer Arbeitsordnung zu beseitigen.

### Aus Industrie und Handel.

#### Gegen die Nachtarbeit.

Zu den Aktiengesellschaften, die die höchsten Dividenden ausschütten, gehört die Kontinentale Kauffisch-Kompagnie in Hannover. Auch in diesem Jahre wird sie wieder 45 Proz. Dividende an ihre Aktionäre verteilen. Infolge der starken Zunahme im Verbrauch von Kauffisch (in der Elektrizitätsindustrie, für die Automobilindustrie) stieg der Geschäftsergebnis von 11,00 auf 14,70 Millionen Mark. Zu offenen Abschreibungen werden davon allein 3,0 Millionen Mark verwendet. Die Gesellschaft war dadurch in der Lage, ihre Beteiligung an brasilianischen Unternehmungen zur Gewinnung von Rohgummi voll abzuführen, d. h. den bedeutenden Wert dieser Beteiligung in der Bilanz zu streichen. Die Steigerung des Gewinnes ist besonders bemerkenswert, da im vergangenen Jahre die Einkaufspreise für Rohgummi und die Verkaufspreise für Gummifabrikate stark gefallen sind. Die Verwaltung gibt dazu an, daß diese Verhältnisse durch die bedeutende Zunahme der Umsätze ausgeglichen worden seien: „Die Beschäftigung war außerordentlich stark. Nur durch die Zuhilfenahme von Nachtarbeit während eines großen Teiles des Jahres gelang es uns, die vorliegenden Aufträge zu bewältigen.“

Der Stahlwerksverband teilt über die Geschäftslage mit, daß der Februarverhandlung gegen Januar einen Rückgang zeigt. Die Beschäftigung bei den Inlandabnehmern von Halbzeug hat keine Steigerung erfahren. Am Auslandsmarkt ist nach einer vorübergehenden größeren Kaufkraft auch wieder Ruhe eingetreten. Der Bedarf an Eisenbahnmaterial ist durch neue Bestellungen der Staats- und Privatbahnen wieder gestiegen, so daß sich der Gesamtdarf für 1914 höher stellen wird als in den letzten Jahren. Auch von den in Aussicht genommenen beträchtlichen Bahneubauten in den afrikanischen Kolonien erhofft der Stahlwerksverband belangreiche Aufträge. Das Geschäft in Formstein (für Baugewerke) hat sich bis jetzt nicht entwickeln können, da die Bautätigkeit trotz der Verbilligung des Geldes noch nicht wesentlich stärker geworden ist. Doch übersteigt der Frühjahr-Inlandbedarf bereits den des Vorjahres.

### Letzte Nachrichten.

#### Die Liga zur Verteidigung von Elsass-Lothringen.

Strasbourg, 5. März. (B. Z. V.) Heute hat im Landtagsgebäude eine Sitzung der neugegründeten „Liga zur Verteidigung von Elsass-Lothringen“ zur Schaffung eines „Satzungsentwurfes“ stattgefunden. Danach ist der Zweck der Liga: 1. Unbegründete Angriffe und Verdächtigungen, die gegen Elsass-Lothringen und seine Bewohner erfolgen, geziemend zurückzuweisen und richtigzustellen. 2. In erforderlichen Fällen eine strafrechtliche Verfolgung derjenigen in die Wege zu leiten, die einen Widerspruch von ihnen ausgestreuten unrichtigen Behauptungen und Beleidigungen verteidigen. Mitglied kann jeder Reichsangehörige werden.

#### Der österreichische Parlamentskonflikt.

Wien, 5. März. (B. Z. V.) Die „Neue Freie Presse“ meldet: Wie in informierten parlamentarischen Kreisen verlautet, wird die Regierung, falls sie durch die parlamentarische Situation zu einer neuerlichen Vertagung des Hauses gezwungen werden sollte, die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel im Wege des § 14 sicherstellen. In der betreffenden kaiserlichen Verordnung dürfte die Regierung ermächtigt werden, eine schwebende Schuld aufzunehmen. Und zwar sollen langfristige Schatzscheine ausgegeben werden. Diese Maßnahme wird jedoch frühestens nach Ostern verwirklicht werden.

#### Abflauen des Aufstandes in Epirus.

Wien, 5. März. (B. Z. V.) Die albanische Korrespondenz meldet aus Valona, daß im Auftrage von Zograsof, dem Präsidenten der provisorischen Regierung in Epirus, durch den aus Delvino eingetroffenen Pascha Mehmed Ali Verhandlungen wegen Gewährung nationaler Garantien für die griechischen Minderheiten in Nordepirus begonnen haben. Die Leiter der epiratischen Bewegung würden bei Erfüllung ihrer Forderungen, der Befehle der Albanien zugesprochenen Gebiete, keine weiteren Schwierigkeiten machen. Man sehe die Verhandlungen als Folge des Eingreifens der griechischen Regierung an.

#### Russische Unterdrückung der Finnländer.

Petersburg, 5. März. (B. Z. V.) Das Bezirksgericht hat den Bürgermeister von Wyborg, Zimmermann, und die Ratsmänner Godelhelm und Buslinen, die des Widerstandes gegen das Gesetz betr. die Gleichberechtigung der Russen in Finnland angeklagt waren, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und ihnen die Verurteilung zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von zehn Jahren aberkannt. Buslinen wurde dem Gericht vorgeführt und erklärte, auf keine Frage antworten zu wollen, da die Angelegenheit nicht der Zuständigkeit russischer Gerichte unterliege. Die anderen Angeklagten waren nicht erschienen. In einer ähnlichen Angelegenheit, in der der Wyborger Bürgermeister Gribom und dieselben Ratsmänner angeklagt waren, fällt das Bezirksgericht ein gleiches Urteil.

#### Obstruktion gegen die Deportationsbill.

Kapstadt, 5. März. (B. Z. V.) In der heutigen Sitzung des Parlaments übten die Vertreter der Arbeiterpartei bei der Weiterberatung der Indemnitätsbill Obstruktion, indem sie bei jedem der deportierten Arbeiterführer gesondert die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls beantragten, in dem die Deportierten als „unerwünschte Elemente“ bezeichnet werden. Alle Anträge wurden abgelehnt und der gesamte Ausweisungsbefehl nach vierundzwanzigstündiger ununterbrochener Sitzung angenommen.



# Frauentag.

☛ Sonntag, den 8. März 1914, nachmittags 2 Uhr: ☛

## Öffentliche Frauen-Versammlungen Berlin.

**Arminhallen**, Kommandantenstr. 58/59  
**Happoldts Brauerei**, Hasenheide 32/38  
**Graumann**, Raunynstr. 27  
**Süd-Ost**, Waldemarstr. 75

**Konzert- und Festsäle**, Koppenstr. 29  
**Schweizergarten**, Am Königstor  
**Brauerei Königstadt**, Schönhauser Allee 10  
**Berliner Bockbrauerei**, Abt. II, Chausseestr. 64

**Frankes Festsäle**, Badstr. 19  
**Pharus-Säle**, Müllerstr. 142  
**Moabiter Gesellschaftshaus**, Wickestr. 24

Referenten: Toni Breitscheid, Otto Büchner, Dr. Oskar Cohn, Frau Dr. Christingen-Tobler, Emil Dittmer, Hugo Haase, Paul John, Hugo Poetzsch, Heinrich Ströbel, Dr. Hermann Weyl, Klara Weyl.

### Teltow - Beeskow - Storkow - Charlottenburg.

**Adlershof** Restaurant Otto Ziege, Widmarstr. 29.  
**Alt-Glienicke** „Zum Wasserturm“, Gottfr. Schäfer, 3 Uhr.  
**Baumschulenweg** „Gesellschaftshaus“, Baumschulenweg 78.  
**Berlin-Britz** „Gesellschaftshaus“, Chausseestr. 97.  
**Bohnsdorf-Grünau** Restaurant Falkenruh (Villa Rahl), Inh. E. Vafolger.  
**Charlottenburg** „Volkshaus“, Rosinenstr. 3.  
**Köpenick** Stadttheater, Friedrichstr. 6.

**Groß-Lichterfelde** Restaurant Wahrendorf, Baetstr. 7.  
**Königs-Wusterhausen, Wildau-Niederlehme, Senzig-Zernsdorf** Restaurant Neue Mühle (Inh. Thormann).  
**Neukölln** Barisch, Hermannstr. 49.  
„Hohenhausensäle“, Kottbusser Damm 76.  
„Vasage-Festsäle“, Bergstr. 151/152.  
„Petri-Festsäle“, Kneiebedstr. 113.  
**Nieder-Schöneweide, Johannisthal** Waldhaus, Berliner Str. 81.  
**Nowawes** Restaurant Singer, Priesterstr. 31, 3 Uhr.

**Schöneberg** „Neue Rathausäle“, Meinhger Str. 8.  
**Steglitz-Friedenau** „Birkenwäldchen“, Schönenstr. 4.  
**Tempelhof-Mariendorf** Restaurant Tiboli, Berliner Str.  
**Trebbin** „Gesellschaftshaus“ (Inh. Schulze), 3 1/2 Uhr.  
**Treptow** „Neubahn“, Elfenstr. 115/116.  
**Wannsee** „Fürstehof“, Königstraße.  
**Wilmersdorf** „Bittoriogarten“, Wilhelmstraße 114.  
**Zehlendorf** „Gesellschaftshaus“ (Inh. B. Nied), Karlstr. 12.

Referenten: Anna Aufhäuser, Hermann Barentzin, Dr. A. Bernstein, Gertrud David, Paul Dupont, Wilhelm Döwll, Karl Freter, Gustav Fuß, Kurt Heinig, Alfred John, Franz Kotzke, Hermann Kunze, Gustav Link, Dr. Ernst Meyer, Albin Moß, Wilhelm Paetzel, Wilhelm Pieck, Klara Roede-Peters, Eilfriede Ryneck, Gertrud Simon, Georg Ucko, Adolf Wuschick, Fritz Zubeil.

### Niederbarnim.

**Bernau** Salzmann, Bisdorfer Straße.  
**Borsigwalde** „Borsigwalder Festsäle“ (Inh. Mich. Hohn)  
**Friedrichshagen** Gisteller, Friedrichstr. 96/97.  
**Lichtenberg** „Schwarzer Adler“, Frankf. Chaussee 5.  
„Café Bellevue“ am Bahnhof Stralau-Hummelsburg.

**Ober-Schöneweide** Wilhelminenhof.  
**Oranienburg** Waldhaus Sandhausen.  
**Pankow, Buchholz, Nieder-Schönhausen** in Pankow, Koczyni, Kreuzstr. 3/1, 1 Uhr.  
**Reinickendorf-Ost** „Schützenhaus“, Residenzstr. 102.

**Reinickendorf-West** Scher, Scharnweberstraße 101.  
**Rosenthal** Wildbrodt, Waldseefstr. 5.  
**Tegel, Hermsdorf, Waidmannslust** in Tegel, Trapps Festsäle, Bahnhofsstr. 1.  
**Weißensee** Schloss Weihensee.

Referenten: Eugen Brückner, Hermann Clajus, Anna Dietz, Heinrich Farwig, Karl Hetzschold, H. Grünzel, Martha Jeetze, Anna Kiesel, Joachim Klüb, Karl Leid, Luise Siedel, Artur Stadthagen, Karl Wermuth.

Tagesordnung:

## Herans mit dem Frauenwahlrecht!

Alle Frauen sind eingeladen.

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstr. 2.

**otto piehl**

**Möbel**  
auch auf Teilzahlung  
obwohl kein Kredithaus

Das bedeutendste Möbelmagazin  
im Norden Berlins  
**Brunnenstr. 120**

Teilzahlungen erhöhen diese Preise nicht!

**Garnituren** 100 bis 350 Mark  
**Schlaf-Sofa** 75 bis 120 Mark  
**Umbau-Sofa** 52 bis 78 Mark  
**Walzen-Diwan** 52 bis 85 Mark  
**Chaiselongues** 21 bis 65 Mark

60000 □-Fuß Ausstellungen allein Brunnenstr. 120. Weitere Ausstellungen im Fabrikgebäude

**Komplette Einrichtung** von 230 Mark an  
**Moderne Küche** von 48 Mark an  
**Bettstellen** 21 bis 72 Mark  
**Kleiderschränke** 19 bis 165 Mark  
**Vertikows** 38 bis 72 Mark  
Tische 6.50 bis 65 M.  
Stühle 2 bis 21 M.



**Blendol**  
benutzen heut Millionen,  
mach den Versuch,  
er wird sich lohnen!

Bester flüssiger Metallputz überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger. — Begeht 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
ort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
Sanftertrakt.)  
Dr. H. Unger in Würzburg.  
Berlin (20 St.): Salomon-Apothek, Charlottenstr. 54. — Groß-  
Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, in haben: Rosen-Apothek, Würzburg

### Stoffe

für Massanzüge, Paletots  
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.  
Damen-Kostümstoffe  
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.  
Original englische Stoffe  
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.  
Loden für Pelerinen, Anzüge  
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.  
Reste günstigste Kautgelenkfl.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. u. H.  
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der  
Petrikirche.

### Hautleiden

entstehen durch unreines Blut  
können deshalb auch nur durch  
innere Behandlung gründlich  
und dauernd geheilt werden.  
Hautpillen das beste hierfür.  
Frau Bill hatte auf Armen, Beinen u.  
der ganzen Brust förmliche Wunden  
von Ausschlag, ist aber nach der letzten  
kur vollständig geheilt worden. Ich  
komme, um Ihnen den gebührenden  
Dank abzuliefern, Gottvergnüte es Ihnen.  
Dolmann, Pharm. in Neustadt.  
Die potenten **Hautpillen** in Berlin  
sind geschäftlich u. allen  
Vororten in allen Apotheken zu haben.  
Berland nach auswärts durch  
Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangel-  
straße 47. Postkarte genügt.



Gewerkschaftliches.

Deutschnationale Handlungsgehilfen und Bund der Landwirte.

Es ist bekannt, daß zwischen dem Bund der Landwirte und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband freundschaftliche Beziehungen bestehen, die u. a. darin zum Ausdruck kamen, daß der frühere Verbandsvorsteher des D. H. V., Wilhelm Schaaf, tätiges Mitglied im Bund der Landwirte war. In letzter Zeit ist wiederholt versucht worden, diese Beziehungen zu den extremen Agrariern zu verleugnen. Es ist deshalb nicht uninteressant, in der „Deutschen Tageszeitung“ folgenden Bericht über eine Bezirksversammlung des Bundes der Landwirte in Erlangen zu lesen:

Herr Karl Vosenius, Duisburg, ist als Mitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und langjähriger Angestellter der Schwerindustrie herübergekommen, um sich mit Herrn Dr. Gahn über das Kartell der schaffenden Arbeit auszusprechen. Nach seiner Ueberzeugung gehören in dieses Kartell außer den selbständigen Vertretern des Mittelstandes, außer Industriellen und Landwirten auch die Angestellten, und er hofft, daß es möglich sein werde, in diesem Kartell auch die Interessen der wirtschaftlich Schwachen, die Lohnfragen, die Fragen der sozialen Fürsorge und vor allem auch die Anstellungsfragen zu besprechen. Darauf sprach Ortsbesitzer Pauli zur Beantwortung der trefflichen Worte:

Herr Vosenius, wir haben lange auf Sie gewartet; wenn wir das fertig bringen, daß der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, in dem 150 000 Mitglieder mutig auf nationalem Boden stehen, ein Verband, vor dem ich nicht tief genug den Hut ziehen kann, sich uns anschließt, dann sind wir wieder einen tüchtigen Schritt weiter. (Lebhafte Beifall.)

Der Bericht bildet eine vorzügliche Illustration zu der beispieldosen Unklarheit, die in manchen Kreisen der Privatangestellten noch über die einfachsten politischen Zusammenhänge besteht. Ramentlich zeigt er aber, zu welchen sinnlosen Anschauungen die Handlungsgehilfen im Deutschnationalen Verband erzogen werden.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Verdrängung von Zivilmusikern im Theater des Westens durch Beamte des Patentamtes wurde vor einiger Zeit aus Musikerkreisen geklagt. Der Verein Berliner Musiker hat sich deswegen an den Herrn Präsidenten des Patentamtes gewandt. Wie nun mitgeteilt wird, ist nun den Beamten verboten worden, die Bühnenmusik in „Polenblut“ auszuführen, da hiermit die Auslegung eines besonderen Kostüms verbunden ist. Leider läßt diese Art der Regelung prinzipiell den Beamten immer noch frei, dem Musikerberuf als Nebenberuf nachzugehen. Wie sind der Meinung, daß die Bezahlung der Beamten eine derartige sein müßte, daß man ihnen mit gutem Gewissen verbieten kann, irgendwelchem Nebenberuf nachzugehen.

Deutsches Reich.

Die Antwort der Zechenherren.

Im November vorigen Jahres machte sich für die Bergarbeiter des Ruhrreviers mit einem Schlage eine Konjunkturverschlechterung bemerkbar. Von allen Seiten kamen Meldungen über Lohnkürzungen und Feiertagschichten. Als auf verschiedenen Seiten sogar Kündigungen in größerem Umfange erfolgten, richtete der Vorstand des Bergarbeiterverbandes an den Zechenverband eine Eingabe. In ihr wurde Protest erhoben gegen die Maßnahmen der Werksverwaltungen und vom Zechenverband verlangt, daß er im Interesse des Gemeinwohls auf seine Mitglieder einwirke, von Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen Abstand zu nehmen. Ganz nutzlos ist die Eingabe des Bergarbeiterverbandes nicht

gewesen. Denn obwohl die Förderung im Ruhrrevier in den letzten Monaten stark zurückging, haben sich die Werksverwaltungen doch geheut, die Lohnkürzungen auf die Spitze zu treiben. Auch die Kündigungen von Arbeitern griffen nicht weiter um sich. Offenbar haben sich die Werksbesitzer bemüht, den Wünschen des Verbandes nachzukommen; sie haben durch die Einlegung von Feiertagschichten Kündigungen vermieden. Das fällt uns schwerer ins Gewicht, als die Förderung in der Zeit vom 1. Dezember 1913 bis zum 15. Februar 1914 und 1412 000 Tonnen niedriger, die Belegschaft dagegen um etwa 15 000 Mann größer war, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die große Zahl der Feiertagschichten drückt natürlich die monatlichen Löhne und die Lebenshaltung der Bergarbeiter stark herab. Doch ist das immer noch leichter zu ertragen, als wenn — wie es im November den Anschein hatte — die Werke Arbeiter entlassen und die übrigen Leute unter stark vergrößerten Löhnen hätten leberstischen machen lassen.

Ist demnach der Erfolg der Eingabe des Bergarbeiterverbandes ohne weiteres zu erkennen, so mußte man doch gespannt sein auf die Antwort des Zechenverbandes. Diese Unternehmerorganisation steht im Ruf der ärgsten Gegnerschaft zu den Organisationen der Arbeiter, sie ist ein Scharfmacherverband par excellence. Die Antwort ist erfolgt, sie ging dem Bergarbeiterverbande vor kurzem zu. Der Zechenverband ist in ihr seinem Rufe treu geblieben. Er hilft sich damit, daß er die wohl begründeten Beschwerden des Bergarbeiterverbandes als unberechtigt hinstellt und die drohenden Streikgefahren als harmlos bezeichnet. So bestreitet er, daß die Werke größere Arbeiterentlassungen beabsichtigt hätten; vielmehr wäre seit Jahren ein ständige Erhöhung der Belegschaftsziffer erfolgt. Den Nachweis der Eingabe, daß die Arbeitslöhne mehrfach schon dann gekürzt würden, wenn die Preise noch steigen, sucht der Zechenverband dadurch zu entkräften, daß bei aufsteigender Konjunktur umgekehrt die Löhne schon steigen, wenn die Preise noch niedrig seien. Bestritten wird ferner, daß die Preise für Lebensmittel stärker gestiegen sind als die Löhne, und die Tatsache, daß der Anteil des Unternehmergewinnes am Werte der Förderung ständig wächst, während der Lohnanteil des Arbeiters fällt.

Den Bergarbeitern kommt es gar nicht darauf an, ob der Zechenverband die gewichtigen Tatsachen ihrer Beschwerde anerkennt oder ablehnt. Ihnen dünkt es die Hauptsache, daß ihre Beschwerden behoben werden. Und das ist zum Teil geschehen, wie eingangs dargelegt ist, mag es der Vorstand des Zechenverbandes zugeben oder nicht. Er ist vorläufig der Preisfächter der deutschen Scharfmacher, wenn er auch unter dem Trude der Verhältnisse etwas höflicher und vorsichtiger geworden ist.

Zur Aussperrung in der Solinger Waffenbranche.

Ein schwerer Kampf, dessen Ende zunächst nicht abzusehen ist, wurde im Solinger Industriegebiet durch den Unternehmerverband heraufbeschworen. Im vorigen Jahre hatten einzelne Verufe in der Waffenbranche eine Erhöhung der Preisverhältnisse erzwungen, die einer Anzahl Firmen gegen den Strich ging; diese versuchten nun, die erhöhten Preise unter der Hand wieder herabzusetzen und, wo dies nicht gelang, ließen sie die Arbeit auswärts zu billigeren Preisen herstellen, besonders größere Arbeiten, während sie kleinere Aufträge am Ort zu tariflichen Preisen herstellen ließen. Die in Frage kommenden Organisationen (Industriearbeiterverband und Metallarbeiterverband) bezeichneten dem Unternehmerverband gegenüber diese Manipulationen als eine Umgehung des Preisverzeichnisses und verlangten Abstellung dieser Tarifumgehung. Doch die Unternehmer kümmerten sich nicht um den erhobenen Einwand. Später schrieb dann die Firma Eichhorn auf Anfrage des Industriearbeiterverbandes, daß sie gezwungen wäre, auswärts arbeiten zu lassen, weil ihr nicht genügend Klingens- und Scheidensplester in Solingen zur Verfügung ständen. Das traf aber keinesfalls zu, denn die von den Organisationen der Firma übermittelten Arbeiter wurden nicht beschäftigt. Die Arbeiter beantragten nunmehr zur Schlichtung der Differenz mit der Firma Eichhorn eine Sitzung, worauf die Firma jedoch nicht einging. Sie wandte sich vielmehr an den Unternehmerverband, der dann, ohne die Arbeiterorganisation zu hören, der Firma Eichhorn recht gab und ihr seine Hilfe versprach. Eine lombinierte Versammlung beider Verbände beschloß hierauf einstimmig, bei der Firma Eichhorn, die 80 Arbeiter beschäftigt,

den Streik zu erklären. Der Unternehmerverband scheint es jedoch, auf die Uneinigkeit der Solinger Arbeiter bauend, auf eine Wackprobe ankommen zu lassen. Am 28. Februar stellte er dem Industriearbeiterverband, der bei der Firma Eichhorn hauptsächlich in Frage kam, das Ultimatum, bis Dienstag, den 3. März, vormittags 10 Uhr die Streikerklärung zurückzuziehen, andernfalls würde die Vereinigung der Solinger Schwerfabrikanten sofort eine allgemeine Aussperrung sämtlicher Waffenarbeiter vorsehen. Obgleich der Industriearbeiterverband sofort antwortete, daß es ihm unmöglich sei, in dieser kurzen Frist eine Entschädigung seiner Mitglieder herbeizuführen, beschloß am 3. März vormittags eine Versammlung des Fabrikantenvereins die Aussperrung sämtlicher Waffenarbeiter in allen dem Fabrikantenverein und Arbeitgeberverband angehörenden Betrieben. Kennzeichnend für die Kriegsstimmung im Unternehmerverband ist, daß diejenigen Arbeiter, die ohne Kündigung arbeiten (Selbständige), sofort ausgesperrt wurden. Von der Aussperrung werden insgesamt 800 Arbeiter betroffen, wovon 500 im Industrie- und 100 im Metallarbeiterverband organisiert sind; der Rest ist nicht organisiert.

Bereits am 28. Februar hatte der Unternehmerverband folgendes vertrauliches Schreiben an seine Mitglieder gerichtet:

„Da bei unserem Mitgliede, der Firma Karl Eichhorn, die in der Beifolgenden Liste aufgeführten Waffenarbeiter ohne irgend welche berechtigten Gründe heute die Kündigung eingereicht haben, um in den Streik zu treten, ersuchen wir unsere Mitglieder, die erwähnten Leute unter keinen Umständen in ihren Betrieben einzustellen und ihnen auch keinerlei Beschäftigung zu überweisen.“ J. A.: Dr. Hornung.“

Die Arbeiter haben in einer Versammlung am 3. März einstimmig beschlossen, den Zechenverband aufzunehmen und den Kampf mit aller Schärfe zu führen. Die beiden Arbeiterorganisationen stehen in diesem Kampfe dem Unternehmerverband vollständig geschlossen gegenüber. Sollte der Unternehmerverband nicht bald einsehen, daß er diesmal falsch kalkuliert hat, so dürfte das Ende des Kampfes, in den möglicherweise noch weitere Branchen einbezogen werden, nicht abzusehen sein.

Die Unfreiheit der Privatangestellten erfährt eine uralte Beleuchtung durch eine Klage, den die Lebensversicherungsgesellschaft „Concordia“ in Köln unlängst ihren Angestellten zur Unterschrift vorlegte. Darin heißt es:

„Wir ersuchen Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir künftig jeden Beamten entlassen werden, der auf irgendeine Art einem anderen Beamten unserer Gesellschaft über die Höhe seiner Gehaltsbezüge Kenntnis verschafft.“

Diese Verfügung, die nur dazu dienen soll, den Anreiz zu Gehaltsforderungen zu vermindern, ist leider nichts Neues. Ähnliche Bestimmungen finden sich in den Aufstellungsverträgen vieler großer Firmen. So besagt z. B. die Dienstordnung der Siemens-Schuckert-Werke:

„Alle Angestellten sind verpflichtet, über das eigene Einkommen und über das Einkommen des von anderen Angestellten der Gesellschaft strengste Verschwiegenheit zu beobachten.“

Auf die Verschwiegenheit, die die Unternehmer ihren „Mitarbeitern“ entgegenbringen, werfen solche Anekdotalparagrafen ein bezeichnendes Licht. Und so viel steht unbedingt fest, daß man den Arbeitern dergleichen nicht mehr bieten darf. Deshalb sollten die Angestellten vor ihnen lernen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und um ihre Freiheit zu kämpfen.

Ausland.

Streik der Brüsseler Chauffeure.

Man meldet uns aus Brüssel: Die zweite Streikwoche hat begonnen, aber die Situation haben wir drüben ist unverändert; die Direktion bleibt hartnäckig und die Chauffeure halten zusammen zur Durchsetzung ihres Rechtes — Einhaltung der im Vertrag mit der Stadt vorgesehene Bestimmungen. Gestern gegen die Streikenden in geschlossenem Zuge durch die Stadt und sorgten durch Verteilung eines Manifestes dafür, daß das Publikum über die Billigkeit ihrer Forderungen und die Gerechtigkeit ihres Streiks informiert wurde. Das Manifest zeigt an der Hand der Artikel,

Kleines Feuilleton.

Neur Orden!

Der Horizont wahrhaft Nationalempfindender ist wieder einmal gründlich verdunkelt. Die russische Küstungsgefahr, die englischen Flottenanstrengungen und die fabelhafte Wlamage in der Zubernkommission, alles vergeben und vergessen vor dem Einbruch in eminent vaterländische Güter: ein Ordensschwindler ist entdeckt! Das hat alles in den Hornis gebracht, was tief innen im Herzen bei sich selbst die Voraussetzungen entdeckte, von einem solchen hereingelegt zu werden. Gefahr im Anzug! Sämtliche lokale Knospen sind bedroht und was ein richtiges Königstreichs Loch ist, zieht sich noch jetzt schmerzhaft zusammen: am Ende hätte es sein Söhnen legitim gestiftet und die Frucht der fabelhaften Verbindung wäre nicht einmal erlaubt worden, anzutragen. Konfubinat, Postard, Abort, Locos. . . Die Vorstellungsbilder begannen sich zu verwirren. Der deutschböllische Sinn verblüht sich, Dichterworte drängen sich auf hurragewohnte Lippen: „Du wirst hingehen, wo kein (Ordens-) Stern mehr scheint!“

Belanlich hat nur der Vater Staat und, in seiner Vertretung, sein liebster Sohn, der Landesfürst, das Recht, erwachsenen Menschen Ainderspielzeug zu schenken. Und die erwachsenen Menschen, soweit sie ein scharfes Soldatenschwert oder einen staatlischen Kofettischlüssel führen, lassen sich nur von ihrem Fürsten und Herrn wieder zur Unmündigkeit degradieren. Zwischen beiden aber besteht das Abkommen, nichts Höheres auf dieser Welt zu kennen, als das Stücken emailliertes Silberblech, auf dem sich meistens ein rotes Miniaturhäuschen spreizt! Aufschaffungswert 3,20 M.! Aber dafür dienen amtlich denaturierte Männer dreißig Jahre, und wenn es vierzig gewesen sind, so war es eine goldene Zeit, wo ihnen oben der rote Adler dritter und unten die Hammerhaken erster Klasse herauswachsen. Beim Regierungsjubiläum des „Friedenskaisers“ konnte man eine Tabelle der von ihm ersonnenen Orden- und Ehrenzeichen lesen, die gigantisch war. Die Verdienste müssen in Deutschland während der letzten 25 Jahre epidemisch zugenommen haben, wenn so viel neue Auszeichnungen nötig wurden. Oder die Stützen von Thron und Altar sind in ein weiteres Stadium der Sinnlichkeit vorgerückt. Oder die Mode hat einige Knospen mehr für bunte Bänder und glitzernde Sternchen freigegeben. Man kann nie tief genug schärfen, um den primären Ursachen solch unwäzgender Neuerungen nachzuspüren.

Der Staat, die Monarchie hat den gesunden Sinn für Silberblech in den verschiedenen Kreuz- und Sternformen gewedt. Und nun großt er oder sie den privaten Gönnern, die diesen Sinn unter der Hand befriedigen wollen! Kann man sich eine größere Ungerechtigkeit denken? Gibt es nicht weite Volkskreise, über deren Handlungsweisen und Ladentische sich der offizielle Sternensimmel nicht spannt? Und doch wird gerade bei ihnen, genau so wie in Offizierskasinos, ein tiefes Bedürfnis empfunden, die Konkurrenz

durch einen Orden zu schlagen. Hier soll dem freien Wettbewerb ein Hindernis in den Weg gelegt werden? Hier auf einmal soll eine Entwidlung abgebrochen werden, die sich durch den schwinghaften Handel der deutschen Göße mit den Bürden eines Kommerzienrats, eines Kommerzherrn, eines Hoflieferanten, aufs schönste angebahnt hat? Das entspräche den Worten Wilhelms II. nicht, der ohne jede Einschränkung versprochen hat, den deutschen Kaufmann zu schützen und diesen Schutz nicht auf einmal in Strafverfolgung verkehren kann, wenn der deutsche Kaufmann für sein gutes Weid sich den Kronenorden von San Marino oder das Standerbed-Kreuz von Albanien verschafft. Entweder muß die ordensbegnende Rajestität gleichmäßiger segnen, so daß auch der Mittelstand, dieses Lieblingskind aller national gerichteten Parteien, sein Teil abbekommt oder zu den Bahnhofsempfängern der Monarchen sind auch Mitglieder der Handelswelt beizuziehen, damit auch sie ihren Teil des exotischen Bahnhofsprinzips abbekommen. Allerdings könnte es dabei zu peinlichen Zwischenfällen kommen, wenn zum Beispiel seiner regen Beziehungen zur Aristokratie entsprechend, Herr Pariser zum Empfang befohlen und das altehrwürdige Altschee: „Die Monarchen begrüßten sich mit Küssen auf beide Wangen und schüttelten sich wiederholt usw.“ dadurch fäzen würde, daß er dem ankommenden Gottesgehndmann überfällige Wechsel präsentierte.

Aber das ist eben das Risiko der Landesvaterschaft! Wir auf jeden Fall müssen an dem Wahlspruch festhalten: Die Regierung hat die Pflicht, diesen Jersinn in angemessener Weise zu befriedigen. Und dabei wird sie eben auf die Dauer, wenn sie die Privatkonkurrenz ausschalten will, mit den bestehenden Orden nicht auskommen! Majestät, gründen Sie neue! Und fehlt der Orden für konsequenter Nationalliberalismus! In einem rotierenden Welt vor dem Kopf zu tragen! Genannt: Changoant-Adler!

Der Index als Reklame. Das Börsenblatt für den deutschen Buchhandel bringt folgendes Inserat: „Verleger gesucht für ein Verzeichnis. Das Werk will zunächst ein Kunstwerk sein, richtet sich aber scharf gegen den Reiz bei harter Betonung germanischer Weltanschauung. Der Autor erwartet, daß sein Werk auf den Index kommen wird.“

Das hat man sich eigentlich schon immer gewünscht. Erst dann ist so eine Institution wie der Index richtig bewertet, wenn er als reine Reklame ausgenutzt wird. Man hatte durch Jahrhunderte die Erfahrung gemacht, daß nur wertvolle und gute Sachen auf diese Liste gesetzt wurden; nun schließt man umgekehrt, jedes Werk auf dem Index sei gut, es genüge schon, verboten zu werden, um damit ein gutes Renomis in der Tasche zu haben. „Hier garantiert esht verblüht!“ Vom Heiligen Vater selbst mit dem Bannstrahl bedroht! Nur hier!

Der Herr Verfasser befindet sich in guter Gesellschaft. Zuletzt haben ja Jules Verne und Martellin dran glauben müssen. Und man wünscht sich nur, daß die anderen verstaubten und knarrenden Bebel der Reaktion bald in denselben Geruch kommen wie dieser Index. Mit der Jentur ist ähnlich: das rote Streifenband: „Von der Jentur verboten!“ zieht immer noch. Bald wird nun wohl auch die Reklame die Gelegenheit ausnützen, von den

echt preussischen Leuten des Hochverrats gezogen zu werden; wir vermuten als nächstes eine Anzeige, in der es heißt: „Der Autor erwartet, stedschließlich verfolgt zu werden.“ Geschäft ist Geschäft! Und da die heiligen Institutionen der herrschenden Gewalt, wie Index und Jentur, nicht wehren können, daß verdammte Werke umlaufen (denn der Buchhandel ist frei und auch die Post liefert verbotene Schriften), so wird die Kellome ihnen eine ungeahnt große Tätigkeit vermitteln. Das Gedächtnis haben sie gratis.

Billige Möbel. Auf der Möbelmesse am Zoo sind auch diesmal die Veruche, billige Möbel brauchbar und geschmackvoll zu gestalten, das einzig Interessante. Alles übrige, besonders die schwallige „Kunst“ der sogenannten besseren Qualitäten, beweist nur, daß die Berliner Möbelindustrie noch immer nicht so weit gediehen ist, ohne den Architekten auskommen zu können. Es wäre gewiß sehr erfreulich, wenn das Tischlerhandwerk aus sich selber heraus wieder einen wahrhaft hölzernen Stil erkämpfen würde; dazu wäre aber zunächst einmal notwendig, daß die Tischler (die meisten der Aussteller sind übrigens, wirtschaftlich betrachtet, Fabrikanten und Händler) sich entschließen, auf alle Schnörkel und Grimassen, wie sie deren in schmerzhafter Fülle den Architekten abgucken, rundweg zu verzichten.

So aber, wie sie sich auf diesen Messen bisher gegeben haben und wie sie auch diesmal wieder auftreten, mit falschem Ehrgeiz nach der neuesten Mode strebend, werden sie nie zu einer gefunden, handwerklichen Sachlichkeit durchdringen. Nur, wo sich die Tischler (und diesmal sind es wirklich handwerkliche) auf das beschränken, was sie ihrer gesellschaftlichen Natur nach und, was wichtiger ist, als Menschen voll erfassen können, leisten sie Gutes: in Möbeln für Alteinwohnungen. Sie haben es verstanden, die Anregungen, die auf diesem Produktionsgebiet vor allem durch die Kommission für vorbildliche Arbeitermodelle gegeben worden sind, sich zunutze zu machen; auch der keine Wettbewerb, der diesmal zur Austragung kam, ist nur eine Konsequenz aus den erfolgreichen Ruherwohnungen, die während der letzten Jahre im Berliner Gewerkschaftshaus zu sehen waren.

Dabei verzieht es sich von selbst, daß die Schüler noch nicht völlig die Vollkommenheit der Lehrmeister erreichten; sie haben vor allem noch nicht den letzten Ruck, wirklich nur das Notwendige zu geben, sie tändeln immer noch ein wenig mit ornamentalen Zutaten. Man könnte sagen: die besten Möbel, die der Wettbewerb brachte, sind die Typen des Gewerkschaftshauses, aber um einige Grade unsicherer, losender und oberflächlicher. Zu diesem Urteil gelangt man mit doppelter Sicherheit, wenn man die Type „Koeppel“, die dritte, die das Gewerkschaftshaus brachte, und die auch hier auf der Messe zu sehen ist, mit den Wettbewerbsgegenständen vergleicht. Die Type „Koeppel“ ist das Beste, das Charaktervollste und das formel Reiffste, was es überhaupt auf dieser Messe gibt.

Zumerkhin, die neuen Veruche der Tischler, für den Arbeiter und den kleinen Bürger brauchbare Möbel zu schaffen, können nur begrüßt werden. Sie sind hoffnungsvolle Symptome einer Bewegung, der die Kommission für vorbildliche Arbeitermodelle die Bahn frei gemacht hat: der endgültigen Vernichtung des Barockschundes.

Die Radtänzerin s. D. Frau Wiland aus München verbanft ihren bescheidenen Beruf nicht ihrer Langkunst, sondern ein paar



daß die Gesellschaft vertragsbrüchig geworden ist, so durch Nicht-  
einhalten des garantierten Lohnminimums, durch unerlaubte  
Abzüge usw., und fordert den Bürgermeister zum Einschreiten auf,  
um nicht weitere 400 Familien dem Hunger preiszugeben.

**Syndikalistische Kreise in England** haben den südamerikanischen  
Gewerkschaften angeboten, Tom Mann auf eigene Kosten nach Süd-  
afrika zu senden, um dort für die Bewegung tätig zu sein, bis den  
Deportierten die Rückkehr in die Heimat gestattet wird. Das An-  
gebot wurde angenommen und wird Tom Mann schon am Sonn-  
abend abreisen. Es werden Vorbereitungen getroffen für die Ent-  
sendung von acht weiteren Agitatoren, um so vollen Erfolg für die  
neuen Deportierten zu stellen.

## Der Notschrei des Krankenpflegepersonals.

Die Reichstagsverhandlungen über die Forderungen des Kran-  
kenpflegepersonals bildeten den Anlaß zu einer am vergangenen  
Mittwoch abgehaltenen Protestversammlung. Bekanntlich haben  
die bürgerlichen Parteien wie immer ja auch hier nur schöne  
Phrasen gefunden, um die Bewilligung der leider nur zu be-  
rechtigten Forderungen dieser Arbeiter in endlose Fernen zu  
schieben. Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion  
eingereichte Resolution ist von der bürgerlichen Koalition mit der  
schäbigen und kampfhaften Begründung abgelehnt worden, daß sie  
einen Rückschritt bedeute. Dafür wurde dann eine fast- und kraft-  
lose, vom Abgeordneten Calker eingebrachte Resolution angenom-  
men. Wie Reichstagsabgeordneter Antrich, der das Referat  
übernommen hatte, ausführte, ist diese Resolution übrigens wört-  
lich, was mit einer einzigen Einschubung, dieselbe, die schon vor  
mehreren Jahren einmal von Aliaß und Genossen eingereicht und  
angenommen wurde. Grundsätzlich rechnete der Redner mit den  
bürgerlichen Parteien ab, indem er ein anschauliches Bild dieser  
Reichstagsverhandlungen entwarf. Dabei besprach er auch die ein-  
zelnen Positionen der unten abgedruckten und einstimmig an-  
genommenen Resolution. Und wenn man als ein nicht im Beruf  
Tätiger bei dieser Besprechung hört, daß nur ungefähr 3100 (= 14  
Prozent) Pfleger und Pflegerinnen eine Arbeitszeit von 12 Stun-  
den haben, dagegen aber 88 300 (= 86 Proz.) eine solche von 12-17 Stun-  
den haben, worunter 27 000 Pflegerinnen, so kann man die Empfin-  
dung haben: Der Menschheit ganzer Jammer packt mich an. Denn  
es ist hierbei noch zu berücksichtigen, daß die Löhne und die Be-  
handlung zum Teil erbärmlich genannt werden müssen. Und bei  
all dieser Misere wagt dann ein Herr Dr. Gerlach vom Zentrum  
noch zu sagen, daß der Krankenpflegeberuf von höherem Ge-  
sichtspunkt aus betrachtet werden müsse. Schade, daß Herr  
Dr. Gerlach dasselbe nicht persönlich auch vor den circa 1000  
Berufsangehörigen, die versammelt waren, ausgesprochen hat; diese  
wären ihm die Antwort nicht schuldig geblieben.

Interessant ist es, wie leicht sich die Bürgerlichen die Ab-  
rechnung machten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in Vor-  
sicht dessen, daß die bürgerlichen Parteien kommen würden und  
sagen: „Ihr geht uns zu weit“, die Resolution so gefaßt, im Gegen-  
satz zu der vorjährigen, daß die allerdringlichsten Bedürfnisse vor-  
läufig erledigt werden sollten. Darauf der faule Zauber: „Ihr  
seid ja rückwärts!“ Das „Rückwärts!“ will nun der Fort-  
schrittler Dr. Blund daraus herleiten, daß die Dienstzeit 12 Stun-  
den betragen soll. Dabei vergißt dann Herr Dr. Blund, daß  
auch die notwendigen Pausen (2 Stunden) mit darin enthalten  
sind. Dieser eigenartigen Logik schloßen sich dann bekanntlich auch  
die anderen bürgerlichen Redner an. In Wirklichkeit hätte die An-  
nahme der sozialdemokratischen Resolution das Koalitionsrecht und  
anderes dem Pflegepersonal Wünschenswertes in greifbare Nähe gerückt;  
darum auch die strikte Ablehnung.

Das von den vielen Diskussionsrednern Gesagte war ein Ent-  
täuschungs- und Notschrei über die Mißhandlung, die ihnen durch den  
Reichstag zuteil wurde. Allgemein wurde das tapfere und prinzipielle  
Vorgehen der sozialdemokratischen Fraktion aufgeschrieben.  
Und allgemein war der Ruf: Hinein in die freigewerkschaftliche

Wachmeisterstämchen der Polizei, die der Ansicht war, dieser Länze-  
rin schlenkt die Gewänder. Denn ohne Gewänder sei es keine  
Kunst. Und es stellt sich nun heraus, daß es mit Gewändern auch  
keine ist.

Die ägyptische Prinzessin Bent-Anat ruht in Ihrem Gemach,  
verträumt wie eine Wasserlilie auf tiefgründigem See.“ So un-  
gehebe malt sich in einem Impresariatslokal der Orient, und das  
meiste von dem, was Frau Villan tanzte, sonnte schlichtweg ein-  
gerahmt in der guten Stunde gottverlassener Kleinbürger an der  
Wand hängen. Dazu eine Musik, anscheinend ausgeführt von dem  
Korchorleiter in Trandemünde, und gänzlich ohne jeden Zusammen-  
hang zu dem Dargestellten. Die Musik brachte eine Permate, eine  
sogenernde Pause, ein (stilles) Thema setzt ein: die Villan rührt  
sich nicht. Aber trotz aller doctrinärer Versuche ist ja doch Tanz  
immer noch und immer nur ein seltsames Verfinnen in den allmäh-  
lichen Abwärts. Wenn man nun noch eine Seele im Leib hat,  
wie Grete Bielefeld, um so besser. Bei der Villan ist es um  
Seele und Leib gleich mittelfaul bestellt. Drehungen der gepreigten  
Hand aus dem Gelenk heraus machen es allein noch nicht, wir  
haben kühl zu, und nichts in uns tanzt mit. Nicht niedrig war  
ein Schattentanz; hier sind noch viele Möglichkeiten verborgen,  
die man ausnutzen könnte, ohne zwischen zwei gedrehten Rumpfbau-  
säulen sich den Anschein eines dieser üblichen Bilder zu geben, die  
ohne Wendens nicht denkbar sind.

Man hat sich in München eine schlechte Wirtin für die  
Jensur ausgelacht. Man hat, wie schon so oft, dem Wirtel zuleide,  
jede Sinnlichkeit aus dem Tanz abgeleitet. Aus dem Tanz, dessen  
Hauptelement keine akademischen Programmpunkte, keine rollenden  
Augen, und nicht die gedrehten Hände, sondern eben diese Sinnlich-  
keit ist.

### Notizen.

— **Protest gegen die kleine „Der Feinze“.** Der  
Württembergische Goethebund als Vorort der deutschen Goethebünde  
erläßt eine Protesterklärung gegen die sogenannte kleine „Der Feinze“,  
die das unterbairische künstlerische Schaffen schädigt und das gewerbliche  
Kunstgewerbe Deutschlands auf das empfindlichste schädigt.

— **Theaterchronik.** Im Kleinen Theater wird „Jettchen  
Geber“ am nächsten Sonnabend zum 75. Male aufgeführt.

— **Ein antikes Jahrbuch für Schulwesen.**  
herausgegeben von der im vorigen Jahre vom preussischen Kultus-  
ministerium geschaffenen Anstaltsstelle für Schulwesen, wird demnächst  
erscheinen. Es soll einen Ueberblick geben über die Vorgänge  
und Fortschritte des Schulwesens in Deutschland und im Ausland.

— **New York als größter Hafen der Welt.** Nach  
einer Statistik des „Scientific American“ hat New York nun end-  
gültig den ersten Platz unter den Welthäfen eingenommen und  
London überflügelt. Der Wert der in den großen internationalen  
Häfen ein- und ausgehenden Güter wird auf folgenden Jahres-  
durchschnitt berechnet: New York 1978 Millionen Dollar,  
London 1972, Hamburg 1974, Liverpool 1887 Millionen Dollar.  
Der Panamakanal dürfte den Vorrang New Yorks noch ver-  
größern; er verläuft die Entfernung bis Honolulu um 1000, bis  
Sidney um 2000 und bis Valparaiso um 2570 Seemeilen.

— **Ein Opfer seiner Erfindung.** Green, der Erfinder  
der X-Strahlen in Röhren, ist in Hartford an den Folgen einer  
durch die Strahlen verursachten Krankheit gestorben.

Organisation! Die Erfüllung dieser Forderung wird dann allerdings  
recht bald mit haarsträubenden Mißständen, wie sie in der Ver-  
sammlung zur Sprache kamen, aufzukommen. Ein Redner beleuchtete  
unter anderem den Berliner Etat. Und da stellt sich heraus, daß  
wohl den Oberärzten, Operationsassistenten usw. eine jährliche Auf-  
besserung von 60 M. zugewilligt wurde, ihnen aber dafür die Weib-  
nachsorge in Höhe von 40 M. gestrichen ist. Oder man  
vernimmt, daß die Schwestern bedeutend günstiger in Gehalt,  
Behandlung und Ferien (im ersten Jahr vier Wochen) gestellt sind,  
die Pflegerinnen aber vom tieferen Gesichtspunkt aus  
betrachtet werden. Sie müssen für weniger Lohn, schlechte Be-  
handlung und Kost schwerere und schmutzigere Arbeit verrichten.  
In den Geschlechtskranken- und Geburtsabteilungen findet man  
wohl Wärterinnen, aber wenig Schwestern. Daß die fahlen und  
eiden Beschäftigten des Personals nicht mit Bildern geschmückt  
werden dürfen, ist das Schlimmste noch nicht; viel ungeheuerlicher  
ist's, daß Leute, die sich durch Rückgrat auszeichnen, in der schla-  
förmigen Art behandelt werden. Manches bitter-herbes Wort sprach  
man auch über die Vergie, die leider den Pflegeberuf absolut nicht  
beurteilen können.

Durch nicht qualifizierter, besonders weibliche Kräfte, so wurde  
von Herrn Laßke, Redakteur der „Krankenpflege“, ausgeführt,  
ist der Privatpflegeberuf heute auf einen materiellen Tiefstand ge-  
langt, der noch schlimmer ist als der der Anstaltspfleger. Das wäre  
schon ein zwingender Grund zur obligatorischen Ausbildung des  
Pflegepersonals.

Hoffen wir, daß der flammende Protest des Krankenpflege-  
personals nicht ungehört verhallt. Hoffen wir, daß bald nach unten-  
stehenden Beiständen Remedur in der Krankenpflege geschaffen wird.  
Es liegt dies im Interesse dieser Arbeiter, aber auch im Interesse  
der jährlich 2 000 000 Kranken Deutschlands.

Die angenommene Resolution lautet:

Die am 4. März 1914 in „Haverlands Festhallen“, Neue  
Friedrichstr. 35, tagende, stark besuchte öffentliche Ver-  
sammlung des in der Krankenpflege und im Massageberuf  
tätigen Personals ist mit den Ausführungen des Referenten,  
Reichstagsabgeordneter Antrich, einverstanden. Die Versammelten  
erklären, daß, nachdem im Jahre 1908 durch die amtliche Statistik  
festgestellt ist, daß die Arbeitskraft des in den Krankenhäusern  
beschäftigten Personals im Uebermaße ausgenutzt wird, eine  
gesetzliche Regelung der Arbeitsbedingungen erfolgen muß. Diese  
Regelung darf sich aber nicht nur auf die in den Anhalten be-  
schäftigten Personen beschränken, sondern muß auch auf das in  
der Privatpflege und im Massageberuf tätige Personal aus-  
gedehnt werden.

Von der Regierung erwartet die Versammlung, daß jetzt end-  
lich die Erhebungen und Erwägungen abgeschlossen werden und  
Taten folgen.

Die Versammelten fordern eine Regelung des Arbeitsver-  
hältnisses auf folgenden Basis:

1. Obligatorische Ausbildung des im Pflegeberuf tätigen  
Personals, einschl. des Massagepersonals, und Neuregelung der  
bestehenden Prüfungsbedingungen.
2. Unterstellung des gesamten Personals unter die Reichs-  
gesetzgebung und Aufhebung der im § 154 enthaltenen Aus-  
nahmeregelungen unter Ausnahme des § 137.
3. Festsetzung einer 12 stündigen Dienstzeit (Tag- und  
Nachtarbeit) inkl. der Pausen für das interne Personal, all-  
wöchentliche Mindestruhezeit von 24 Stunden und eine höchstens  
9 stündige Arbeitszeit für das externe Personal.
4. Befreiung des Kost- und Logiszwanges in der Anstalt.
5. Unterstellung des gesamten Pflege-, Massage- und Bade-  
personals unter die Reichsverversicherungsordnung.
6. Erlass gesetzlicher Vorschriften auf Gewährung eines  
jährlichen Erholungsurlaubes von mindestens 14 Tagen unter  
Fortzahlung des Lohnes und Entschädigung für sonstige Be-  
züge nach einjähriger Beschäftigung.

Da leider zu befürchten ist, daß diese Wünsche der Versam-  
melten von der Reichsregierung nicht die notwendige Beachtung  
finden, wird das Bureau der Versammlung beauftragt, vorstehend  
aufgestellte Forderungen den in Frage kommenden Kommunal-  
behörden usw. zur Kenntnisnahme zu übermitteln und zur Ver-  
wirklichung zu empfehlen.

Die Versammelten sind überzeugt, daß eine Verbesserung  
ihrer Lebenslage nur durch den Ausbau der Organisationen zu  
erzielen ist und verpflichten sich daher, für deren Stärkung ein-  
zutreten.

## Stadtverordnetenversammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 5. März 1914,  
nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michaelis eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.  
Zur Erhöhung der Feuerzicherheit sollen in 43 höheren  
Lehranstalten, 14 Turnhallen, 100 Gemeindefschulen, 13 Hoch-  
und Fortbildungsschulen und in der Wundenschule bauliche  
Veränderungen vorgenommen werden, die einen Kostenauf-  
wand von 228 665 M. erfordern.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Für 1914 ist eine Vermehrung der etatsmäßigen  
Beamtenstellen um 95 in Aussicht genommen.

Stadtv. Schulze (A. L.): Wir werden der Vermehrung höherer  
Herzogen zustimmen, bitten aber den Magistrat dringend, diesem  
raschen Tempo der Vermehrung endlich Einhalt zu tun.

Stadtv. Dellriegel (A. L.) befürwortet Ausschuhberatung.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.) hält letztere auch für durchaus not-  
wendig, da der Magistrat doch noch verschiedentlich Auskunft  
geben müsse.

Die Vorlage geht an einen besonderen Ausschuh.  
Der Geh. Regierungsrat Dr. Wagner will der Stadt  
40 000 M. stiften, deren Zinsen dazu dienen sollen, die Zahlung  
der durch Verpflegung Verstorbenen in den städtischen  
Krankenhäusern entstehenden Kosten den erhaltungs-  
pflichtigen Verwandten ganz oder teilweise abzunehmen.

Die Zustimmung der Versammlung wird ohne Debatte erteilt.  
Das Krankenhaus Moabit soll einen Umbau er-  
fahren, der 5 890 000 M. kosten wird. In dem Vorentwurf ist  
auch, dem Beschlusse der Versammlung von 1911 entsprechend, die  
Einrichtung einer Abteilung für zahlende  
Kranke vorgesehen. Die angekauften Töchterchen Paraden  
sollen zur ausbildungsweisen Benutzung während der Pausen im  
Krankenhaus Moabit aufgestellt werden. Bei Epidemien will man  
im Bedarfsfalle auf Paraden des Roten Kreuzes zurückgreifen;  
eventuell ist die Vereinstellung des Leichtkrankenhauses in Rügen-  
see und des Virchow-Krankenhaus zur Aufnahme der in Moabit  
durch den Umbau in Wegfall kommenden Betten geplant.

Stadtv. Dr. Jaac (A. L.): Eine so wichtige Frage sollte nicht  
ohne Ausschuhberatung entschieden werden. Es ist fraglich, ob die  
Erweiterung eines alten Krankenhauses im Bereich der Stadt  
empfehlenswert ist oder ob nicht der Bau eines neuen außerhalb  
der Stadt vorzuziehen wäre. Ein geeignetes Gelände wäre z. B.  
in Treptow verfügbar.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): In der Staatsberatung hat bereits  
der Kollege Rosenow angedeutet, es sei zweckmäßiger, die sechs  
Millionen zum Bau eines neuen Krankenhauses zu verwenden.  
Das würde allein schon Ausschuhberatung durchaus rechtfertigen.  
Die Gründe des Kollegen Jaac kann ich aber nicht gelten lassen.  
Das Moabiter Krankenhaus ist doch vor allem für die Bewohner  
des Stadtteils Moabit bestimmt. Ich sehe keinen Grund ein, der  
Anregung des Kollegen Rosenow, die in diesem Falle einer Ver-  
schleppung gleichkäme, nachzugeben, aber wichtig genug ist sie, um  
sich im Ausschuh darüber zu unterhalten. Wir wollen uns  
unsererseits auch mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit und die

Notwendigkeit der Beschaffung von Arbeitsgelegen-  
heit auf den Boden der Vorlage stellen.

Stadtv. Wäffell (Fr. Fr.): Wir sind für die Vorlage, möchten  
und aber auf den Kostenanschlag noch nicht binden.

Stadtv. Rosenow (A. L.): Man tritt doch jetzt auf allen Seiten  
für billigeren Bau von Krankenhäusern und für die Anlage  
kleinerer Systeme ein. 6 Millionen könnten für 1000 Betten hin-  
reichen. Jedenfalls wäre ein Neubau zweckmäßiger als ein so  
teurer Umbau. Verschleppen wollen wir die Angelegenheit nicht.

Stadtv. Sachs (A. L.) äußert sich ebenfalls zur Sache, bleibt  
aber auf der Tribüne unberücksichtigt.

Stadtrat Selberg: Ein Krankenhaus für Moabit ist und  
bleibt unbedingt erforderlich.

Stadtv. Gassel (A. L.): Wie teilen nicht die Anschauung des  
Kollegen Rosenow, wir wünschen den Umbau in Moabit, möchten  
aber im Ausschuh den Kostenüberschlag und die Frage der Not-  
wendigkeit einzelner Neubauten, die der Magistrat vor schlägt, noch  
genauer erörtern lassen.

Stadtv. Rommelen (Fr. Fr.): Wir können das Moabiter  
Krankenhaus absolut nicht entbehren, es geht also nicht an, der  
Anregung Rosenows zu folgen. Die Herabdrückung der Kosten  
pro Bett auf 6000 M. wird nicht gelingen.

Die Vorlage wird einem Ausschuh überwiesen.

Nach 6 Uhr wird die Verhandlung unterbrochen durch die  
Einführung der beiden neugewählten und vom Oberpräsi-  
denten bestätigten und beurlaubten Stadträte Kreis-  
mann und Arthur Brande.

Den Versammlungsbeschlüssen wegen Verwendung von 300 000  
Mark zu Rotstandsdarlehen in Beträgen bis zu je 40 M.  
usw. ist der Magistrat beigetreten.

Stadtv. Finne (Soz.): Es liegen schon einige tausend Gesuche  
von Arbeitslosen vor; zu einer Auszahlung ist es leider noch nicht  
gekommen, weil die Prüfung der Bedürftigkeit eine geraume Zeit  
in Anspruch nimmt. Die Armenkommission gibt die Gesuche zur  
Prüfung an die Kommissionen weiter, und bei diesem Verfahren  
bleiben die Gesuche liegen; auf solche Weise wird aber die Gewäh-  
rung des Darlehens illusorisch.

Stadtrat Dörflein: Wir haben mit der größtmöglichen  
Schnelligkeit gearbeitet; eine Reihe von Darlehen sind schon aus-  
gegeben oder werden in den nächsten Tagen ausgezahlt. Am ersten  
Tage liefen 1900, dann 200 bis 300 Gesuche täglich ein. Wir  
haben, um die Erledigung zu beschleunigen, eine besondere Prü-  
fungsstelle eingerichtet und die gesonderte Prüfung dieser Gesuche  
angeordnet.

Die Vorschläge, die in den Anträgen Kronz (Soz.) und  
Goldschmidt (A. L.) wegen Regelung der Angestellten-  
versicherung der im Wege des Privatdienstvertrages beschäf-  
tigten städtischen Angestellten gemacht worden waren,  
sind in der Ausschuhberatung abgelehnt worden. Stadtvordneter  
Dr. Kronz hatte vorgeschlagen, diese Angestellten nach dem Ange-  
stellten-Versicherungs-Gesetz in der Weise zu versichern, daß die  
Stadt die Arbeitgeberbeiträge übernimmt und den von der Ver-  
sicherung Betroffenen eine Gehaltserhöhung in Höhe der von ihnen  
gezählten Angestelltenbeiträge rückwirkend vom 1. Januar 1913  
gewährt wird. Der bei der ersten Beratung des Antrages Kronz  
von dem Stadtv. Goldschmidt gemachte Vorschlag ging dahin, den  
Magistrat zu ersuchen, die gesamten Beiträge zu übernehmen und  
dafür beim Eintritt der Berufsunfähigkeit die Rente aus der An-  
gestelltenversicherung ganz vom Ruhegeld in Abzug zu bringen.

Die Stadtv. Galland, Gassel u. Gen. (A. L.) beantragen: „Den  
Magistrat zu ersuchen, städtischen Angestellten, die der Angestellten-  
versicherung unterliegen, zur Vermeidung etwaiger Särten eine  
Beihilfe im Staatsjahr 1914 zu gewähren.“

Stv. Goldschmidt bringt seinen im Ausschuh nur mit Stim-  
mengleichheit abgelehnten Antrag wieder ein.

Das Referat erläßt Stv. Samberg (A. L.)

Stv. Goldschmidt (A. L.): Bei der Abstimmung hat im Aus-  
schuh ein Zufall abgewartet; es fehlten drei Freunde des Antrages,  
die ihm mit 9 gegen 6 Stimmen zur Annahme verholfen hätten,  
während er mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden ist. Wir  
bringen den Antrag wieder vor das Plenum, weil wir die Beiträge  
für die Angestelltenversicherung als viel zu hoch ansehen, als daß  
die Angestellten der städtischen Betriebe sich die Hälfte davon vom  
Gehalte abziehen lassen könnten. Dies würde eine Herabsetzung  
ihrer Lebenshaltung bedeuten. Hätte der Magistrat vor vorberein  
seine Absicht zu erkennen gegeben, daß er einen Ausgleich, der die  
Angestellten nicht belastet, in alternativer Zeit herbeiführen wolle,  
wären wir mit dem Antrage nicht gekommen; er hat sich aber zu  
allgemein und zu unbestimmt ausgesprochen. Unser Antrag wohnt  
gleichmäßig das Interesse des Magistrats und das Interesse der  
Angestellten. Wir wünschen, daß diese Beiträge vom 1. Januar 1913  
ab vom Magistrat übernommen werden.

Stv. Galland: Wir sind bemüht gewesen, ein Auskunftsamt  
zu finden, um den Angestellten zu helfen, da auch wir einmütig die  
Auffassung haben, daß die Angestellten in der Tat durch das  
Gesetz schwer bedrückt werden. Die bisher vorgeschlagenen Wege  
scheinen uns nicht gangbar. Daß die Privatindustrie der Stadt  
bereits mit gutem Beispiel vorangeht, habe ich nicht be-  
stätigt gefunden; mit ihr kein einziges derartiges Beispiel bekannt  
geworden. Im Gegenteil, die „Konsumgenossenschaft für Berlin  
und Umgegend“, die sozialdemokratisch ist (Widerpruch bei den  
Sozialdemokraten), hat einen Antrag der Angestellten, die Beiträge  
völlig zu übernehmen, mit Rücksicht auf den hohen Betrag ab-  
gelehnt. (Hört! Hört! bei der Mehrheit.) Ich will damit nicht  
den Antrag der Sozialdemokraten diskreditieren, ich will nur kon-  
statieren, daß selbst bei denen, die den Angestellten am günstigsten  
kennt sind, die Verhältnisse so ungünstig liegen, daß sie diese  
Maßnahme ablehnen. Wir müssen uns ebenfalls mit dem be-  
scheiden, was unser Antrag will. Der Antrag Goldschmidt würde  
nur dahin führen, daß den Angestellten das möglichst gekürzt wird,  
was ihr höherwertiges Recht ist; gerade die Stadt würde dabei  
das allerschwerste Geschäft machen. (Widerpruch.) In zwei  
Jahren, nach Ablauf der zehnjährigen Parteizeit, würde die Stadt  
schon zurückzahlen, was sie an Beiträgen vorauslag, hat, vom  
dritten Jahre ab aber die Rente des Angestellten einfach ohne  
Gegenleistung in die Tasche stecken.

Stv. Schneider (Soz.): Der richtige Antrag ist eigentlich der  
unserige (Heiterkeit); da er aber keine Aussicht auf Annahme hat,  
werden wir für den Antrag Goldschmidt stimmen. Der Kollege  
Galland kommt mir heute gegenüber seiner Haltung im Ausschuh  
vor wie der Wolf im Schafspelz. (Heiterkeit.) Die Konsequenzen  
des Antrages Goldschmidt sind keineswegs diejenigen, die Herr  
Galland hier ausmalt. Der Antrag Galland aber bietet den An-  
gestellten gar nichts. Ich ersuche Sie, für den Antrag Goldschmidt  
zu votieren.

Stv. Dr. Ruhlmann (Fr. Fr.): Auch wir bedauern, daß der  
Antrag Goldschmidt im Ausschuh keine Mehrheit gefunden hat.  
Für den Antrag Galland können wir uns aber nicht erwärmen,  
er hat nur das eine Gute, daß er die Notwendigkeit einer Abhilfe  
anerkennt. Von allen Seiten ist also jetzt anerkannt, daß etwas  
geschehen muß. Daß die Ausführungsbestimmungen zum Gesetze  
es nicht zulassen, die nicht fest Angestellten von der Versicherungs-  
pflicht zu befreien, müssen wir sehr bedauern; da muß eben ein  
Ausweg gefunden werden. Wir treten für den Antrag Goldschmidt  
einmütig ein.

Stv. Ritter (Soz.): Ich nehme nur das Wort, um der Schwarz-  
malerei des Kollegen Galland entgegenzutreten. Er hat es dar-  
gestellt, als ob die Stadt nach dem Antrag Goldschmidt noch Vorteile  
haben könnte. Dem können wir uns nicht anschließen. Die „Kon-  
sumgenossenschaft“ hat mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun;  
sie ist nicht sozialdemokratisch. Herr Galland wollte damit einen  
Gegensatz zwischen unserer Haltung und der Leitung der Genossen-  
schaft konstruieren. Die Genossenschaft hat die Beiträge der An-  
gestellten zu übernehmen nicht überhaupt abgelehnt, sondern nur  
„vorläufig“. Das steht auch in ihrem Jahresbericht; Herr  
Galland hat das aber nicht erwähnt. Die Genossenschaft zahlt u. a.  
auch die vollen Krankenkassenbeiträge für ihre Angestellten.

Stv. Galland: Auf die Redensart vom „Wolf im Schafspelz“



Konnte ich nicht weiter zurück. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sich um einen Ausweg bemüht, so verdient dieses Bemühen wohl eine andere Bezeichnung; die gebrauchte richtet sich selbst. Es handelt sich nicht nur um die Erstattung der Beiträge, sondern die ganze Rente des Betroffenen auf Lebenszeit wird von dem Magistrat nach dem Antrag Goldschmidt in die Tasche gesteckt. Sie verteilen bereits das Geld des Bären; wissen Sie denn, ob die Angeheften mit diesem Modus der Verrechnung einverstanden sein werden? Sie werden schließlich erkennen, daß ihnen im Alter, wo sie der Unterstützung am meisten bedürftig sind, die Rente entzogen wird; lieber werden sie also die Beiträge schließlich selbst vollständig bezahlen, um auch die Invalidenrente beziehen zu können.

**St. Goldschmidt:** Das Rubelgeld ist so normiert wie die Beamtenpensionen, wenn Herr Galland wünscht, daß nur so viel abgezogen werden soll, wie die Beitragszahlung ausmacht, womit ich einverstanden wäre, so kann sich der Magistrat das ja noch überlegen.

Mit großer Mehrheit wird der Antrag Goldschmidt angenommen. Namens des Petitionsausschusses berichtet Stadtbürgermeister Brückner (Soz.) über die Petition der städtischen Arbeiter um Aufhebung ihres Einkommens und Befreiung einer Lohnskala. — Die Versammlung nimmt wie der Ausschuss folgenden Antrag einstimmig an: „Der Ausschuss hält eine Aufhebung der Gehälter der Rentner für notwendig, überläßt aber dem Magistrat die Festsetzung des Umfangs der Erhöhung.“

Der Antrag Kronz wegen Vermehrung der Armen-direktion um 3 Bürgerdeputiertenstellen, in welche Frauen berufen werden sollen, ist von dem eingeleiteten Ausschusse insoweit angenommen worden, als die Vermehrung um eine Stelle empfohlen wird.

Der Referent Stadtb. Galland erörtert die rechtlichen und tatsächlichen Momente, die bei dem Antrage mitspielen. Man habe dem Gedanken der Mitgliedschaft von Frauen alle Sympathie bezeugt, habe aber bei der Größe des Körpers der Armen-direktion (32 Köpfe) sich auf das Minimum beschränken zu müssen geglaubt. Einzig sei der Wunsch, in die neue Stelle eine Frau zu wählen.

**Stadtb. Dr. Rosenfeld (Soz.):** Die Ausschussberatung hat uns manche Enttäuschung gebracht. Wir begrüßen es ja, daß die Tür der Armen-direktion für die Frau geöffnet werden soll. Weniger erfreulich war schon, daß im Ausschusse wieder Bedenken laut wurden gegen die Zulassung von Frauen in die Armen-direktion, daß man sie nur als geeignet gelten lassen wollte für die Mitarbeit in den Kommissionen. Dieser Standpunkt einiger Herren im Ausschuss hat uns um so mehr gewundert, als der Kollege Galland erst vor ganz kurzem in der „Boschischen Zeitung“ einen vortrefflichen Hinweis auf die Mitarbeit der Frauen gegeben und hinzugefügt hat, Männerarbeit ohne Mithilfe der Frauen werde immer flüchtiger bleiben. Sehr bedauerlich aber war es, daß im Gegen-satz zum Kollegen Kommissar seine Freunde im Ausschuss nicht wie dieser im Plenum für den Zutritt von drei Frauen eingetreten sind. Eine Frau als Vertreterin des weiblichen Geschlechts in der Direktion ist nicht ausreichend. Der Magistrat hat ja auch erklären lassen, daß zum 1. April die Zahl der Mitglieder der Armen-direktion verringert werden soll; also besteht doch gegen die drei Frauen wirklich kein Bedenken mehr. Machen Sie ganze Arbeit und stimmen Sie unserem Antrage zu.

**Stadtb. Rosenow:** Wie werden einstimmig dem ursprünglichen Antrage zustimmen. (Lebhafte Beifall.) In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Kronz mit 17 gegen 31 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmt auch ein Teil der freien Fraktion und vereinzelte Mitglieder der linken Bank.

Der Antrag, daß gewünscht wird, für diese drei Stellen Frauen in Aussicht zu nehmen, wird von der gleichen Mehrheit bestätigt. In den Radauliterkrawallen ist am 28. September 1910 der damalige Kaufmannslehrling Hermann Koneganski verletzt worden und hat Schadenerschaftsansprüche gegen die Stadt erhoben; er hat Entschädigung für die Zeit der Arbeits-unfähigkeit erhalten. Seine Klage auf Zuerkennung einer Rente ist in erster Instanz abgewiesen worden. Die Berufung schloß; der Magistrat hat aber einen Vergleich geschlossen, nach dem der Kläger 500 M. erhält und auf alle weiteren Ansprüche verzichtet.

**Stadtb. Dr. Rosenfeld (Soz.):** Wir sind für die Vorlage, beantragen aber außerdem, den Magistrat zu ersuchen, wohlwollend zu erwägen, ob es nicht angebracht erscheint, dem Kläger, dem so übel mitgespielt worden ist, eine höhere Entschädigung zu teil werden zu lassen. Es handelt sich um einen jungen Mann von 18 Jahren, der ohne jedes Verschulden seinerseits zufällig unter die Säbel der Schupleute geraten ist. Im Prozeß hat der junge Mann unter seinem Eide erklärt, er sei von einer Konfirmationsfeier gekommen und wolle einen Verwandten in der Wälderstraße besuchen. Er sah, wie die Menge mit dem Säbel zurückgedrängt wurde; er hat einen Polizeibeamten um Schutz, wurde aber sofort von vier Schutzmännern mit Säbelhieben über Arme und Kopf geschlagen und hat nochelang im Krankenhaus zubringen müssen. Eine Entschädigung von 500 M. erscheint doch zu wenig, wenn auch der Magistrat formell im Recht sein mag. Der junge Mann soll ja nach dem Vergleich auch noch gezwingen werden, seine Prozeßkosten aus den 500 M. zu bezahlen. Diese Kosten sind recht erheblich, und es liegt die große Gefahr vor, daß ihm dann von den 500 M. nicht mehr viel verbleibt. Wir wollen den Magistrat nur veranlassen, eine nochmalige Erwägung darüber anzustellen. Stimmen Sie für unseren Antrag, so legen Sie sich auf eine bestimmte höhere Summe nicht fest; nehmen Sie aus Billigkeitsgründen unseren Antrag an!

**Stadtb. Galland** bittet, den Antrag abzulehnen. Der Kläger hat kaum Aussicht, den Prozeß zu gewinnen; jetzt will der Magistrat die Vergleichssumme gewähren.

**Stadtb. Dr. Rosenfeld:** Wir dürfen solche Dinge doch nicht rein formal behandeln, wir müssen doch auch Billigkeitsrück-sichten in Betracht ziehen. Genüß hat der junge Mann sich zu dem Vergleich bereit erklärt, er hat aber ursprünglich geglaubt, einen weit höheren Ausdruck zu haben.

**Stadtb. Gassef:** Der Antrag Rosenfeld wäre ein Präjudiz verhängnisvoller Art für die Stadtgemeinde. Wie sind doch keine Wohlthätigkeitsversammlung; wir haben den Herrn nicht zu dem Prozeß veranlaßt. Es wurde lediglich städtisches Geld zugunsten des Klägers verwendet. Auch zur Erhöhung der Summe haben wir keine Veranlassung; in Zukunft, wenn er vielleicht in Not gerät, haben wir immer noch Zeit, bezügliche Beschlüsse zu fassen.

**Stadtb. Dr. Rosenfeld:** Ich habe nicht behauptet, daß die Stadt ein Wohlthätigkeitsinstitut sei, aber sie hat die Verpflichtung, wohlwollend die Ansprüche derjenigen zu prüfen, welche Ansprüche an die Stadt erheben. Nur eine nochmalige wohlwollende Erwägung wünschen wir.

Nur Abstimmung konstatiert der Vorsteher Nischelet: Das ist die große Minderheit. (Große Entrüstung bei den Sozialdemokraten.) Der Antrag ist abgelehnt. Der Magistratsvorsitz wird angenommen. Schluß der öffentlichen Sitzung 10 Uhr.

**Immer feste drauf.**  
Unter der Anklage, den Kronprinzen des Deutschen Reichs beleidigt zu haben, standen gestern der Redakteur Alfred Scholz und der Schriftsteller Hans Leuß vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Land-

gerichtsdirrektors Hofmeister. Die Angeklagten wurden vom Justizrat Barnau verteidigt. Die Anklage vertrat Oberstaatsanwalt Chrzescinski.

Die Anklage ist durch einen vom Angeklagten Leuß verfaßten, am 12. Januar d. J. in der „Welt am Montag“ unter der Ueberschrift „Wilhelm der Dritte“ erschienenen Artikel veranlaßt. In diesem Artikel wurde Kritik geübt an mehreren in die Öffentlichkeit gedruckten Mitteilungen über angebliche Aeußerungen und Handlungen des deutschen Kronprinzen. Dazu gehörten die Telegramme des Kronprinzen an den Obersten in Jabern: „Immer feste drauf!“ und an den General Deimling: „Bravo!“ und der Regimentsbefehl an die Infanterie in Langfuhr. Gegen den Inhalt des letzteren wurde namentlich in scharfer Form angekämpft und dabei Ausdrücke und Wendungen gebraucht, in welchen die Anklage Verleumdungen erblickt. Es wird darin u. a. hervorgehoben, daß in dem Regimentsbefehl ein bedenklicher Ausdruck der Kriegslust zu erblicken sei und ausgeführt, daß es ein Unglück wäre, wenn der Kronprinz jetzt zur Regierung käme, denn er habe durch das Telegramm nach Jabern das Vertrauen der Deutschen mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Schatzmachern und Kriegshelden und durch seinen Regimentsbefehl das Vertrauen Europas gegen sich. Schließlich wurde die Ansicht ausgesprochen, daß das Heraus-treten des Kronprinzen geeignet sei, die noch vorhanden republikanischen Ideale wieder in den Vordergrund zu rücken und ein Nachdenken darüber zu veranlassen, ob es nicht besser ohne Erölligkeit geht, ob man nicht die künftigen pensionieren könnte.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses beantragt der Oberstaatsanwalt den

**Ausschluß der Öffentlichkeit**  
im Interesse der öffentlichen Ordnung, die durch eine öffentliche Verhandlung gefährdet werden würde.

Justizrat Barnau widerspricht diesem Antrage. Der öffentliche Ordnung würde viel mehr durch öffentliche Verhandlung gedient als durch eine Verhandlung hinter verschlossenen Türen. Der Angeklagte Leuß habe ein lebhaftes Interesse daran, den Artikel zu erläutern und dadurch Mißverständnisse zu beseitigen. Der Angeklagte verweigere, daß ihm bei aller Schärfe der Kritik jede Absicht fernzulegen habe, die Verion des Kronprinzen herabzuwürdigen und daß es ihm nur auf die Kritik bestehender Verhältnisse angekommen sei. Aber auch der Sache werde durch öffentliche Verhandlung nicht geschadet, denn durch den Ausschluß der Öffentlichkeit würde in weiten Volkskreisen die Ueberszeugung wachgerufen werden, daß hier ungewöhnliche Dinge zur Erörterung kommen und Entschuldigungen gemacht werden, die man der Öffentlichkeit verbergen will. Es müsse auch darauf hingewiesen werden, daß der Artikel selbst nicht konfisziert worden und in vielen Exemplaren verbreitet worden ist.

Oberstaatsanwalt Chrzescinski: Die Tatsache, daß eine Konfiskation nicht stattgefunden hat, ist darauf zurückzuführen, daß die Nummer der Zeitung bereits vorbereitet war, als der Artikel zu unserer Kenntnis kam. Eine nachträgliche Konfiskation hätte keinen Zweck gehabt. Durch die neue Erörterung des Stoffes, den der Artikel behandelt, in öffentlicher Verhandlung würde die öffentliche Ordnung gefährdet werden. Meines Wissens ist dieser Standpunkt seitens der Staatsanwaltschaft immer geltend gemacht und von den Gerichten geteilt worden.

Justizrat Barnau möchte gern wissen, was der Staatsanwalt unter „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ versteht. Wenn eine Aufreizung der öffentlichen Meinung darunter verstanden werden sollte, so würde das Gegenteil durch eine öffentliche Verhandlung erreicht werden, denn der Angeklagte Leuß will gerade darlegen, daß ihm jede persönliche Berührungspfung des Kronprinzen fernzulegen und er lediglich eine scharfe sachliche Kritik habe üben wollen und auch geübt habe. Daß die Prozeß der Gerichte bezüglich des Ausschlusses der Öffentlichkeit so ist, wie es der Staatsanwalt behauptet, trifft nicht zu. Beispielsweise sei der bekannte Prozeß Dachen wegen Majestätsbeleidigung feinerzeit öffentlich verhandelt worden.

Angeklagter Leuß beantragt die Verhandlung in voller Öffentlichkeit. Es handele sich um ganz offensündige Dinge, die in der Presse und in den Parlamenten schon behandelt seien. Der Ausschluß der Öffentlichkeit in solchen Prozesse wäre ein Novum. Das Gericht beschließt, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung auszuschließen.

**Das Urteil**  
wurde dahin verkündet:

Der Angeklagte Leuß wird wegen Vergehens gegen § 97 Str.G.B. zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, der Angeklagte Scholz wird freigesprochen. In der Begründung führte der Vorsitzende aus: An sich trägt der Angeklagte Scholz die prozedurliche Verantwortung, es ist jedoch erwiesen, daß er den Artikel vor seiner Veröffentlichung nicht gekannt hat. Angeklagter Leuß mußte als der Verfasser bestraft werden. Die Verleumdung ist der Ausdruck der Mißachtung eines anderen und in dem Artikel liegt eine Ehrverletzung gegen Seine Kaiserliche Hoheit dem Kronprinzen in vollem Maße vor. Der Ausdruck der Mißachtung ist auch in der Absicht der Ehrverletzung enthalten und diese Ehrverletzung ist auch als böswillig erkannt worden. Dies geht schon aus der Ueberschrift „Wilhelm der Dritte“, außerdem aus dem Schlußsatz des Artikels und aus einzelnen Redewendungen hervor. Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz wird als unfähig und unwürdig, die Krone zu erlangen, hingestellt. Es kann sich dabei nicht um eine Kritik oder, wie der Angeklagte behauptet, um eine Warnung an die dem Kronprinzen nahestehenden und auf ihn Einfluß übenden Kreise handeln, vielmehr ist die ganze Art und Weise, der ganze Ton ein solcher, daß die Absicht der Verleumdung erkennbar ist. Auf diese Absicht weist, wie erwähnt, schon die Ueberschrift hin, denn sie ist eine sarkastische Wendung in der Absicht der Ehrverletzung. Ferner heißt es: „Es ist selbstverständlich, daß alle nicht erblich belasteten Köpfe sofort mit der Frage reagieren: Kann man nicht und soll man nicht dafür sorgen, daß dieser Prinz nicht auf den Thron gelangt?“ Ferner wird es ein bezeichnendes Licht auf den Angeklagten, daß er erwidert, daß „der Drang des Gefühls dem Verfasser des Regimentsbefehls selbst die Herrschaft über die Sprache erschüttert habe“ und „in diesem Drange dem Verfasser die Sprachregeln entglitten, die er in der Schulzeit selbstverständlich sich hat aneignen müssen“. Dann heißt es in dem Artikel: „Welch ein Unglück wäre das, wenn der Kronprinz jetzt aus Jader käme“ und im Anschluß daran wird ein Zitat von Pascal angeführt, der die Meinung ausgesprochen habe: „daß die Unvernunft des Menschen die vernunftwidrigste Einrichtung bedinge, daß die höchste Gewalt im Staate dem „ersten Sohne der Königin“ übertragen werden“. Anknüpfend hieran heißt es: „Die Menschen werden doch immer mehr gebildet und vernünftig und schließlich kommen sie durch solche Erfahrungen, wie wir sie machen, zu der Einsicht, daß die Eigenschaft, der erste Sohn der Königin zu sein, zwar ein ziemlich selteneres, aber nicht das unwürdigste Merkmal des obersten Reichthabers ist“. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß der Kronprinz und die Parteien möglicherweise gar nicht mehr notwendig seien.

Der Angeklagte gibt sich zwar den Anschein, als hätte er nur hypothetisch gesprochen, es ist aber ganz klar, daß er den Artikel nur geschrieben hat, um Stimmung gegen den Kronprinzen zu machen und die Ehre des Kronprinzen zu verletzen und zwar in böswilliger Weise. Daraus deutet auch der am Schluß enthaltene Hinweis auf die Verlesung von Lehnin, nach welcher in Wilhelm II. der letzte seiner Dynastie zu erblicken sei. Das Gericht ist von der Schuld des Angeklagten voll überzeugt. Der Angeklagte ist zweimal wegen Verleumdung verurteilt, andererseits müßte berücksichtigt werden, daß die Verleumdung sich gegen den Erben der Krone richtet und der Artikel eine besondere Schärfe zeigt. Während die Umstände erschienen deshalb nicht am Plage, vielmehr müßte den Angeklagten eine empfindliche Strafe treffen.

Artikel 27 der preussischen Verfassung schreibt vor: Jeder Preusse hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern. Der Angeklagte hat von diesem in der preussischen Verfassung und im Reichs-preßgesetz niedergelegten Recht Gebrauch gemacht, aber er ist bestraft, hoch und hart bestraft: Freiheitsstrafe mit dem Galgen daneben. Der Angeklagte hatte das Recht, seine Meinung über Handlungen des Kronprinzen zu sagen. Gleichviel, ob seine Kritik eine zutreffende oder irrtige, eine lobende oder tadelnde war. Strafbar war seine Kritik nur, wenn sie neben der Kritik eine strafbare Handlung enthielt. Daß das der Fall ist, ist nach keiner Richtung hin für die Öffentlichkeit dargetan. Im Gegenteil: die Öffentlichkeit ist „wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung ausgeschlossen“. Die öffentliche Ordnung konnte unmöglich durch die Darlegung des Angeklagten von den Absichten, die er mit dem Artikel verfolgte, verletzt werden. Gestört werden konnte sie aber, wenn in der Verhandlung Dinge zur Sprache kommen müßten, die das Ansehen einer öffentlich-rechtlichen Institution herabzusetzen geeignet waren. Also Dinge, deren harte Wahrheit die staatsrechtliche Institution des Monarchismus gefährden konnten. Schlimm muß es demnach mit den in der geheimen Verhandlung enthaltenen Dingen stehen. Auf sehr, sehr wackeligen Füßen, auf weit wackeligeren als der Artikel ahnen läßt, muß der Monarchismus danach ruhen.

Oeffentliche Anklage ist erhoben — gegen die „Post“, die in den offensichtlichsten, klaren Anpöbelungen des Kaisers sich verging, ist Anklage nicht erhoben. Deshalb? Weil das Bewußtsein der Beleidigung der „Post“ fehlte, weil ihre antimonarchische Tendenz sie daran hinderte, diese zu erkennen? Oder etwa, weil die „Tendenz“ der „Post“ der Anklagebehörde in der Regel genehm ist, die des jetzt Verurteilten aber nicht? Kann klarer die Anklage sich als Tendenzanklage charakterisieren?

**Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse.**

Ein gewaltiger Massenprotest gegen das Frankfurter Urteil war die Volksversammlung, die gestern Abend im „Deutschen Hof“ in der Ludwiger Straße tagte. Schon zwei Stunden vor der Anfangszeit der Versammlung kamen die Besucher in Scharen und immer mehr nahm der Andrang zu. Schließlich war der Saal, die Galerien, die Bühnen in allen Winkeln dicht besetzt. Es konnte im buchstäblichen Sinne des Wortes keine Stuhlnadel zu Boden fallen.

Als der erste Referent, Genosse Kurt Rosenfeld, das ungeheuerliche gegen die Genossin Luxemburg gefällte Urteil mit der Schärfe kritisierte, die ein derartiges Klassenurteil verdient, da brach die Stimmung der Massen in elementaren Weisheits- und Begreifungen durch. Mit kräftigen Protestrufen gegen das Urteil und dessen Begründung unterzück die Versammlung die kritischen Aeußerungen des Redners. Wenn auch das Reichsgericht noch in dieser Sache zu sprechen hat — sagte der Redner —, so legen wir zunächst Berufung ein beim Volk und wir sind überzeugt, wenn eine Volksabstimmung über das Urteil vorgenommen werden könnte, es würde zertrüben und verworfen werden. (Lebhafter Zustimmung.) Ein Ausfluß des Klassencharakters des heutigen Staates ist das Frankfurter Urteil. Wenn solche Klassenjustiz unmöglich gemacht werden soll, dann müssen wir unermüdlich darauf hinarbeiten, daß der Klassenstaat beseitigt und durch die sozialistische Gesellschaft ersetzt wird. (Stürmischer Beifall.)

Während Rosenfeld sprach, erschien Genossin Luxemburg im Saal. Ein Weisheitswort begrüßte sie und freundliche Zurufe begleiteten sie, als sie sich durch die dichten Massen zum Podium drängte.

Als Genosse Rosenfeld seinen Vortrag beendet hatte, nahm Rosa Luxemburg das Wort. Von Weisheitsworten und Zustimmungsbegründungen wurde ihre Rede oft unterbrochen. Mit schneidender Schärfe kennzeichnete sie das Frankfurter Urteil als Ergebnis der Furcht, welche die herrschenden Klassen vor den Ideen der Sozialdemokratie haben. Was die Frankfurter Richter als strafwürdig erklärt haben, das ist in letzter Linie die Aufforderung: „Du sollst nicht töten“, die wir an die Massen richten. Das Urteil ist eine Verungdung der Tatsache, daß sich der heutige Staat auf die Macht der Bajonette und auf den Kadavergehorsam ihrer Träger stützt. Daß der Kadavergehorsam aufhören könnte, davon haben die Herrschenden Angst. Wir haben nicht nötig, die Soldaten zum Ungehorsam aufzufordern. Wissen wir doch, daß die Volksmasse nicht dann am mächtigsten ist, wenn ihre Hand die Rockwaße umklammert, sondern dann ist die Macht der Arbeiterklasse am stärksten, wenn sie die Arme ruhig über der Brust kreuzt und den politischen Klassenstreik als Waffe gegen den Klassenstaat anwendet. (Lebhafter Beifall.) Das Frankfurter Urteil — so schloß die Rednerin — verpflichtet uns zu Taten, zum Kampf für unsere Ideale. In der roten Woche wollen wir uns in diesem Sinne betätigen, eingedenk des Wortes: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg.“

Stürmischer, langandauernder Beifall bewies, daß die Rednerin dem Ausdruck gegeben hatte, was in den Köpfen und Herzen der Massen lebt.

Der Vorsitzende Ernst schloß die Versammlung mit einem Hinweis auf die rote Woche und einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

In einem Hinterhofe des Versammlungsortes waren einige Dutzend wohlbewaffnete Schupleute aufgestellt. Als dieser Trupp nach Schluß der Versammlung über den Vorplatz marschierte, fragten abnungslos Straßenspassanten, was denn los sei. Man antwortete den Fragern: Eine sozialdemokratische Frau hat eine Rede gehalten. Vor den Gedanken, welche sie ausspricht und damit ein Echo weckt in den Massen des Volkes, zittert der Staat. Er möchte diese Gedanken mit dem Polizeiknüppel erschlagen, aber es geht eben nicht mit solchen Waffen.

**Witterungsübersicht vom 5. März 1914.**

Stationen	Barometer-höhe mm	Thermometer-höhe Grad C	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer-höhe mm	Thermometer-höhe Grad C	Windrichtung	Windstärke	Wolken	Temperatur in Grad C
St. Petersburg	746.5	3.0	SW	4	100	3.0	St. Petersburg	746.5	3.0	SW	4	100	3.0
Warschau	746.5	3.0	SW	4	100	3.0	Warschau	746.5	3.0	SW	4	100	3.0
Brno	747.5	3.0	SW	4	100	3.0	Brno	747.5	3.0	SW	4	100	3.0
Prag	747.5	3.0	SW	4	100	3.0	Prag	747.5	3.0	SW	4	100	3.0
Wien	750.5	3.0	SW	4	100	3.0	Wien	750.5	3.0	SW	4	100	3.0
Budapest	750.5	3.0	SW	4	100	3.0	Budapest	750.5	3.0	SW	4	100	3.0

Wetterprognose für Freitag, den 6. März 1914.  
Etwas kühler, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit wiederholten Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Blutarme u. Kranke trinken während der Rekonvaleszenz fourig süßen Santa Lucia Stärkungs-Fl. 1.50 Nachahmung bitte zurückzuweisen. Rotwein u. 2. Käufl. in Apotheken, Drogerien u. Delikat.-Gesch.**



# A. Wertheim heute billige Lebensmittel

## Obst und Gemüse

Ananas ..... Pfund 58, 65 Pf.  
 Tomaten ..... Pfund 28, 35 Pf.  
 Mandarinen .... 2 Pfund 35 Pf.  
 Blut-Orangen Dutz. 28, 35, 40 Pf.  
 Apfelsinen Dutzend 18, 25, 35 Pf.  
 Koriander ..... 5 Pfund 68 Pf.  
 Zitronen ..... Dutzend 25 und 35 Pf.  
 Rhabarber .. Bund 5 und 10 Pf.  
 Weißkohl ..... Pfund 2 Pf.  
 Rot- od. Wirsingkohlf Pf. 25 Pf.  
 Sellerie ..... Kugel 3, 8, 10 Pf.  
 Rote Rüben .... 10 Pfund 23 Pf.  
 Schwarzwurzeln 2 Pfund 25 Pf.  
 Blumenkohl .. Kopf 7, 12, 16 Pf.

## Fleisch

Schmorfleisch ..... Pfund 85 Pf.  
 Rinderkamm ..... Pfund 70 Pf.  
 Querrippe ..... Pfund 65 Pf.  
 Schweinekotelett .. Pfund 85 Pf.  
 Schweinekamm ... Pfund 75 Pf.  
 Linsen ..... Pfund 65 Pf.  
 Rückenfeil ..... Pfund 55 Pf.  
 Hammelkeule und -Rücken  
 im ganzen Pf. 90 Pf., geteilt Pf. 1.00  
 Pökelkamm ..... Pfund 75 Pf.  
 Eisbein ..... Pfund 60 Pf.  
 Kasseler Rippespeer  
 Pfund ..... 75 bis 85 Pf.  
 Wilde Kaninchen  
 Stück ..... von 70 Pf. an

## Wurstwaren

Zerv. u. Salamiwurst Pf. 1.15  
 Wstf. Kochmettwurst Pf. 90 Pf.  
 Rollschinken ca. 6-8 Pf., Pf. 1.45  
 Landschinken ca. 8-12 Pf., Pf. 1.40  
 Schinkenspeck in St. v. 1 1/2 b. 4 Pf., Pfund 1.10  
 Magerer Speck ... Pfund 90 Pf.  
 Fetter Speck ..... Pfund 80 Pf.  
*Aus eigener Wurstfabrik:*  
 Bauernmettwurst .. Pfund 1.15  
 Teewurst ..... Pfund 1.20  
 Jagdwurst ..... Pfund 1 M.  
 Pastetenleberwurst Pf. 1.10  
 Landleberwurst .. Pfund 90 Pf.  
 Rotwurst ..... Pfund 55, 75 Pf.

## Fische

Kabeljau ohne Kopf in ganz. Fischen Pfund 15 Pf.  
 Seelachs ohne Kopf in ganz. Fischen Pfund 16 Pf.  
 Schellfisch ..... Pfund 25 Pf.  
 Goldbarse ..... Pfund 20 Pf.  
 Bratschollen Pfund 14 und 20 Pf.  
 Seeforellen ..... Pfund 18 Pf.  
 Lachs in ganzen Fischen .. Pfund 43 Pf.  
 Leb. Karpfen Pf. 75, 85, 95 Pf.  
 Lebende Hechte .. Pfund 90 Pf.  
 Leb. Hechte ab 6 Pf. Pfund 70 Pf.  
 Lebende Plötzen .. Pfund 35 Pf.  
 Lebende Bleie ... Pfund 50 Pf.  
 Lebende Schleie, große Pf. 1.15  
 Seemuscheln ... 100 Stück 30 Pf.

## Geflügel

Hühner gefroren .. 95 Pf. bis 2,50  
 Poulets ..... 2.20, 2.50  
 Hühner (frisch) ... 2.20 bis 2.65  
 Masthühner ..... 3.10, 3.60  
 Enten ..... 2.70 bis 3.90  
 Schneehühner ... 85 Pf., 1.15  
 Birkwild ..... 1.60, 1.90  
 Puten ..... Pfund 98 Pf. und 1.08

## Butter

Koch- u. Backbutter 1.10, 1.18  
 Tischbutter Pf. 1.28 <sup>1/2 Pf. - 64 Pf. Paket</sup>  
 Tafelbutter Pf. 1.32 <sup>1/2 Pf. - 66 Pf. Paket</sup>

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 6. März 1914.

**Neues Operntheater (Kroll).**  
 Vaterland.  
 Anfang 8 Uhr.

**Eines Palast am Zoo.** Varietés.  
 Lichtspiele.  
 Anfang 8 1/2 Uhr.

**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.  
 Anfang 7 Uhr.

**Deutsches Opernhaus.** Die Meister-  
 sänger von Nürnberg.  
 Kammerstücke. Vom Teufel geholt.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Kgl. Opernhaus.** Der Rosenkavalier.  
 Kgl. Schauspielhaus. Herr Gunt.  
 2. Abend.

**Deutsches.** Die fünf im Winkel.  
 Ritus Busch. Galavorstellung.  
 Zirkus Schumann. Galavorstellung.

**Metropol.** Die Reise um die Welt  
 in 40 Tagen.  
 Anfang 8 Uhr.

**Urania.** Dir. Fürst: Hochspannung.  
 Zeitungs. Simon.  
 Königsgräber Straße. Die fünf  
 Frankfurter.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
 Schirin und Gertraude.  
**Neues Operntheater (Kroll).**  
 Vaterland.

**Trionon.** Er und der Andere.  
 Komödienhaus. Kammermusik.  
 Theater an der Weidendammer  
 Brücke. Reformtänzerin.

**Theater am Hollendorferplatz.**  
 Einziges Orff.  
 Schauspielhaus. Die spanische Fliege.  
 Schiller O. Weh' dem, der lügt.  
 Schiller Charlottenburg. Das  
 Glück im Winkel.

**Theater des Westens.** Polenblut.  
 Sonntag, Ab. 8 1/2, U.: Der liebe Augustin.  
**Residenz-Theater** 8  
 Uhr  
**Der Regimentspapa.**

**Deutsches Künstlertheater**  
 Sozietät.  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 Kasse: Hollendorfer 1233.  
 Freitag, 8 Uhr:  
 Schirin und Gertraude.  
 Sonnabend, 8 1/2 Uhr:  
 Peterchens Mondfahrt.  
 Sonnabend, 8 Uhr: Cafard.

**Theater am Hollendorferplatz 5.**  
 8 Uhr: Prinzess Gretl.  
 Morgen Sonnab. 4 Uhr (11 Preise):  
 Die Schiffbrüchigen.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 122.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Berlin wie es weint u. lacht.  
 Sonnabend 4 Uhr: 1001 Nacht.  
 Sonnabend 8 Uhr: Die Maschinen-  
 bauer von Berlin.

**Casino-Theater**  
 Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr  
 Ein neues Berliner Volksstück:  
**Die alle Weibern.**  
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!  
 Einziges Theater in diesem Genre!  
 Im Stile der alten Wallner-Bühnen.  
 Sonntag, 4 Uhr: Mädchenhäre.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Schiller-Theater O. Theater.**

Freitag, abends 8 Uhr:  
**Weh' dem, der lügt.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die beiden Leonoren.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Geschäft ist Geschäft.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Hasemanns Töchter.**

**Schiller-Theater** Charlotten-  
 burg.  
 Freitag, abends 8 Uhr:  
**Das Glück im Winkel.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Maschinenbauer.**  
 Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Andreas Hofer.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Maschinenbauer.**

**Theater in der Königsgräber Straße**  
 8 Uhr:  
**Die fünf Frankfurter.**

**Komödienhaus.**  
 8 Uhr:  
**„Kammermusik“.**

**Berliner Theater.**  
 8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**

**Theater a. d. Weidendammerbrücke**  
 Gtlt. d. Reformtänzerin Adore Villany.

**Theater des Westens.**  
 8 Uhr: **Polenblut.**  
 Sonntag, Ab. 8 1/2, U.: Der liebe Augustin.

**Residenz-Theater** 8  
 Uhr  
**Der Regimentspapa.**

**Deutsches Künstlertheater**  
 Sozietät.  
 Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
 Kasse: Hollendorfer 1233.  
 Freitag, 8 Uhr:  
 Schirin und Gertraude.  
 Sonnabend, 8 1/2 Uhr:  
 Peterchens Mondfahrt.  
 Sonnabend, 8 Uhr: Cafard.

**Theater am Hollendorferplatz 5.**  
 8 Uhr: Prinzess Gretl.  
 Morgen Sonnab. 4 Uhr (11 Preise):  
 Die Schiffbrüchigen.

**ROSE-THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 122.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Berlin wie es weint u. lacht.  
 Sonnabend 4 Uhr: 1001 Nacht.  
 Sonnabend 8 Uhr: Die Maschinen-  
 bauer von Berlin.

**Casino-Theater**  
 Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr  
 Ein neues Berliner Volksstück:  
**Die alle Weibern.**  
 Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!  
 Einziges Theater in diesem Genre!  
 Im Stile der alten Wallner-Bühnen.  
 Sonntag, 4 Uhr: Mädchenhäre.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Friedr.-Wilhelmst. Theater.**

Anfang 8 Uhr.  
**Fräulein Trullala.**  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.

**Metropol-Theater.**  
 Abends präzis 7 Uhr 55:  
**Die Reise um die Erde  
 in 40 Tagen.**

**Reichshallen-Theater**  
 Stettiner Sänger  
 Unsere süßen  
 Dienstmädchen.  
 Premiere von Regiel.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.  
 3 Uhr zu ermäßig.  
 Preisen:  
 Cavalleria  
 schufficiana

**Vereinigte Berliner Volksbühnen.**  
**Luisen-Theater.**  
 8 1/2 Uhr:  
**Unser Junge.**  
 Volksstück mit Gesang und Tanz.

**Walhalla-Theater.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr: **Tangofieber.**  
 Ge. Voffe m. Gef. u. Tanz in 3 Akten  
 von E. Urban. Musik v. Hugo Dirich.

**Brauerei Friedrichshain**  
 Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr:  
**Extra-Konzert des  
 Blüthner-Orchesters**  
 60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn.  
 Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann  
 und namhafte Gesangs-Solisten.

**„Clou“** :: Berliner ::  
 Konzerthaus  
 Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
 Berliner Konzerthaus-Orchester  
 Dirigent: Franz v. Blon.  
 Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirigent: Oberm. Baar.  
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
 An allen  
 Wochentagen: **Gr. Nachmittags-Konzert**  
 bei freiem  
 Eintritt.

**Arnold Scholz.** Hasenheide 108/114.  
 Täglich: **Bockbierfest** in den  
 bayerisch. Alpen.  
 Anfang 7 Uhr. 6 Kapellen. Entree 30 Pf.  
**30 bayerische Madl.**  
 Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonntag:  
**Großer Ball.**  
 Voranzeige! Dienstag, den 10. März 1914:  
**3. großes Tango-Turnier!**  
 Prämiert wird das eleganteste Tango-Tänzer-Paar.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Trionon-Theater.**

Täglich abends 8 Uhr:  
**Er und der Andere.**  
 Sonntags 3 Uhr: **Die Liebe wacht.**

**Passage-Panoptikum.**  
 Der englische  
**Riese**  
**Teddy Bobs**  
 Der größte Mensch,  
 der je gelebt!  
 160 mm größer als  
 Machnow  
 19 Jahre alt.  
 Ohne Extra-Entree!

**Zirkus Alh. Schumann.**  
 Heute Freitag, den 6. März,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Jubiläums-Vorstellung.**  
**Zum 75. Male**  
 das neue große Ausstattungs-  
 stück in 7 Bildern  
**„Tipp“**  
 der  
**Derby-Favorit 1914.**  
 Vorher  
 das phänomenale  
**Mars-Programm**  
 bestehend aus  
 10 erstklassigen Attraktionen.

**Berlin-Pankow**  
 Berliner Str., Ecke Binzstr.  
 Haltestelle der elektri-  
 schen Straßenbahn.  
 — Nur kurze Zeit —  
**Zirkus**  
**BARUM-**  
**Schau.**  
 Täglich abends 8 1/2 Uhr:  
 Das grandiose Programm  
 mit 22 Welt-Attraktionen.  
 Morgen Sonnabend, 7. März:  
 brillante  
**2 Vorstellungen**  
 nachmittags 4 Uhr,  
 abends 8 1/2 Uhr.  
 In der Nachmittags-Vor-  
 stellung ein ungehör-  
 tes Abend-Prögr. zu  
 klein. Preis f. Erwachsene  
 u. Kinder unter 12 Jahr.

**URANIA**  
 Taubenstraße 48/49.  
 8 Uhr:  
 Direktor A. Fürst:  
**Hochspannung.**  
**Zirkus Busch.**  
 Heute Freitag, den 6. März,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Galavorstellung.**  
**Mad. Garniers**  
 Sprung mit dem Fahrrad  
 aus der Zirkus-Kuppel.  
 Ferner: Ballet Troupe, Kunststrahl-  
 Die Revells, groteske Redner,  
 sowie Kunst- aller gr. Attraktionen.  
 Zum Schluss:  
**„Pompeji“.**  
 Orig. Ausstattung-Entomime.

**Berliner Uik-Trio**  
 Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

**WINTERGARTEN**  
 Neues Programm!  
 Idette Mado Minty  
 Brémonval in ihrer Szene  
 Paris. Sängerin „Die Spinne“  
**The Piccolo Company**  
 Ludwig Paul Jolich  
 Amann in der Szene:  
 Mimiker „In d. Putzstunde“  
 und eine Auslese  
 hervorragender Kunstkräfte!  
 — Rauchen gestattet! —

**Apollo-Theater.**  
 Tel.: Lützow 2757.  
 8 Uhr. Zum 75. Male: 8 Uhr.  
**Der Stolz d. 3. Kompagnie**  
 mit  
**Hartstein.**  
 Rauchen ohne Pause!  
 Rauchen gestattet!

**Berliner**  
**Humor-Quartett**  
 W. Watzky Odeberger Str. 38

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Folies Caprice.**  
 Café Pingsheim  
 Der Heiratsgraf  
 Meyersteins  
**Voigt-Theater**  
 Sadowitz 35.  
 Freitag, den 6. März 1914:  
**Er und seine Schwester.**  
 Voffe m. Gef. in 4 Akten v. Buchbinder.  
 Aufführung 7 Uhr, Ab. 8 1/2 Uhr.  
 Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühlo:  
 Philippine Welser.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Folies Caprice.**  
 Café Pingsheim  
 Der Heiratsgraf  
 Meyersteins  
**Voigt-Theater**  
 Sadowitz 35.  
 Freitag, den 6. März 1914:  
**Er und seine Schwester.**  
 Voffe m. Gef. in 4 Akten v. Buchbinder.  
 Aufführung 7 Uhr, Ab. 8 1/2 Uhr.  
 Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühlo:  
 Philippine Welser.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Folies Caprice.**  
 Café Pingsheim  
 Der Heiratsgraf  
 Meyersteins  
**Voigt-Theater**  
 Sadowitz 35.  
 Freitag, den 6. März 1914:  
**Er und seine Schwester.**  
 Voffe m. Gef. in 4 Akten v. Buchbinder.  
 Aufführung 7 Uhr, Ab. 8 1/2 Uhr.  
 Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühlo:  
 Philippine Welser.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Folies Caprice.**  
 Café Pingsheim  
 Der Heiratsgraf  
 Meyersteins  
**Voigt-Theater**  
 Sadowitz 35.  
 Freitag, den 6. März 1914:  
**Er und seine Schwester.**  
 Voffe m. Gef. in 4 Akten v. Buchbinder.  
 Aufführung 7 Uhr, Ab. 8 1/2 Uhr.  
 Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühlo:  
 Philippine Welser.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**Folies Caprice.**  
 Café Pingsheim  
 Der Heiratsgraf  
 Meyersteins  
**Voigt-Theater**  
 Sadowitz 35.  
 Freitag, den 6. März 1914:  
**Er und seine Schwester.**  
 Voffe m. Gef. in 4 Akten v. Buchbinder.  
 Aufführung 7 Uhr, Ab. 8 1/2 Uhr.  
 Freitag, 13. März: Benefiz f. F. Rühlo:  
 Philippine Welser.

**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
 Berliner Gipspalast. Im Krug  
 zum grünen Kranz.  
**Eines Hollendorfer-Theater.** Varietés.  
 Lichtspiele.

**Stierwarte.** Invalidentz. 57-62.

**H. Wetken & Co.**  
 Tel.: Moritzplatz 13 263 **Oranienstr. 166** *Nahe dem Oranienplatz*  
**Modernes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Garderobe**

**Jackett-Anzüge** in den neuesten Farben und Formen  
 in größter Auswahl vorrätig  
 m. 19.- 23.- 26.- 29.- 33.- 36.- 39.- 43.- 46.- bis 64.-  
**Frühjahrs-Paletots** **Covercoat-Sport-Paletots**  
 in marengo und farblich in den neuesten Fassons  
**Sommer-Älster** in größter Auswahl.  
 Für prima Verarbeitung und tadellosen Sitz übernehmen wir jede Garantie.



# Flugblattverbreitung zum Frauentag heute Freitag, abends 8 Uhr.

Die Genossinnen und Genossen treffen sich in den Bezirkslokalen.

## Landtag der Provinz Brandenburg.

Der Brandenburgische Provinziallandtag, der seine diesjährige Tagung vom 22. Februar bis 4. März abhielt, hatte vor allem den Etat der Provinz zu erledigen, der von 20 Millionen im Vorjahr auf 21 Millionen gestiegen ist. Gefordert von der Verwaltung waren noch 800 000 M. mehr, zu welchem Zwecke die Gemeinden statt 14 Proz. an Steuerzuschlag 15 Proz. zahlen sollten. Der Staatsauschuss, dem der Landtag folgte, fröhlich jedoch 800 000 M., so daß auch in diesem Jahre mit 14 Proz. Steuerzuschlag auskommen wird.

Bei der Beratung des Etats kam es übrigens auch zu einem Zusammenstoß zwischen der Verwaltung und unseren seit drei Jahren auch in diesen reaktionären Landtag eingedrungenen Genossen. Der Abgeordnete Pflanz-Dichtenberg brachte Beschwerden der Wärter aus der Irrenanstalt Neuruppin zur Sprache, die sich an ihn gewandt hatten, weil der von ihnen gegründete Wärterbund von der Verwaltung verboten worden ist. Von der Provinzialverwaltung wurde mit großer Empörung behauptet, dem Personal in Irrenanstalten könne man ein Koalitionsrecht nicht zuerkennen, das Interesse der Kranken müßte darunter leiden; Sanitätsrat Dr. Zinn verteidigte sich zu der Behauptung, daß das Krankenpflegepersonal auch keine gesellschaftlichen Vereinigungen gründen dürfe; wer auf die Verletzung seines Koalitionsrechtes Wert lege, der gehöre nicht in eine Irrenanstalt und könne ja seiner Wege gehen. Vom Abgeordneten Genossen Dr. Vorhards-Charlottenburg wurde der schärfste Widerspruch gegen diese schamhaften und geradezu vorstufstulischen Anschuldigungen erhoben.

Selbst einer Reihe bürgerlicher Abgeordneter hatte unser Genosse, wie sie ihm nachher versicherten, aus der Seele gesprochen. Aber nur Herr Pflanz sekundierte ihm einigermaßen, indem er für die Wärter mindestens das von der Verwaltung ebenfalls bestrittene Recht in Anspruch nahm, sich mit ihren Beschwerden an die Landtagsabgeordneten zu wenden. Die übergroße Mehrheit des ganz agrarisch zusammengesetzten Provinziallandtages stellte sich natürlich auf Seiten der Verwaltung und billigte ausdrücklich die von ihr proklamierten Grundzüge. Jedenfalls wird es nötig sein, in Zukunft ein scharfes Auge auf die Verhältnisse des Personals in den Provinzialanstalten zu haben und die vorhandenen Mißstände in unerbittlicher Weise ans Licht zu ziehen und zu kritisieren.

Koch bei einer anderen Gelegenheit zeigte sich der reaktionäre Charakter der Provinzialverwaltung. Bekanntlich ist vor zwei Jahren auch für die Provinz Brandenburg eine öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalt ins Leben gerufen, die mit nicht ungünstigem Erfolge auch die Volksversicherung betreibt. Nun führen die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten einen harten Konkurrenzkampf gegen die privaten Gesellschaften, und aus eine über diese Verhältnisse an die Verwaltung gerichtete Frage antwortete der Landesdirektor, die von ihm geleitete öffentlich-rechtliche Provinzialversicherungsanstalt werde friedlich mit den privaten auf nationalem Boden stehenden Versicherungsgesellschaften zusammenarbeiten. Unsere Genossen nagelten sofort fest: wenn sogar bei Versicherungsgeheimnissen der nationale Charakter betont werde, so könne das im Munde des Landesdirektors doch nur den Sinn haben, daß er der von den Genossenschaften und Gewerkschaften gegründeten „Volkssicherung“ diesen Charakter abspreche und demnach betone, die Konkurrenz gegen die „Volkssicherung“ solle nicht in anständiger, lohnloser, sondern in unanständiger, lohnloser Form betrieben werden. Der Landesdirektor meinte mit einiger Verlegenheit, er habe gar keinen Anlaß gehabt, von der „Volkssicherung“ zu sprechen, was ja aber nur bekundet, daß er sie zu den auf nationalem Boden stehenden Versicherungsgesellschaften nicht rechnet.

## Möbelmesse und Ausstellung von Kleinwohnungseinrichtungen.

Die Berliner Möbelmesse, verbunden mit einer Ausstellung von Kleinwohnungseinrichtungen, ist am vergangenen Freitag in den Ausstellungshallen im Zoologischen Garten eröffnet worden. Seit einigen Jahren haben die Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen jährlich zwei Messen veranstaltet. Sie tragen damit einem öffentlichen Bedürfnis Rechnung. Dem laufenden Publikum ist sonst kaum Gelegenheit geboten, sich Beschmaß für schöne Wohnungseinrichtungen und Verständnis für gute Möbel und deren zweckmäßige Verwendungen anzueignen. Die der Bevölkerung sonst gezeigten Schauverhältnisse dienen zur Anregung der Kaufkraft und täuschen auf fallende billige Preise oder recht reiche Ausführung vor.

Durch den Vergleich von 800 vollständigen Zimmereinrichtungen, die von 90 Firmen aufgestellt sind, kann auch der Laie sein Urteil über gute und schöne Möbelstücke verbessern. Die Ausstellung zeigt viele Neuheiten, die auch den Fortschritt und die zunehmende Leistungsfähigkeit der Berliner Möbelindustrie erkennen lassen. Die Berliner Tischlerinnung, als Organisation dieser Industrie und Trägerin des Unternehmens, zählt in ihren Betrieben 20 000 bis 22 000 Arbeiter. Ihr gehören nicht nur die Kleinbetriebe, sondern auch fast alle großen Möbelfabriken an. Daß eine so umfangreiche Industrie durch die Ausstellung Beweis ihrer Leistungsfähigkeit geben muß, liegt in ihrem eigenen Interesse. Wird doch der Markt von geringwertigen Produkten der ausländischen Konkurrenz überschwemmt, während die Berliner Betriebe teilweise leerstehen und zickel 6000 Holzarbeiter ohne Arbeit sind. Die Messe soll mit dazu dienen, die heimische Industrie zu fördern und ihr die Handhabe der Bevölkerung Großberlins zuzuführen.

Die Ausstellungsleitung hat es unter der Mitwirkung und Aufsicht der beiden Architekten P. Furst und E. Schneckenberg durchgesehen, daß nur künstlerisch einwandfreie Möbel zur Ausstellung zugelassen wurden. Vorherrschend sind freilich teure Einrichtungen für die wohlhabenden Bevölkerungsschichten. Aber auch billige und doch sehr gut und sauber gearbeitete Ausstattungen fehlen nicht, dabei zu Preisen, wofür sie auswärtige Firmen in dieser Aufmachung nicht liefern können. Wohl gibt es auch in anderen Städten recht leistungsfähige Betriebe, die sehr gute Arbeiten hervorbringen, dann aber auch zu entsprechenden hohen Preisen. Die Nebenlegenheit über die Konkurrenz ist der Berliner Möbelindustrie möglich durch ihre weitgehende Teilung in Spezialbetriebe und die große Anzahl eingearbeiteter Spezialarbeiter.

Trotz dieser Leistungsfähigkeit hat die Berliner Möbelindustrie die Produktion einfacher Möbel an die Konkurrenz auswärtiger Fabrikanten abgetreten, die durch Teilarbeit und mit ungelerten Arbeitern Möbel als Massenartikel herstellen. Die Waren mußten der Produktionsweise angepaßt werden und fallen deshalb außer-

ordentlich schlecht aus. Die Berliner Unternehmer sahen das ruhig mit an, waren sie doch alle der Meinung, daß die Fabrikation einfacherer teurerer Möbel lohnender sei. Dafür werden Betriebe wie Arbeiter in der Krise um so größerem Arbeitsmangel betroffen. Diese große Arbeitslosigkeit kann auf einen normalen Stand reduziert werden, wenn es gelingt, die Produktion einfacherer Möbel wieder in die Hände Berliner Firmen zu bekommen. Deshalb wünschen alle Berliner Holzarbeiter, daß die Messe im Zoo eine Mehrung der Arbeitsgelegenheit zur Folge haben möge.

Um die Herstellung geschmackvoller Kleinwohnungseinrichtungen zu fördern, wurde bereits früher von Vertretern aus Arbeiterkreisen die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel ins Leben gerufen, die im Gewerkschaftshaus wiederholt Musterzeichnungen ausgestellt hat. Die große Masse der Bevölkerung hat sich diesen Bestrebungen gegenüber noch zurückhaltend gezeigt. Nichtsdestoweniger gebührt der Kommission Anerkennung für ihre Versuche. Der Gedanke, unter den Arbeitern Sinn und Verständnis für gute und einfache Möbelformen zu verbreiten, hat Anklang gefunden. Er hat bereits befruchtend auf die Industrie gewirkt.

Die Tischlermeister haben nun zum zweitenmal den Versuch gemacht, billige, aber nach künstlerischen Entwürfen gearbeitete Kleinwohnungseinrichtungen zu zeigen und somit bildend auf die Bevölkerung zu wirken.

Zur Förderung dieser Bestrebungen hat die Gewerbe-Deputation des Magistrats beschlossen, einen Zuschuß von 3000 M. für das Preiswettbewerb zu gewähren. Sieben Entwürfe sind prämiert worden und die danach ausgeführten Einrichtungen ausgestellt. Außerdem werden auch andere Einrichtungen nach eigenen Entwürfen der ausstellenden Firmen gezeigt.

Die Kleinwohnungseinrichtungen sind auf der Galerie untergebracht. Die große Berliner Möbelindustrie müßte eigentlich ein Wettbewerbsangebot einfacher Wohnungseinrichtungen aufweisen. Leider lassen sich viele Firmen durch geschäftliche Rücksichten gegen die Möbelhändler abhalten. Die ausgestellten Arbeiten zeigen eine durchaus gute Ausführung. Die Einrichtungen der preisgekrönten Entwürfe werden für 600 M. (Einzimmerwohnung mit Küche) und 900 M. (Zweizimmerwohnung mit Küche) verkauft. Aber auch Einrichtungen in niedrigerer sowie höherer Preislage sind zusammengestellt. Die Firma Döbber u. Roth, die die Einrichtungen im Gewerkschaftshaus für die Kommission für vorbildliche Arbeitermöbel geliefert hat, ist mit zwei Wohnungen vertreten, eine kleine für 640 M. und eine vornehme Dreizimmerwohnung für über 2000 M.

Die Vorführung lieferter Arbeiten dürfte bei Fachleuten nicht allgemein Anklang finden. Man kann Zweifel hegen, ob eine so gute Holzauslese, wie bei der Einrichtung der Firma Schöpe, auch dann noch möglich ist, wenn solche Möbel in größerer Anzahl hergestellt werden. Die Versuche, Umbauten an Sofa und Betten in Kleinwohnungseinrichtungen zu zeigen, sollten eigentlich zurückgewiesen werden. Solche Umbauten sind keine Gebrauchs-, sondern Wohnmöbel. Sie sollen neben den eigentlichen Möbeln den Hintergrund eines mit Paneelen und Holzarchitektur ausgebauten Raumes vortäuschen.

Die Organisation der Berliner Möbelhändler glaubt die Möbelmesse bekämpfen zu müssen. Durch die dort zugute getretenen Bestrebungen sehen die Händler ihren Profit schmälert. Sie haben beim Magistrat einen Protest gegen den Zuschuß von 3000 M. eingereicht und die Polizei ersucht, die Besuchszahl an den Sonntagen zu beschränken, weil das Unternehmen ein gewerbliches sei und deshalb nur zur seltenen Zeit geöffnet sein dürfe wie Läden und Geschäfte.

Die Möbelmesse ist bis zum 17. März geöffnet. Der Eintritt ist frei. Die Besuchszahl dauert Sonntags wie Werktags von 10 bis 8 Uhr.

## Parteiangelegenheiten.

**Charlottenburg.** Heute abend 8 Uhr von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung.

**Steglitz-Friedenau.** Die Frauenversammlung am Sonntag, den 8. März, kann nicht im Albrechtshof stattfinden, da dieses Lokal bis auf weiteres vollkommen geschlossen ist. Die Versammlung findet dafür im „Birtenwäldchen“, Schützenstraße statt. Beginn 2 Uhr. Heute Flugblattverbreitung.

**Tempelhof.** Sonnabend von den bekannten Stellen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

**Treptow-Samueloweg.** Heute Freitagabend 7 1/2 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

**Wriez.** Heute Freitag, 8 1/2 Uhr: Öffentliche Gemeindevählerversammlung im Lokal von Becker, Ebnauerstr. 97.

**Marienthor.** Heute Freitag 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von allen Bezirkslokalen aus. Die Genossinnen treffen sich Sonntag 1/2 Uhr bei Benschel, Ebnauerstr. 27.

**Senzig.** Am Sonntag, den 8. März, früh, Flugblattverbreitung.

Die Genossen und Genossinnen treffen sich mittags 1 Uhr, um gemeinsam vom Restaurant W. Kufemann zum Frauentag bei Thormann, Neue Mühle, zu gehen.

**Riederschneweide.** Freitag, 7 Uhr: Flugblattverteilung und Sonntag, morgens 8 Uhr: Auserverteilung zur Gemeindevahl, von den Bezirkslokalen aus.

**Alt-Glennide.** Freitag, den 6. d. M., abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung vom Jugendheim, Grünauer Str. 7 aus.

Ju der am Sonntag, den 8. d. M., nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Zum Wasserturm“ (Nah Gottl. Schäfer), Schirmerstraße, stattfindenden Frauenversammlung treffen sich die Frauen nachmittags 2 1/2 Uhr im Jugendheim zum gemeinsamen Zug nach dem Versammlungsort.

**Sonntag, den 8. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.**

**Pantow.** Heute, von 7 Uhr abends an: Flugblattverbreitung von den Jagladerlokalen aus. Anschließend: Auserverteilung zur Gemeindevahl bei Larsen, Drechmstr. 47/48.

**Witznau-Borsigwalde.** Heute abend: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

**Kallberge-Tasch.** Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr: Öffentliche Kommunalwählerversammlung bei Georg Mademacher, Kallberge, Feinigtstr. 19. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeindevahl. Referent: Arbeitersekretär Namdrosz, Oberschneweide. Diskussion.

**Frederdors.** Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 6 Uhr: Öffentliche Gemeindevähler-Versammlung im

Lokale der Witwe A. Bronau. Genosse Kreuzer-Federdors spricht über das Thema: „Warum müssen Sozialdemokraten in der Gemeindevahlvertretung sein?“

**Petersdors.** Am Sonntag, den 8. März, nachmittags um 4 Uhr, im Lokal „Zum alten Dessauer“: Öffentliche Kommunalwählerversammlung. Aufstellung der Kandidaten.

## Berliner Nachrichten.

### Schreckensszenen im Reichstag.

Im Reichstag ging es am Donnerstag lebendiger zu als gewöhnlich. Auf der Tagesordnung war nämlich vermerkt worden, daß wegen der Ostmarkenzulage eine namentliche Abstimmung vorgenommen werden sollte. Wer eine solche Abstimmung versäumt, wird um zwanzig Mark gestraft.

Der feierliche Augenblick der Abstimmung zieht sich immer weiter hinaus, denn mehr Redner, als man erwartet hatte, nehmen noch das Wort, um Herrn Kraetke Freundlichkeiten zu sagen. Ihm wieder einen anständigen Scheitel zu küssen, nachdem ihn Zubeil wie den leidhaftigen Struwwelpeter frißiert hatte.

Die Herren Abgeordneten haben also Zeit — sie ergehen sich in den Wandelhallen, schlürfen ihren Kaffee im Restaurant, sitzen in Vase- und Schreibsälen herum, liegen in ihren Kojen unter dem Dachstuhl auf dem Ohr oder plantschen in Badewannen herum.

Da gibt's im Saale eine bemerkenswerte Bewegung: Herr Kraetke, dessen Reden sich gleichen wie seine Dreipfeinigsmarken, hat seine letzte Marke verstreut und Platz genommen auf einem der Stühle, die nur von besseren Poderen gedrückt zu werden gewohnt sind. Herr Kraetke war also, wie man sehen kann, wenn auch nicht hören konnte, fertig geworden mit seiner — sozusagen Rede.

Mit der ihn auszeichnenden Donnerstimme, die man bei einiger Aufmerksamkeit auf eine Entfernung von tausend Metern noch zu hören vermag, verkündet Herr Kraetke, daß nun die namentliche Abstimmung stattfinden wird. Seine Schriftführer drücken auf die Puppenköpfe und nun beginnt ein Heulen in allen Teilen des Hauses, wie es seit dem Auftreten des bekannten Posamentierers von Jericho sein menschliches Ohr mehr vernommen. Das Scheul von hundert Automobilhuppen in einen einzigen Ton konzentriert, ist ein zarter Strich über eine Strabivariationsgeige im Vergleich mit den mechanischen Höllenhunden, die im Reichstag losgelassen werden, wenn eine namentliche Abstimmung bevorsteht.

Und die Folgen sind fürchterlich: Im Restaurant fallen den älteren Herren vor Schrecken die Tassen aus den Händen. Von den Schlafagern in den Kojen unter und über den Dächern kugeln die wohlbeleibteren Herren vor Entsetzen auf den Fußboden. Herr Dertel, der Prophet der notleidenden Landwirte, kann nicht wieder von dem Boden auf die Beine kommen, denn sie sind kürzer als der Durchmesser seiner schlanken Taille. Er schreit mit den zappelnden Füßen um Hilfe.

In den Wandelgängen rennen die Herren um die Wette dem Saale zu, auf daß keiner zu spät komme.

Ein Antisemit sitzt auf dem elektrischen Pferd im Wandelgängen und reitet kühne Attacken gegen Judaa — da beginnt das Scheul. Er gedenkt der gefährdeten zwanzig Mark — und nun wolle er wieder runter und da kommt er nicht. Seine Rosinante galoppiert weiter, denn der Diener, der sie abstellen könnte, ist durch entsetzliche Hülserufe in eine Badegasse gerufen worden!

In der Badewanne hatte einer von Ostende geträumt, als ihm das Puppenscheul grausam in die nackte Wirklichkeit zurückrief.

„Hilfe! Hilfe!“

„Ich komme zu spät — her mit den Unterbügen! — Nein, nein, das dauert zu lange — — —“

— Huhuhuhuhu!

— Her mit den Hosen und dem Rock! Her mit Badeschlappen!“

Mit den Schlappen an den nackten Füßen vermag der Mann ohne Hemde nicht zu laufen. Er nimmt sie in die linke Hand und rast aus dem Kellergechoß dem Hauptgechoß zu.

— Huhuhuhuhu!

Drei Treppentufen nimmt er immer auf einen Sprung. Schneller und immer schneller springt er der Wandelhalle zu. So nimmt er das Rennen mit Trimbörn und einem Dritten auf. Trimbörn aber bleibt um Rasenlänge voraus.

Ran der Schlussspur im Saale selbst: Trimbörn und der Mann ohne Hemde! Nun heulen nicht mehr die Puppen allein, nun heult das ganze Haus.

Huhuhuhu! Hohohoho! Hahaha! Dann das letzte Hindernis: die Treppe zur Tribüne! Trimbörn, der kurtzig, stolpert — oho! oho! — Der Mann, der kein Hemd am Leibe und die Schlappen in der Sand hat, schlägt ihn. Aber Beide retten ihre zwanzig Mark. Der Dritte, der das Rennen bis zur Tür des Sitzungssaales mitgemacht, hatte es als aussichtslos aufgegeben. Er hat alle Hoffnung fahren lassen und deshalb Platz genommen zwischen den Antisemiten.

Indessen verkündete Herr Kraetke mit Donnerstimme, daß die Abstimmung geschlossen sei.

### Arbeitslosenfürsorge — Angestelltenfürsorge.

#### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Arbeitslosen Berlins, denen zur Abwendung der größten Not die Stadt durch Darlehnsgewährung beistehen will, haben bisher auf die verprovandete Hilfe vergeblich gewartet. Gestern nahm die Stadtverordnetenversammlung davon Kenntnis, daß ihr vor drei Wochen geförderter Zuschuß, 300 000 Mark für diesen Zweck bereitstellen, die Zustimmung des Magistrats erhalten hat. Unser Genosse S i n g e brachte zur Sprache, daß sogleich nach jenem Stadtverordnetenbeschlusse Tausende von Gesuchen eingegangen sind, deren Erledigung immer noch ausbleibt. Seine Mahnung an die Armendirektion, die Prüfung zu be-



schleunigen, wurde vom Stadtrat Dofflein, dem Chef der Armendirektion, beantwortet mit der Versicherung, daß obnedies mit größtmöglicher Schnelligkeit verfahren werde. Herr Dofflein sagte auch, eine ganze Anzahl Darlehen seien entweder schon ausgezahlt worden oder würden in den nächsten Tagen ausgezahlt werden. Dieses „entweder-oder“ berührte sehr sonderbar. Anscheinend war er selber über den augenblicklichen Stand der Sache nicht unterrichtet.

Auch die Angelegenheiten der Stadt haben in den letzten Monaten eine Geduldprobe zu bestehen gehabt. Der schon im Herbst eingebrachte Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Versicherungsbeiträge vollaufen den Stadtsäckel zu übernehmen, fand bei den Freisinnigen wenig Sympathie. Der Vorschlag des Ausschusses, die den Angestellten aufzuerlegenden Vertragsbeiträge durch eine Gehaltserhöhung wettzumachen, hatte nicht den Beifall des Magistrats. Er zog damals seine Vorlage über die Angestelltenversicherung zurück, weil er meinte, daß er eigentlich die Stadtverordneten überhaupt nicht damit zu bemühen brauche. Die sozialdemokratische Fraktion erneuerte dann in einem Antrag die Forderung, die Angestellten durch Gehaltserhöhung zu entschädigen. Wohlwollige Ausbesserung ergab Ablehnung. Der im Ausschusse gleichfalls abgelehnte Antrag Goldschmidt, für volle Vertragsübernahme später die Jubiläumsrente von dem aus Stadtmitteln bewilligten Rubelgeld abzuziehen, wurde gestern wiederholt. Für ihn trat jetzt auch die sozialdemokratische Fraktion ein, weil ein Mehr nicht erreichbar schien. Den Stadtverordneten Galland, der gegen den Antrag Goldschmidt das angebliche Interesse der Angestellten auszuspielen wollte und sie auf das Wohlwollen des Magistrats vertritt, kennzeichnete unser Genosse Schneider als den „Wolf im Schafspelz“. Einen Angriff Gallands auf die Konsumgenossenschaften wies Genosse Ritter zurück. Die Abstimmung ergab Annahme des Antrages Goldschmidt. Gegen ihn stimmten die Leute um Cassel.

In derselben Sitzung wurde über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Hinzunahme von Frauen zur Armendirektion beschlossen. Der Ausschuss hatte gemeint, höchstens einer Frau den Weg in die Armendirektion ebnen zu sollen. Unsere Genossen hielten an der früheren Forderung fest, daß drei neue Stellen zu schaffen und mit Frauen zu besetzen seien. Den gestern auf neue eingebrachten Antrag begründete Genosse Rosenfeld, und auch Stadtv. Rosenow trat dafür ein. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Einen Nachklang zu den Moabitern „Unruhig“ von 1910 brachte eine Vorlage, die für einen damals von der Polizei zerhackten Lehrling eine Entschädigung von ganzen 500 Mark beantragte. Die Kosten dieser Entschädigung sollen der Stadt zur Last, nicht etwa den Schülern, die mit ihren Säbeln eingekommen haben, oder dem Leutnant, der sie kommandiert hat. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, den bedauernswerten jungen Mann dem Magistrat zur Gewährung einer reichlicheren Entschädigung zu empfehlen. Die begründenden Ausführungen des Genossen Rosenfeld riefen den lebhaften Widerspruch der Stadtverordneten Galland und Cassel hervor. Der Antrag wurde abgelehnt, und es bleibt bei nur 500 Mark.

Ueber die Angelegenheit des Neubaus des Opernhauses berichtete in geheimer Sitzung der Ausschuss. Der Magistrat verwendet hierzu durch sein Nachrichtenamt folgende Mitteilung: „Es handelt sich um eine Verständigung mit den staatlichen Behörden über den Austausch staatlicher und städtischer Flächen und die Übergabe städtischen Geländes sowohl für den Opernhausneubau als auch für ein auf dem sogenannten kleinen Königsplatz zu errichtendes staatliches Gebäude, das den Königsplatz abschließen soll. Nunmehr haben beide Gemeindebehörden die Voraussetzungen für diese Verständigung in einzelnen festgesetzt und zum Beschluß erhoben.“ Näheres über diesen Beschluß teilt das Nachrichtenamt nicht mit.

### Zum Mutttermord in Moabit.

Der Mörder verhaftet und geständig.

Nachdem es gelungen, des Mutttermörders habhaft zu werden. Goedicke lehrte Mittwochsabend um 6 1/2 Uhr in dem Privatlogis von Frau Reich, Am Fiskus Nr. 10, ein und nannte sich dort Kaufmann Georg Schert, 34 Jahre alt, aus Berlin. Er erzählte, daß er noch in Berlin wohne und wegen Jückerkrankheit der Ruhe bedürfte. Deshalb sei er von seiner Frau, die ihn schlecht behandle, weggegangen, um ein Privatlogis aufzusuchen. Der vermeintliche Schert ah zu Abend, bezahlte, auch das Zimmer, und legte sich gleich zu Bett. Gestern vormittag las Frau Reich in der Zeitung von dem Mutttermord in Moabit. Die Beschreibung des mutmaßlichen Mörders erinnerte sie gleich an ihren Logisgast. Gegen 11 Uhr schickte sie ihre Tochter nach dem Polizeirevier 5 in der Albrechtstraße. Zwei Beamte begaben sich nach dem Logis, um sich den Mann anzusehen. Sie hatten kaum das Zimmer betreten, als der Inhaber, der eben erst aufgefunden war, ihnen von selbst sagte: „Ja, ich bins.“ Auf die Frage der Beamten, wo er seinen Revolver habe, antwortete er, daß er ihn in die Spree geworfen habe. Ob das wahr ist, steht dahin. Jedenfalls fand man bei ihm keine Waffe mehr. Goedicke ließ sich ruhig nach der Revierwache abführen und wurde von dort alsbald zur Kriminalpolizei nach dem Alexanderplatz gebracht. Im Verhör gab er ohne weiteres die Tat zu.

Nach seinem Geständnis war der schauerliche Vorgang so: Frau Reich kam am Sonntagvormittag von einem Ausgange nach Hause, als er eben aufgefunden war. Wie in der letzten Zeit fast immer, so hatte er sofort wieder einen Streit mit ihr. Besonders erboste ihn, daß sie ihn in der Schlafstube einschloß. Sie öffnete erst wieder, nachdem er ihr gedroht hatte, daß er aufbrechen und ihr „ein Ding verfehen“ werde. Während die Mutter dann auf ihre Handarbeit ging, setzte sich der Wortwechsel fort. Goedicke hatte schon oft gehört, daß er erst seine Mutter, dann den Doktor und zuletzt seine Schwestern umbringen werde. Mit den Drohungen gegen den Doktor hat es folgende Bewandnis: Vor einigen Jahren hatte sich Goedicke eine Verletzung zugezogen, die eine Operation am Gehirn notwendig machte. Er glaubte, daß ihn der Arzt damals falsch behandelt habe und daß er seit dieser Zeit lungenkrank geworden sei. Es scheint, daß G. geistig nicht gesund ist.

### Die Bebauung des Geländes am Bahnhof Friedrichstraße.

Die projektierte Untergrundbahn Potsdamer-Steintiner Bahnhof. Zur Genehmigung des Bebauungsplanes für das Gelände am Bahnhof Friedrichstraße werden uns von unterrichteter Stelle folgende interessante Einzelheiten mitgeteilt:

Die mit dem großzügigen Bauprojekt des auf dem Gelände der einstigen Peviniers (Kaiser-Wilhelms-Abademie) zu errichtenden Hotelneubaus einerseits und des mit diesem Prachtbau in organisches und stilistisches Einklang zu bringenden Neubaus des Bahnhofs-Friedrichstraße andererseits sich befassenden Behörden sind: die Bauabteilung des Eisenbahnministeriums, der Magistrat Berlin, der Zweckverband Groß-Berlin, das Polizeipräsidium Berlin und das Konsortium des Hotelneubaus unter Leitung des Direktors Carsten Nielsen. Es handelt sich hier, soweit der Hotelneubau allein in Betracht kommt, um ein Objekt, das sich einschließlich des erforderlichen Baugeländes von rund 7000 Quadratmeter Größe auf 18 000 000 Mark belaufen wird. Der Hotelneubau, dessen Finanzierung außer mehreren deutschen Bankhäusern, die sich vorläufig nur stillschweigend an der Sache beteiligen, hauptsächlich von dem Pariser Bankhause Labouchère ins Werk gesetzt wird, wird im Entwurf und in der Ausführung von dem hervorragenden, durch ähnliche Hotelbauten größten Stills in Baltimore, New York und Paris bekannten Baumeister Augustin Negy in Gemeinschaft — soweit die Verbindung mit dem Bahnhof Friedrichstraße in Betracht kommt — mit dem diesen Erweiterungsbau leitenden Geheimen Bauamt Schwarz hergestellt.

Bahnhof und Grand Hotel Friedrichstraße werden, soweit dies bei dem in der Hauptfrage aus einer neuen, großen Glashalle bestehenden Bahnhof möglich ist, in Formen gehalten sein, die sich den architektonischen Stilarten der dortigen vornehmen Bauten, insbesondere des Messel'schen Admiralspalastes anpassen, im wesentlichen also klassizistischen Charakter erhalten. Unter dem Hotelneubau wird, eingebettet in dessen Fundamente, ein vom Reichstagsufer bis zur Friedrichstraße sich erstreckender Untergrundbahnhof in einer Tiefe von fünf Metern unter dem Straßenpflaster erbaut werden, der der vom Zweckverband Groß-Berlin geplanten besonderen Schnellbahnverbindung Potsdamer Bahnhof-Steintiner Bahnhof dienen soll. Zwischen dem neu errichteten Teile des Bahnhofes Friedrichstraße, der auch voranschreitlich in einem Erweiterungsbau der großen Eisenbahnbrücke über die Spree seine Fortleitung finden wird, und dem neuen Teil wird sich eine geräumige Verbindungsstraße zwischen Friedrichstraße und dem Reichstagsufer hinziehen, die über eine neu zu errichtende Verkehrsbrücke nach der Albrechtstraße hinüberführen soll, welche letztere in Zukunft eine Verbreiterung erfahren wird. Als Bauzeit ist ein Zeitraum von drei Jahren in Aussicht genommen.

Gegen den Bau der Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln sind in der Auslegungsrunde ein Dutzend Einsprüche eingereicht worden, darunter solche verschiedener Kirchengemeinden. Die Gemeinden St. Paul und Simeonstraße befürchten für ihre in der Bod- und Brunnenstraße gelegenen Kirchen Störungen durch die hier als Hochbahn vorüberführende Linie. Wie wir hören, sind die erhobenen Bedenken dieser Kirchengemeinden zum Teil schon beseitigt durch besonderes Entgegenkommen. Bemerkenswert wollen wir aber, daß auch sehr viele Bewohner der Nachbarschaft der Paulskirche sich beklagen fühlen durch das Blödelgeräusche der Paulskirche, das nervös veranlagte Menschen oder auch solche, die Nachdienst haben und am Tage ihre müden Glieder ausruhen wollen, zur Verzweiflung bringen kann.

### Der Kirchenaustritt in Groß-Berlin.

In der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Kultusminister Zahlen über Kirchenaustritte mitgeteilt, die er dem Polizeipräsidenten in Berlin verdankt. Es wäre interessant zu erfahren, woher der Polizeipräsident seine Kenntnisse hat, da die Polizei in Preußen nichts mit den Kirchenaustritten zu tun hat. Auch stimmen diese Zahlen in keiner Weise mit den Angaben überein, die die Kirche selbst in ihren amtlichen Statistiken gemacht hat. Lediglich in Berlin sind nach diesen Angaben in den Jahren 1908—1912 32 408 Austritte aus der evangelischen Landeskirche erfolgt; dazu müssen noch die Austritte gerechnet werden, die unter der Rubrik „Provinz Brandenburg“ verzeichnet sind, da dieses fast nur Austritte in Berliner Vororten sind. Dann steigt die Zahl auf 60 596! Geschätzungsweise hat man für 1913 nur die Zahlen vom 1. Januar bis zum 1. Dezember bekannt gegeben mit 12 463 perfelt gewordenen Austritten für Berlin. Die „Tägliche Rundschau“ fragt, wo nun die 40 000 Austritte bleiben und hat anscheinend ganz vergessen, daß die große Zahl der Massenaustritte erst im Dezember erfolgte. Wie sehr diese Zahlen dem Zwecke der Veranschaulichung dienen, zeigt doch die eine absolut feststehende Tatsache, daß in Neukölln allein 1912 5500 Austritte erfolgten und am Amtsgericht Charlottenburg über 2000. Die Angabe über Neukölln ist einem Berliner Geistlichen auf seine Anfrage vom dortigen Amtsgericht bestätigt worden. Hoffentlich machen die zuständigen Kirchenbehörden bald die genauen Zahlen für das ganze Jahr und für Groß-Berlin bekannt, damit solche Irreführungen des Publikums nicht mehr möglich sind.

### Die B. E. W. und die Stadt Berlin.

Aus dem Rathaus wird berichtet: Der Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Berliner Elektrizitäts-Werke erreicht bekanntlich mit dem 30. September 1915 sein Ende. Behufs Wahrung der Frist war im Juni v. J. den Berliner Elektrizitäts-Werken mitgeteilt worden, daß deren Werke am 1. Oktober 1915 auf die Stadtgemeinde übergehen sollten. Offen geblieben war die Frage, ob für den Fall der Übernahme seitens der Stadtgemeinde der Kaufpreis nach dem Buch- oder Markwert berechnet werden sollte. Nunmehr ist der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugegangen, in welcher der Magistrat auf Grund reichhaltigen, von sachverständiger Seite zusammengestellten Materials die Bezahlung des Kaufpreises nach dem Buchwert beantragt. Der zu zahlende Preis, der zur Zeit der Übernahme zwischen 120 bis 130 Millionen Mark betragen dürfte, wird sich danach, wenn man den Buchwert zugrunde legt, um etwa 2/3 Millionen billiger stellen. Ueber die Frage, in welcher Weise die zukünftige Elektrizitätsversorgung Berlins geregelt werden sollte, wird hierdurch Entscheidung nicht getroffen.

Unseres Erachtens kann diese Entscheidung gar nicht anders ausfallen, als daß die Stadt die B. E. W. in eigene Regie übernimmt, soll das Allgemeininteresse nicht schwersten Schaden nehmen.

Berliner Sechstagerrennen. Zum sechsten Male wird Berlin das sechs Tage und sechs Nächte währende Radfahren sehen, eine Veranstaltung, die von einer Seite gelobt und als sportliche Leistung angesehen, von anderer Seite belächelt wird. Da der bisherige Verlauf der Rennen auch die radisportlichen Kreise nicht befriedigt hat, haben die Veranstalter beschlossen, die Wertung des Rennens auf eine andere Weise erfolgen zu lassen. Um das Zusammenbleiben einer großen Radsgruppe bis zum Schluß des Rennens zu verhindern, sind Tagesprämien von 1000 M. für dasjenige Paar ausgesetzt, dem es gelingt, dem Felde eine Runde abzugewinnen. Außerdem soll am Schluß des Rennens in der letzten Stunde eine Punktwertung für 25 Spurts vorgenommen werden und die hierbei erzielten Punkte ergeben dann die Reihenfolge der Fahrer. Am Eröffnungabend erfolgte vor dem Beginn die Vorstellung der 16 Paare. Es sind dies: Abberger-Teichner, Brand - Hoffmann, Bauer - Kettelbeck, Brecco - Poullain, Carapazzi - Jacquelin, Debaets - L. Wulfe, Ehler - Ladewald, Fogler - Mac Namara, Grohmann - Marx, A. Gulshlo-Weise, Lorenz,

Saldon, Miquel - Stof, Moran - Rool, Padebusch - Stabe, Pawle-Rudel, Pitt-Stellbrin. Die meisten der Fahrer haben schon Sechstagerrennen gefahren; da der Verlauf sehr reich an Zwischenfällen aller Art ist, haben viele Paare die Aussicht, das Rennen zu ihren Gunsten zu entscheiden. — Um 12 Uhr nachts wurde der Start durch den früheren Rennfahrer Lehr abgebegeben und das 144 Stundenrennen nahm seinen Anfang. Gleich die ersten Stunden brachten mehrere Stürze und ein reiches Ausschneiden der Mannschaft Brand-Hoffmann; Kettelbeck mußte nach einem Sturz aufgeben, ebenso Jacquelin, so daß am Abend des ersten Tages nur noch 13 Mannschaften zusammen sind. Die Weltrekorde wurden zeitweise überboten.

### Zur Explosionskatastrophe in Rummelsburg.

Zu dem in unserer gestrigen Nummer gebrachten Bericht von der Petriehörsammlung der Arbeiter der Anilinfabrik wird uns ergänzend und berichtend zugleich mitgeteilt:

Reichstagsabgeordneter Genosse Frey knüpfte an den Unglücksfall an, vermied es aber, irgendwelche Angriffe gegen die Petriehörsammlung zu richten, für die er keine positiven Anhaltspunkte habe. Er erörterte aber mit großer Sachkenntnis die Forderungen der Arbeiter in der chemischen Industrie ganz allgemein, als da sind: weitgehenden Schutz von Leben und Gesundheit; sanitärer Maximalarbeitszeit und vor allem Ausklärung der Arbeiter, die häufig wechseln, über die Gefahren des Betriebs. Der Redner zeigte, wie in jahrelangem Kampfe die Organisation für diese Forderungen eintritt, leider aber auch bestrebt ist von den Betriebsleitungen angeleitet wurde. Mit einem feurigen Appell, aus der Gleichgültigkeit aufzuwachen und sich der Organisation anzuschließen, führte der Referent seine Darlegungen zu Ende.

Eine Diskussion fand nicht statt. Anfragen über Tatsachen, die zu dem Unglück geführt hätten, wurden einige schriftlich eingereicht. Sie konnten aber vom Versammlungsleiter nicht beantwortet werden, weil solches Tatsachenmaterial nicht vorliege.

Unter zahlreicher Beteiligung wurde am Mittwoch der bei der Explosionskatastrophe ums Leben gekommene Genosse Karl Lindner auf dem Zentralfriedhofe in Friedrichsfelde zu Grabe getragen. Etwa 3000 Leidtragende hatten sich eingefunden. Genosse Wehmeier hielt eine warm empfundene Gedächtnisrede. Am Grabe wurden prächtige Kränze, von der Partei wie von der Gewerkschaft gewidmet, niedergelegt.

Im Berliner Aquarium ist zurzeit eine ganz besonders schöne Sammlung der sogenannten „Blumentiere“ ausgestellt. Sie sind also benannt, weil sie in ihrer äußeren Erscheinung nach Form und Farbe manchen Blumen ähneln. Nach diesen bezeichnet man die verschiedenen Arten auch als Seeneellen, Seerosen, Wachsblumen usw. In Wirklichkeit sind es ganz richtige Tiere, — nicht etwa Uebergänge zwischen Tieren und Pflanzen, wie der Laie meist anzunehmen geneigt ist. Die dem Kranze der Blumenblätter entsprechenden Hängarme sind meist mit Kesselnorganen ausgestattet, um die ergriffene Beute zu lähmen, und in der Tat fassen den größeren Antennen, wie sie der Zoologe nennt, oft ganz stattliche Fische zum Opfer. Besonders sei auf die neu eingezeichneten Valsitiden mit den wunderbaren Seeneellen und den stattlichen dithönigen Seerosen hingewiesen.

## Vorortnachrichten.

### Wilmerdsdorf.

#### Der Etat im Stadtparlament.

Zu der letzten Stadtverordnetenversammlung lag der Haushalts-entwurf für 1914 zur Beratung vor. Oberbürgermeister Habermann begann mit einer kurzen Einleitungsrede, in welcher er die ungünstigere Gestaltung des Haushalts auf die schlechte Lage, vor allem des Bau- und Geldmarktes, zurückführte. Wilmerdsdorf sei stark belastet mit unbedeutenden Grundstücken, die Zinsen kosten, wie überhaupt die Schuldenverwaltung eine große Summe im Etat koste. Von weiteren großen Projekten müsse die Stadt einstweilen absehen. Etat 181 Bauten im Jahre 1911 seien 1913 nur 81 Bauten ausgeführt. Auch der Yuzug habe nachgelassen. Es sei aber erfreulich, daß der sichere Grund des Etats, die Einkommensteuer, sich bewährt habe und auch die Steuerqualität der Bevölkerung weiter zunehme. Die Erhöhung der Einkommensteuer habe sich freilich nicht vermeiden lassen, man müsse trotzdem noch 600 000 M. dem Ausgleichsfonds entnehmen. Der Magistrat sei durch die Verschlechterung nicht überrascht, wie man von anderer Seite behauptet habe, freilich lägen die Ursachen außerhalb Wilmerdsdorf und es könne niemand dafür verantwortlich gemacht werden. Mit Sparsamkeit werde man auch diese Krise überwinden und besseren Zeiten entgegengehen. Noch magerer und „vielfach nicht-liegend“ (wie es ein Stadtverordneter nachher nannte) war die Etatsrede des Kammerers, der die einzelnen Posten kurz durchging, die steigende Wohlhabenheit der Bevölkerung herausstrich, das Anwachsen der einzelnen Fonds betonte, und auf die Sparmaßnahmen sorgfältige Ausarbeitung des Etats hinwies. Stadtv. Döse eröffnete den Reigen der Diskussionsredner. Er erklärte sich namens seiner Freunde damit einverstanden, daß der Einkommensteueraufschlag auf 110 Proz. erhöht wird, doch tabelte er es, daß der Magistrat nicht eine allzugroße Erhöhung der Steuern auf den Grundbesitz vermeiden habe. Er schlug vor, die Erhöhung der Grundwertsteuer auf 2,8 bezw. 4,8 Proz. zu beschränken. Den Ausfall von 200 000 M. müsse man durch Veränderungen im Etat herauszuschlagen suchen, er behalte sich näheres für die Kommissionsberatung vor. Die Fleischhalle solle jetzt nicht ausgegeben werden, das sei eine Erringung der Sozialdemokraten, aber sie sei nicht für immer errichtet worden und im Herbst müsse man in Verhandlung treten mit dem Magistrat, damit sie in andere Hände übergehe. (1) Herr Stadtrat Steinborn gebühre alle Anerkennung für sein Werk (Große Heiterkeit). Stadtv. Schulze (lib.) war in seiner Kritik schon wesentlich schärfer gestimmt. Er wies darauf hin, daß seine Freunde schon lange auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Kommunalsteuern hingewiesen hätten. Er erklärte es auch für ganz unangebracht, nach dem Vorschlag der freien Fraktion den Etat mit „kleinen Mitteln“ zu fristieren. Jetzt rühe sich der frühere Optimismus des Magistrats bitter. Der Etat sei zwar sparsam, aber allzu sparsam in manchen unbedingt nötigen Ausgaben. Redner kritisierte Mängel im Beleuchtungs-wesen, die Verschwendung bei dem Bau der Untergrundbahn, die mit ganz überflüssigem Luxus ausgestattet sei. Die Zustände am Behniner und Hebrdeiner Platz seien so, daß man sie als unerträglich bezeichnen müsse. Besonders unerfreulich sei es, daß der Ausgleichsfonds mit 600 000 M. belastet werden solle. Redner sprach lange Zeit über die Volkserhaltungssabende. Der Saal leert sich indessen zunehmend und fällt sich erst wieder, als Stadtv. Dr. Leidig als zweiter Praktikredner beginnt. Die Angriffe auf die Stadt müsse man energisch zurückweisen. Auch könne von Zugbauten nicht die Rede sein. In der Finanzverwaltung würden zwar für's erste einige magere Jahre kommen, er schätze 5 bis 6. Dann aber werde man wieder im Gelde schwimmen. Das Ansteigen der Provinziallasten sei bedauerlich, aber nicht zu verhindern. Wegen des Fiskus und seine finanziellen Ansprüche sei man machtlos. Die 60 Millionen für die Waldkäufe seien eine glatte Ungerechtheit gegen die Berliner Bevölkerung, doch sei es besser, die Wälder jetzt zu kaufen, als später, wenn der Fiskus noch mehr verlangen würde.

Der Etat wurde einem dreifachen Ausschuss überwiesen, nachdem man in der Beratung es alleseitig glänzend verstanden hatte, um alle brennlichen Fragen mit möglichst großer Bogen herumzugehen. Bei der vorgegrienen Zeit wurden die anderen Posten der Tagesordnung im Eiletempo erledigt. So der Antrag Rückmanns auf Weiterführung der Untergrundbahn im Zuge des Kur-



fürstendamm nach Halensee, der einstimmig dem Magistrat über-  
wiesen wird. Ebenso zwei Magistratsvorlagen über Enteignung am  
Lehniner und Fehrbelliner Platz, die in erster und zweiter Lesung  
angenommen wurden.

Die Wilmsdorfer Arbeiterschaft wird heute Freitagabend 8 1/2 Uhr  
im „Viktorgarten“, Wilhelmstraße, zu dieser Art kommunalpolitisch  
Stellung nehmen. Genosse Dr. Dreißigfeld spricht über „Volkseigen-  
liche Politik in Wilmsdorf“.

### Charlottenburg.

#### Die gepöppelte Polizei.

Wie überall, hat auch der Wahlverein Charlottenburg für die  
jungen Genossen besondere Abende eingerichtet, die der Aufklärung  
und Belehrung dienen sollen. Diese Bildungsbestrebungen der  
älteren Jugend haben nun die Polizei in Anruch verlegt. Nicht  
genug, daß es bei der öffentlichen Zusammenkunft ohne Polizei nicht  
abging, sollte auch die erste Versammlung am letzten Mittwoch, zu  
der nur Mitglieder Zutritt hatten, unter Polizeiaufsicht stehen. Mehr  
noch: nach den vorgelegten Akten sollte der „neue Verein“ in 14 Tagen  
seine Sitzungen einreichen. Unsere Genossen waren anderer Meinung.  
Sie gaben den Beamten die nötige Aufklärung, die aber nichts  
fruchtete. Augenscheinlich hatten sie genaue Instruktion. Wenn  
nicht jeder seine Mitgliedschaft nachweisen konnte, so sollte die Ver-  
sammlung aufgelöst werden. Die dem Mangel wurde bald abgeholfen  
in der Zeit, als die Polizei sich neue Anweisung holte. Jeder, der  
noch keine Quittung über seinen Beitritt hatte, erhielt eben eine  
solche ausgestellt. Als nun die Beamten wieder erschienen, war alles  
in bester Ordnung. Die Polizei ging nun beruhigt ab. Die jungen  
Genossen beschäftigten sich noch lange über diesen neuesten Polizei-  
streich. Als Erfolg wurden mehrere neue Mitglieder gebucht. Nur  
so weiter.

### Neukölln.

Sonntag, den 8. März, findet des Brauentages wegen keine Ver-  
anstaltung des Spielerschusses statt. Mittwoch, den 11. März:  
Mädchenvorlesung bei Bartisch, Hermannstr. 49. Anfang 5 Uhr, Ende  
6 1/2 Uhr. Sonntag, den 15. März: Erstaufführung des Oster-  
märchens „Warum der Frühling kommen muß“. Wir möchten alle  
Interessierten ersuchen, sich bald mit Billetts zu versehen. Eintritts-  
karten für Kinder zu 10 Pf. und Erwachsene 30 Pf. einschl. Tanz-  
saal vom Montag ab zu haben im Sekretariat Redarstr. 8; Bartisch,  
Restaurant, Hermannstr. 49; Expedition Rohr, Siegfriedstraße;  
Lietich, Wildenbruchstraße; Restaurant Brill, Böhmische Straße, Ecke  
Schudomaststraße; Vormann, Uferdammstr. 15; Butenschön, Weisestr. 5;  
Lehmann, Richardstr. 63; Schneider, Weisestr. 64.

### Weißensee.

Im Konkursverfahren der Weißenseer Bank ist endlich Klarheit  
geschaffen. Die Hoffnung, daß die alte Forderung von 1000 M.  
vom Konkursverwalter von den Genossenschaftlern verlangt werde, ist  
durch das Konkursgericht zunichte gemacht worden. Am Sonnabend  
sind unter großer Teilnahme der Genossen die Vorläuferrechnung  
statt, danach sind die am 11. Juli vorigen Jahres beschlossenen er-  
höhten Forderungen von 5000 M. pro Anteil zu zahlen. Die  
Vertreter der Genossen erwiderten durch ihre Ausführungen,  
daß das Gericht eine Befehlshaltung bis zum Dienstag verlangte,  
um die Einprüche von circa 200 Genossen zu prüfen. Die wiederum  
in großer Zahl erschienenen Genossen erklärten nun, daß der Konkurs-  
richter den erlassenen Einprüchen nicht stattzugeben habe und daß  
die vom Konkursverwalter bemessene Einziehung der Forderung von  
5000 M. pro Anteil für vollstreckbar zu erklären sei. Die den Ver-  
trag der früheren Forderung (1000 M.) übersteigenden Beträge hat  
der Konkursverwalter zu hinterlegen bis zur endgültigen Entscheidung  
der Richtigkeitsprozesse. Gegen den Beschluß vom 11. Juli ist  
von einer Reihe von Genossen die Richtigkeitsklage eingereicht worden.  
Die Klage richtet sich gegen den Konkursverwalter und bezieht  
sich auf die Richtigkeitsklärung der Generalversammlung vom  
11. Juli. In der Klage wird hervorgehoben, daß die meisten Ge-  
nossen nur deshalb der Genossenschaft beigetreten seien, um Kredit  
zu erlangen. Die Übernahme eines Geschäftsanteils und der Haft-  
pflicht stellt bei ihnen rein wirtschaftlich nur die Gegenleistung für  
die Kreditgewährung dar. Sind nun Geschäftsanteil und Haft-  
pflicht so übermäßig hoch wie im vorliegenden Falle, so liegt es  
nahe, einen übermäßigen Vorteil im Sinne des § 138 des Bürger-  
lichen Gesetzbuches (Wucher) anzunehmen, zumal es sich in  
zahlreichen Fällen nur um ganz geringe Beträge handelte, und ferner  
die Genossen nicht die Möglichkeit hatten, den Nachteil der Erhöhung  
durch die Vorteile eines dauernden Kreditverkehrs auszugleichen, weil  
nach dem Tage des Erhöhungsbeschlusses — entgegen der den Ge-  
nossen vor der Beschlußfassung gegebenen Versicherung — ein  
Kreditverkehr zwischen der Bank und den Genossen wegen Mangel  
an Mitteln nicht mehr stattfand. In der Klageschrift wird weiter  
betont, daß der Vorliegende des Aufsichtsrats, Rechtsanwalt  
Appeltrich, und der Verbanddirektor Pflanz in der fraglichen  
Versammlung erklärt hätten, der Erhöhungsbeschluss würde nur auf  
dem Papier stehen, es sei gar kein Gedanke daran, daß die Ein-  
zahlung auf die Geschäftsanteile in der beschlossenen Höhe erfordert  
würde; man müsse ihn nur fassen, um dem Verlangen des Kreis-  
ausschusses als der Aufsichtsbehörde der Gemeinde Genüge zu tun.  
Dann heißt es noch, die zugesicherte Hilfe der Gemeinde trat nicht  
ein. Dem ist nicht so, denn die Gemeinde hatte auf Grund dieses  
Beschlusses weitere 200 000 M. zur Verfügung gestellt, die gleiche  
Summe die Dresdner Bank, ferner waren nochmals je 50 000 M.  
in Aussicht gestellt, wenn die Genossen der Bank ebenfalls die gleiche  
Summe aufgebracht hätten. Auf den Ausgang des Prozesses kann  
man gespannt sein. Die Genossenschaftler sind bemüht, alle Mit-  
glieder in einen Schutzbund zu vereinen, desgleichen die Sparer.

### Hohen-Schönhausen.

Bürgerliche Feindschaft. Der Grundbesitzerverein „Hohen-Schön-  
hausen“ hatte zu Mittwoch, den 4. März, eine Gemeindeväler-  
versammlung einberufen. Ein Teil unserer Parteigenossen besuchte  
dieselbe. Bei Eröffnung der Versammlung teilte der Vorsitzende  
des Grundbesitzervereins mit, daß wohl verschiedene Sozialdemo-  
kraten erschienen seien, er hoffe aber, dieselben würden sich ruhig  
verhalten, da die bürgerlichen Wähler nur zusammengekommen seien,  
um ihre Kandidaten zu proklamieren. Genosse Thiele als Gemeindev-  
vertreter fragte darauf den Vorsitzenden, ob den Sozialdemokraten in  
der Diskussion das Wort erteilt werden würde. Die Anfrage wurde  
mit einem glatten Nein beantwortet. Nunmehr forderte Thiele alle  
anwesenden Arbeiterwähler auf, das Lokal zu verlassen. Unter  
Protest verließ darauf über die Hälfte der Versammelten den Saal.  
In Vereinsversammlungen und ihrem Grundbesitzerorgan haben die  
Herren den Mut, die sozialdemokratischen Vertreter mit unwahren  
Behauptungen anzugreifen. Sind die sozialdemokratischen Vertreter  
aber zugegen, dann diktiert ihnen die Angst gewalttätige Maß-  
nahmen.

Deute Freitag, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Kuh,  
Berliner Str. 92, eine öffentliche Wählerversammlung statt. In der-  
selben wird das feige Verhalten des hiesigen Bürgerturns in das  
rechte Licht gerückt werden.

### Karlberge-Rüdersdorf.

Ein schwerer Unfall trug sich am Mittwoch im fiskalischen Berg-  
werk zu. Dort verunglückte der Arbeiter Häfeler in einem Kohl-  
schacht. Dem Bedauernswerten wurden schwere Arm- und Bein-  
verletzungen zugefügt. Seine Beförderung ins Bergmannstranken-  
haus in Halle a. S. wurde sofort in die Wege geleitet.

Eine Entlassung von circa 300 Arbeitern beabsichtigt, wie ver-  
lautet, der neue Bergwart Gerbard. Angeblich soll zu diesem Vor-  
haben den Bergrot die flauve Bankonjunktur veranlaßt haben, die  
eine fortwährende Verminderung des Abfahrs an Kohlestein hervor-  
ruft. Die Betriebsbeschränkung im Bergwerksbetriebe wäre mit  
der Entlassung von 300 Arbeitern allerdings außerordentlich groß,  
da diese Zahl beinahe ein Drittel der Gesamtarbeiterschaft (etwas  
über 1000 Mann) ausmacht.

### Pankow.

Die Gemeindevertretung befahte sich in ihrer Sitzung am Dien-  
stag zunächst mit der Frage des Volkskulturschul-  
ausgleichs. Bürgermeister Kühr, der sich hierüber eingehend  
verbreitete, hat die Frage bereits in einem vor kurzem auf dem  
Wiederbarnimer Kreisstag gehaltenen Referat behandelt und dadurch  
die Abfertigung einer Petition an den Landtag in dieser Angelegen-  
heit veranlaßt. Es wird darin der Wunsch ausgedrückt, daß der  
Landtag bei der Beratung der Novelle zum Kommunalabgabenge-  
setz den Volkskulturschulenausgleich berücksichtigen möge. Herr Kühr wies  
nach, daß die Entwicklung Groß-Berlins gebieterisch einen Ausgleich  
der Schulkosten zwischen den reichen und ärmeren Gemeinden fordere.  
Nun sei ja von einigen Gemeinden vom § 58 des Kommunalabgaben-  
gesetzes gegenüber Berlin Gebrauch gemacht worden, wonach die  
Betriebsgemeinde von der Wohnsitzgemeinde der Väter schulpflichtiger  
Kinder zu einem Teil für Schulkosten in Anspruch  
genommen werden kann. Auch Pankow habe in letzter Zeit  
durch eine Umfrage in den Gemeindefamilien eine Statistik  
über die Verhältnisse veranstaltet und erwäge noch, ob es  
nicht auch den § 58 gegenüber Berlin anzuwenden solle.  
Besser sei jedoch die Neuregelung dieser Verhältnisse auf gesetz-  
geberischem Wege, welchem Prozedere die Zustimmung zu der Petition  
dienen soll. In der sich anschließenden Debatte vertrat Genosse  
Kühr ebenfalls den Standpunkt, daß hier auf gesetzgeberischem  
Wege eingegriffen werden müsse, wengleich das wohl noch lange  
Wege haben dürfte, er warnte aber auf entschiedene vor einer  
Politik der Unfreundlichkeit gegen Berlin. Unser Redner sprach  
dann bei dieser Gelegenheit noch den Wunsch aus, daß in Zukunft  
bei Anfragen in den Gemeindefamilien eine andere Form  
als die zuletzt beliebte gewählt werden möge, wo von den Vätern  
und Angehörigen der Gemeindefamilien die Verantwortung von Kindern  
verlangt wurde, über deren Zweck und Bedeutung weder Schüler  
noch Lehrer Aufschluß geben konnten, und woraus sich eine ganze  
Reihe Unzuträglichkeiten ergaben. Die Vertretung gab schließlich ein-  
stimmig ihre Zustimmung zu der Petition an den Landtag. — Hierauf  
wurde die Jahresrechnung für 1912 festgestellt und dem Rechnung-  
leger Entlastung erteilt. — Die übrigen Beratungsgegenstände  
entbieten größeren Interesses. Am Schluß der Sitzung teilte der  
Bürgermeister noch mit, daß die vor etwa einem Jahre von der  
Landeskulturstiftung für den hiesigen Bürgerpark in Aussicht ge-  
stellte Pflanz eines Siegfried-Brunnens darstellt. Durch eine erneute  
Besichtigung des endgültigen Entwurfs im Mai dieses Jahres soll  
die Angelegenheit wieder um einen kleinen Schritt weiter gehen.

### Königs-Wusterhausen.

In der Versammlung des Wahlvereins gedachte zunächst der  
Vorsitzende Genosse Krause des verstorbenen Genossen Klein-Wildau  
sowie der Genossen Dieze-Königs-Wusterhausen. Sodann referierte  
Genosse Ewald-Tempelhof über das Thema: „Unsere nächsten Auf-  
gaben in der Partei“. — In den bevorstehenden Gemeindevahlen  
ist Wildau und Königs-Wusterhausen wurde für Wildau der jetzige  
Vertreter Genosse Zaenzler aufgestellt. Für Königs-Wusterhausen  
wurde für unsere Genossen Stimmeneinstellung proklamiert, da die  
Partei dort nicht in der Lage sei, geeignete Hausbesitzerkandidaten zu  
empfehlen. — Den Bericht von der Kreisgeneralversammlung gab  
Genosse Zaenzler. — Zum Schluß erbat der Vorsitzende noch die  
Genossen, die kurze Spanne Zeit bis zur Gemeindevahl in Wildau  
zu reger Agitation zu benutzen, um dort wieder unserem bisherigen  
Vertreter zum Siege zu verhelfen.

### Wittenau-Vorsigtalweide.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst teilte der Bürgermeister  
Mitte mit, daß am 26. Februar mit dem Direktor des Groß-Berliner  
Zweckverbandes eine Konferenz und Diszussionsbesprechung zum Zweck  
der Schaffung einer neuen großen sogenannten Ausfallstraße im Norden  
(von Reinickendorf über Wittenau, Waldmannslust nach Hermsdorf  
und Frohnau) stattgefunden habe. Der Kanalisationszweckverband  
hatte in seiner letzten Sitzung zur Realisierung seiner Verpflichtungen  
zunächst eine Finanzsicherung der Schuldentilgung beantragt und  
ferner 20 M. für den laufenden Meter Kanalisation zu erheben  
beschlossen. Herr Witte teilte die Verhandlungen mit und glaubt,  
daß sich die Vertretung den Ausführungen des Verbands-  
auschusses nun anschließen und auch ihrerseits einer Erhöhung zu-  
stimmen würde, die er in Form einer Erhöhung der Kanalisations-  
abgabe von 5 auf 6 Proz. vorschlägt. Die Herren Dr. Hoff und  
Witz waren der Meinung, daß diese Erhöhung zu unrecht verlangt  
würde. Nach längerer Debatte wurden die 6 Proz. angenommen in  
der Voraussetzung, daß die Kanalisationsgebühr von 20 M. nicht  
zur Erhebung zu gelangen braucht. Der Errichtung einer  
Pflanzschulung wurde zugestimmt. Genosse  
Lietich erklärte sein Einverständnis mit dem Statut, wünschte  
aber, daß der Unterricht nicht über 6 Uhr abends hinaus aus-  
gedehnt werde, um die jugendlichen Schüler nicht übermäßig  
lange neben ihrer industriellen Beschäftigung auch noch  
ferner bis in die späten Abendstunden geistig zu belasten.  
Die Festlegung neuer Bauabschnitte für die Parallelstraße an der  
Nordbahn, übergehend auf Rosenhäger Gebiet, sowie für die Bahn-  
hofstraße zeitigte abermals eine Interessendebatte. Für die erstere  
Straße hat der Zweckverbandsdirektor eine größere Breite verlangt;  
zu den bisherigen 18 Metern die die Vertretung beschlossenen hatte,  
noch 8 Meter Vorkanten. Die Vertretung beschloß einstimmig, an  
ihrem Beschluß vom 14. August 1913 festzuhalten, da durch dies  
Verlangen der Grundbesitzer wiederum sehr belastet würde. Die  
Bahnhofstraße soll nach dem heute gefassten Beschluß 21 Meter Breite  
mit je 5,50 Meter Bürgersteig erhalten. Zur Anlage eines Bahnhofs-  
vorplatzes hat die Wittenauer Bodenaktiengesellschaft ein Projekt  
nebst Plänen zur Verfügung gestellt, das vor anderen ebenfalls vor-  
liegenden Projekten bevorzugt worden ist. Die hierzu nötigen Kosten  
bezeichnete der Bürgermeister als nicht unerhebliche, doch solle hier-  
über erst später verhandelt werden. Genosse Lietich wünschte  
schon jetzt einen Kostenaufschlag zu hören und ob nicht ein anderer  
Plan etwa billiger sei. Herr von Vorig behauerte in dem  
empfohlenen Plan das Fehlen eines Spiel- oder ähnlichen Freispielfelds.  
Nach Ausführungen verschiedener Redner wurde der Freispielfeld-  
festsetzung für diesen Platz zugestimmt, im übrigen alles Weitere  
vorbehalten. — Etwa 100 Laubentkolonisten petitionierten  
um Erlaß der Hundsteuer; der Gemeindevorstand hat nach  
Verhandlungen mit den Petenten diesen die Steuer für 1913 und  
1914 von 15 auf 6 M. ermäßigt, da das Halten von Hunden auf den  
Terrains sich notwendig mache, um gegen Diebstahl usw. gesichert zu  
sein. — Der Beteiligung an der besagten Kollektiv-Haftpflichtversicherung  
in bezug auf Hilfeleistung der Berliner Feuerwehr wurde zugestimmt;  
die jährlichen Beiträge dürften zirka 80 M. ausmachen. — Des-  
gleichen einer Vermeidung der Zuschußmitglieder beim Reinickendorfer  
Verbandskassenkauf. — Im Rathaus soll demnächst eine  
Vertretung auf Anregung aus Industriellenkreisen einberufen er-  
klärt. — Einem Wunsch des Herrn v. Vorig entsprechend  
wird der Vorkieher die Sitzungstage auf den Dienstag ver-  
legen. — Es folgte noch eine längere vertrauliche Sitzung,  
zu der unser Genosse Lietich vorweg bemerkt, daß er die Not-  
wendigkeit der Geheimhaltung in einzelnen Punkten nicht anerkennen  
könne. Zum Schluß machte der Bürgermeister noch bekannt,  
daß die Gemeindevorstandswahlen der dritten Ab-  
teilung am Donnerstag, den 19. März, im Wittenauer  
Gesellschaftshaus in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends  
stattfinden sollen. Die zweite Abteilung wählt am 20. März  
von 4-5 Uhr; die erste Abteilung von 5-6 1/2 Uhr. Es  
scheiden aus in der 8. Abteilung die Genossen Liebelt und  
Schulze, in der 2. Abteilung Herr Witte und in der  
1. Abteilung Herr von Vorig. Wiederwahl ist zulässig.  
Genosse Lietich behauerte diese so späte Befamngabe des Wahl-  
termins, die ihn verändere, verändere und die Wahl bezügliche  
Anträge zu stellen; u. a. wünsche er, daß wenigstens für später für  
jeden Ortsteil, also für Wittenau und Vorsigtalweide getrennte  
Wahllokale genommen werden. Bezüglich des Wunsches auf Wahl  
am Sonntag erwiderte der Vorkieher, daß nach seinen Er-

kundigungen dieser Tag nicht zweckmäßig und an ihm die Be-  
teiligung auch nicht reger gewesen wäre.

### Potsdam.

Die vor zwei Jahren beschlossene Errichtung eines Krematoriums  
soll jetzt seinen Fortgang nehmen. Gelegentlich der Beratung des  
Staats der Friedhofverwaltung wurde die Befristung ausgeprochen,  
daß, wenn Potsdam nicht bald mit dem Bau beginne, eine der  
Nachbargemeinden das Geschäft riskieren würde. Besonders Rowawes  
interessiert sich sehr für den Bau eines Krematoriums. Vom Ober-  
bürgermeister wurde die Erklärung abgegeben, daß der Bau des  
Krematoriums mit der Eingemeindung des betreffenden Grundstücks,  
wo es errichtet werden soll, verknüpft war, denn ein Bau vor der Ein-  
gemeindung hätte die Entschädigung beeinflusst. Die Eingemeindungs-  
verhandlungen sollen jetzt jedoch derart weit gediehen sein, daß dem  
Bau nichts mehr hindernd im Wege stehe.

Die Gemeindeabgaben bringen der Stadt Potsdam im Jahre 1914  
mehrmals eine Einnahme von 1 919 400 M. gegen 1 913 900 M.  
im Jahre vorher. An indirekten Abgaben sollen 166 500 M. ver-  
einbartet werden und zwar für Biersteuer 50 000 M. (gegen 49 000 M.  
im Vorjahre), für Grundsteuer 33 500 M. (gegen 35 000 M.), für  
Lohnsteuer 45 000 M. (gegen 40 000 M.), für Luftballonsteuer  
18 000 M. (gegen 17 404 M.), für Nachtigallsteuer wie im Vorjahre  
6 000 M., für Wertzuwachssteuer 19 000 M. (gegen 15 000 M.). An  
direkten Steuern sollen vereinnahmt werden 1 752 550 M. und  
zwar an Gemeindefiskussteuer (110 Proz.) 965 000 M., wie im  
vorigen Jahre, Abgabe der aktiven Militärpersonen 78 000 M. (gegen  
72 000 M.), Grundwertsteuer 539 000 M. (gegen 552 000 M.), Waren-  
handsteuer 34 650 M. (gegen 33 000 M.), Gewerbesteuer 107 000 M.,  
wie im Vorjahre, Betriebssteuer 8900 M. (gegen 8000 M.). An  
Strafen für Steuerhinterziehungen sind 350 M. gegen 400 M. im  
Vorjahre eingestellt.

## Gerihtszeitung.

### Städtische Gelder unterschlagen.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin III wurde  
gestern eine umfangreiche Anklage gegen den städtischen Steuer-  
erheber Hermann Bartisch und gegen den städtischen Gelderheber  
Hermann Langula wegen Amtunterschlagung bzw. Begünstigung  
verhandelt.

Bartisch, der am 1. April 1906 zum städtischen Steuererheber  
ernannt wurde, hatte bis zum 30. November 1912 die Steuern  
eingezogen und abgeliefert, ohne daß bei den Revisionen jemals  
Unregelmäßigkeiten entdeckt worden waren. An diesem Tage erschien  
eine Frau Verta Neues auf der Steuerkasse und erklärte, daß der  
Beamte, der sonst immer die Gas- und Wasserrechnungen bei ihr  
kassierte (der Angeklagte Langula) vor einer halben Stunde bei ihr  
gewesen sei und gebeten habe, ihm die Quittungen über die bezahlte  
Grund- und Einkommensteuer für Oktober bis Dezember 1912 aus-  
zuhändigen. Der Steuererheber Bartisch sei krank und aus diesem  
Grunde verlange die Steuerbehörde die Quittungen. Sie habe ihm  
darauf die Quittungen ausgehändigt, da ihr jedoch Zweifel an der  
Rechtmäßigkeit der Handlungsweise des Beamten aufgestiegen  
seien, so bringe sie die Sache zur Anzeige. Hierauf wollte der Vor-  
steher der Steuerkasse sofort nach der Wohnung des Bartisch den  
Stadtssekretär Neumann senden, um bei ihm eine außerordentliche  
Revision vorzunehmen. Als er hieron dem im Kassenlokal gerade  
anwesenden Bartisch Mitteilung machte, bot dieser dem Neumann  
um einen kurzen Ausschub, da er vorher noch den Arzt zu seiner  
kranken Frau holen wolle. Dieser Bitte wurde auch entsprochen.  
Bartisch soll sich aber nicht nach Hause, sondern direkt zu Langula  
begeben haben und ihn gebeten haben, ihm zur Deckung eines  
Fehlbeitrages Geld vorzustrecken. Da Langula ihm aber das Geld  
nicht geben konnte, soll er seinem Kollegen dadurch geholfen haben,  
daß er von einigen größeren Steuerzahlern die Quittungen wieder  
abholte und sie dem Bartisch vorübergehend zur Verfügung stellte,  
um so die Unterschlagungen zu verdecken. Als dann an demselben  
Tage die Revision bei Bartisch stattfand, legte dieser 13 Quittungen  
im Gesamtbetrag von 4490 M. vor, die in Wirklichkeit bereits  
bezahlt waren, ferner gab er zu, Steuern in Höhe von 2501 M.  
eingezogen, aber an die Kasse nicht abgeliefert und auch nicht ge-  
bucht zu haben. Der Angeklagte Bartisch gelang vor Gericht zu,  
fast 7000 M. Steuern nicht abgeliefert zu haben, er will diese  
Summe dem Langula gegeben haben. Ueber diese Behauptung,  
die Langula mit aller Entschiedenheit bestritt, kam es in der bis  
zum Abend währenden Verhandlung zu lebhaften Auseinander-  
setzungen zwischen den Angeklagten und den Zeugen. — Auf Grund  
der Ergebnisse der Beweisaufnahme sprachen die Geschworenen den  
Angeklagten Bartisch der Amtunterschlagung, der unrichtigen Buch-  
führung und der Vorlegung unrichtiger Beläge schuldig, bewilligten  
ihm aber mildernde Umstände. Langula wurde der Begünstigung  
für nichtschuldig befunden und deshalb vom Gericht freigesprochen.  
Das Urteil gegen Bartisch lautete auf ein Jahr Gefängnis.

## Spiel und Sport.

### Radsfahrer.

#### Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Mitgliedschaft Verku.

Sonntag, den 8. März. Alle Touren fallen des Brauen-  
tages wegen aus. Die Bundesgenossen werden um rege Betei-  
lung ersucht; alle Extra-Starts sind zu vermeiden.  
Arbeiter-Radsfahrerbund Groß-Berlin. Sonntag, den 8. März,  
vormittags 8 Uhr, nach Reinickendorf (Bastelberg, 8 km). Anfahrtsort  
Frankfurter Allee; n a m 1 Uhr nach Schneide (Bastelberg), Anfahrts-  
ort Bahnhof Treptow.

#### Märkische Spielvereinigung. Bez. Groß-Berlin. Nord-Südspiel.

Am kommenden Sonntag finden in Weichen, Rennbahnstraße 40, zwei  
Propagandaspiele des Bezirks Groß-Berlin der Märkischen Spielvereinigung  
statt. Es treten sich zwei kombinierte Männermannschaften der Nord-  
und Südbezirkse gegenüber. Kommt im Vorjahre die Nordmannschaft mit 4:2  
gegenüber, so ist der Ausgang des diesjährigen Spieles ungewiß, da das  
Spielturnier der Süd- und Nordbezirke sich bedeutend verbessert hat.

Diesem Spiel geht um 2 1/2 Uhr ein Spiel zweier kombinierten Altkam-  
mannschaften voraus. In diesem Spiel wirken nur Spieler im Alter von  
über 30 Jahren mit. Es wird zeigen, daß das Fußballspiel nicht nur ein  
Spiel der Jugend ist, sondern auch älteren Personen Gelegenheit bietet, die  
Benehlichkeit und Gesundheit dem Körper zu erhalten.  
Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf.

Die Freie Sportvereinigung veranstaltet am 5. April, nachmittags,  
in Rohannisthal einen Volkslauf. Die Strecke ist 2 1/2 km lang und wird  
von Jugendmitgliedern einmal und von Männermitgliedern zweimal durch-  
laufen. Das Laufen ist in Einzel- und Mannschaftsläufen eingeteilt, und  
erhalten um recht zahlreiche Meldungen aller Arbeiter-, und Sport-  
vereine bis zum 28. März. Auskunft erteilt Walter Dewell, SO 33,  
Lübener Str. 12 III, Freie Sportvereinigung, Berlin.

#### Sportartikel für Ober- und Nieder-Schönweide. Sonnabend,

den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Wäldchenhof: Kishildervortrag des  
Genossen Koppitz (Leipzig (Arbeiter-Schutzbund) über „Einwirkungen  
des Sports auf die Entwicklung des menschlichen Körpers“. Eintrittsgeld  
10 Pf. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein.

### Wanderer.

Deutscher Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“. Orts-  
gruppe Berlin. Am Sonntag, den 8. März, findet des Brauen-  
tages wegen nur eine Kindertour statt nach Rhenid und Ebnick.  
Abfahrt Bahnhof Wedding (Eingang Reiterhofplatz) 1/2 Uhr. Schließlicher  
Bahnhof (Ebnick und Rhenid) 8 1/2 Uhr vormittags. — Orts-  
gruppe Neutölln. Am Sonntag, den 8. März, findet bei Bartisch,  
Hermannstr. 49, ein großer Nihilabend statt. Näheres siehe Inserat  
am Sonntag.

Arbeiter-Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin.  
(Mitgl. d. Grenz-Stamm. für Sport u. Körperpflege). Sonntag, den 8. März,  
Wanderungen: 1. Ludwigsfelde, Glauer Berge, Trebbin. Abfahrt nach  
Ludwigsfelde Anhalter Bf. 6.15 Uhr. — 2. Strassberg, der Bumental,  
Tiefensee. Abfahrt nach Strassberg S-Bf. 6.23 Uhr. — Rückweg,



**Kar 21. März** im Berliner Klubhaus, Ohmstr. 2: „Oberbayerische Ktmes“. Näheres die Annoncen. Gäste stets willkommen.

**Arbeiter-Wanderverein „Berlin“.** (Verein zur Förderung des Wanderposters unter den organisierten Parteigenossen und Genossen Grob-Berlins.) Anlässlich der roten Woche fällt die Tour am 8. März Grob-Berlin-Rossen und die Tour am 15. März Diejenthal-Rußland-Biejenthal aus.

**Schwimmer.**

**Arbeiter-Schwimmerbund, Kreis I.** Die nächsten Kreiswettbewerbskämpfe in dieser Serie sind:  
Am 12. März in der Badeanstalt, Charlottenburg, Krummelstraße: Charlottenburg gegen Berlin I.  
Am 18. März in der Badeanstalt, Berlin, Gerichtstraße: Neudün gegen Berlin II.

Das Kreiswettbewerbskämpfe, welches am Montag, den 2. d. Mts., in der Oberberger Straße statt fand und Charlottenburg gegen Weihensee spielte, war Weihensee 2:1 Tor, bei Halbzeit 1:1 Tor.

Die Freien Schwimmer Charlottenburgs hatten am Sonntag, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, in der Rübischen Volksbadeanstalt, Krummelstraße 10, ihr diesjähriges Schwimmfest ab. Aus diesem Anlaß ist ein Wasserballspiel zwischen Radeburg und Charlottenburg, sowie ein Vortrag von der Rettungswache des Arbeiter-Schwimmerbundes mit praktischen Vorfahrungen arrangiert. Eintritt inkl. Tanz 50 Pf.

**Schwimmerverein „Vorwärts“ Berlin 1897.** Abteilung Schilfingstraße. Sonntag, 8. März, nachm. 3 Uhr: Jugenderammlung im Lokal von Janide, Gubener Str. 5. — Abteilung Lurmitzstraße. Sonntag, 8. März: Wanderpartie durch das Havelgebiet. Treffpunkt 7 1/2 Uhr früh am Bahnhof Bellevue. Gäste willkommen.

**Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg.**

Verabredungen haben in dieser Woche (Beginn 8 1/2 Uhr):  
Berlin. 1. Abt. Montag, den 9. März, Kommandantenstr. 92, Tunnel.  
Berlin. 2. Abt. Montag, den 9. März, Eolmenländer Str. 42, Gesellschaftshaus.

Schöneberg. Donnerstag, den 12. März, Vorbergstr. 9 bei Händel.  
Lichtenberg. Donnerstag, den 12. März, Schrammbergstr. 60 bei Widenhagen.

Romane. Dienstag, den 10. März, in der Fortbildungsschule.  
Ober-Schöneberg. Montag, den 9. März, Siemensstr. 12 bei Schulz.

Röpenitz. Dienstag, den 10. März, Schönerlinder Straße 5 bei Stippelholz.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 12. März, Friedrichstraße 60, 2. Hof.  
Hil.-Glienicke. Dienstag, den 10. März, Köpenicker Straße 45 bei Bahf.

**Aus aller Welt.**

**Das Jahrhundert-Freudenfeuer.**

Ein spähiges Mißgeschick ist der Verwaltung der Rede Ludwig in Kellinghausen passiert. Sie hatte — wie andere Reden auch — zur Jahreshochzeit der Leipziger Völkerschlacht am 18. Oktober auf der Schlachthalle ein Freudenfeuer angezündet. Das sollte die patriotische Begeisterung der Zechenherren mit hellem Schein beleuchten. Der Verwaltung mochte wohl von Kriegervereinsfesten und gelben Stichtagsfesten her bekannt sein, daß es gut ist, wenn man dem Feuer kräftige und angemessene Nahrung zuführt. Ein Faß Leer — kein Schnaps — tat denn auch gute Dienste. Es qualmte und stank zwar zum Gott-erbarmen, aber es brannte auch und der Wind konnte das Feuer nicht auspusten. Am 19. Oktober hätte nun das Freudenfeuer laut Programm verlöschen sollen. Das fiel dem aber gar nicht ein, es brannte lustig weiter. Der Oktober ging zu Ende, der November und Dezember — oben auf der Halde brannte es noch

immer. Das brennende dünnflüssige Leer war tief in den Schloßenhäufen eingedrungen und hatte die dazwischen befindlichen Kohlenreste entzündet. Hatten doch anfänglich die Zechenherren über diese Ausdauer ihres Freudenfeuers noch gelacht so wurde ihnen jetzt vor soviel Gestank und Schwefeldampf übel. 50 Arbeiter sollten nun mit Hacken und Schaufeln der Begeisterung ein Ziel setzen, aber trotz langer Bemühungen gelang es nicht; das Feuer brannte, als wenn es die nächste Jahrhundertfeier noch erleben wollte. Nun wurde das aus dem Schacht gepumpte Grubenwasser auf die brennende Halde geleitet. Tag und Nacht strömten die Wassermassen — einige Kubikmeter in jeder Minute — auf den Brandherd und wurden am Fuße der mächtigen Halde in einen besonders errichteten Kanal abgeleitet. Jetzt soll, wie ein Essener Blatt meldet, endlich ein Erfolg der langwierigen und kostspieligen Löscharbeit zu sehen sein.

**15 Soldaten von einer Lawine verschüttet.**

Einen folgenschweren Lawinsturz meldet der Telegraph aus den Tiroler Alpen. Bei Gomagoi im Ortlergebiet ging am Mittwochabend eine Lawine zu Tal, als gerade eine zwanzig Mann starke Abteilung des Landesjägerregiments die Unglücksstätte passierte. Ein Offizier und vier Soldaten konnten sich retten, während die übrigen fünfzehn, darunter zwei Offiziere und zwei Fähnriche, unter den Lawinen begraben wurden.

Von den Militärstationenkommandos in Meran, Schlanders und Bozen sind Rettungsexpeditionen abgegangen, die mit den Bergungsarbeiten bereits begonnen haben. Es besteht jedoch wenig Hoffnung, die Verschütteten lebend zu retten.

**Ein spanisches Kulturbild.**

Vor einigen Tagen verschwand auf geheimnisvolle Weise aus dem Dorfe Martinete in der Provinz Malaga ein Knabe Manuel Sanchez. Er war erst acht Jahre alt. Die besorgten Eltern wendeten sich an die Behörden und ein Gendarmerieoffizier begab sich auf die Suche nach dem Knaben. Seine Nachforschungen hatten einen traurigen Erfolg. Sie führten zur Entdeckung eines Verbrechens, ähnlich dem, welches vor Jahren zu Gador in der Provinz Almeria verübt worden war, wo man ein Kind schlachtete, um dessen Blut als Heilmittel gegen die Tuberkulose zu verwenden.

Einer der Mörder des kleinen Manuel, ein gewisser Jose Gonzalez Lobos wurde verhaftet und gestand, daß ein Lumpensammler namens El Morena den Knaben an sich gelockt habe. Nachdem er ihn einige Tage eingesperrt gehalten habe, sei eine unbekannte Persönlichkeit zu dem Lumpensammler gekommen und habe ihm eine größere Summe Geldes ausgehändigt. Nach dem Weggange des Unbekannten schlug der Lumpensammler dem Gonzalez vor, ihm zu helfen, dem Kinde das Blut abzugapfen. Die beiden Mörder legten hierauf den Knaben auf einen Tisch und während Morena dem Kinde den Kopf abschnitt, hielt Gonzalez dem armen Opfer die Veine fest. Das Blut wurde in einem Kops aufgefassen, welchen der Unbekannte abholte.

Malaga ist eine der Provinzen, in denen die Kirche noch absolut die Geister beherrscht und wo infolgedessen noch der schlimmste Aberglaube regiert.

**Meine Notizen.**

Ein 76jähriger Mörder. Als der 76jährige Invalide Billers in einem Restaurant in Düsseldorf zur Bezahlung seiner Jechte von 8 Mark aufgefordert wurde, verletzete er dem kleiner plötzlich einen Stich in die Lunge, der den sofortigen Tod des Mannes herbeiführte. Der Mörder bedrohte auch andere Gäste, und nur mit Mühe gelang es, ihn zu überwältigen und der Polizei zu übergeben.

Neun Fischer ertrunken. Ein schweres Unglück hat sich am Donnerstag im Hafen der französischen Küstenstadt Arrachon zugegetragen. Ein mit neun Mann besetztes Fischerboot kenterte, wobei alle Insassen ertranken.

Zu Kethertrausch gefahren. In einem Hotel in Saciers (Frankreich) wurde in der vergangenen Nacht die Leiche des Infanterieleitnants Mailhot aufgefunden. Es wurde festgestellt, daß er sich in Gesellschaft zweier Halbweidamen mit Kether berauscht und eine zu starke Dosis zu sich genommen hat.

Von der Fördererschale zerschmettert. Das Versehen eines Oberingenieurs hat zwei auf der Nordgrube in Polnisch-Ditrau beschäftigten Tagelöhnern das Leben gekostet. In einem Schacht der Nordgrube waren die Tagelöhner Biliczek und Sorecki unterhalb der Fördererschale beschäftigt. Durch ein Versehen des die Aufsicht führenden Oberingenieurs blieb die in diesen Schacht führende Fördererschale jedoch in Betrieb und zerschmetterte bei der Niederkahrt die unten beschäftigten Arbeiter.

Schwerer Betriebsunfall. In der westfälischen Ortschaft Fernsdorf schlug die Lokomotive einer Transportbahn um. Dabei brach ein Rohr der Maschine sowie der Heizer wurden durch den ausströmenden Dampf furchtbar verbrüht, da sie sich aus den Trümmern nicht befreien konnten. Der Maschinist ist seinen Verletzungen bereits erlegen, der Heizer liegt im Sterben.

**Eingegangene Druckschriften.**

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die rote Woche. — Die Pulloff-Krise und das russisch-französische Bündnis. Von R. Vanlowitsch. — Eine Oekonomik ohne Wert. Von R. Bucharin (Schluß). — Das Wettbewerbsverbot im Handelsgewerbe nach den Beschläffen der Reichstagskommission. Von G. H. H. — Form und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Von Emil Klotz. — Das Anoproblem und unsere politischen Gegner. Von Dr. S. Drucker. — Literarische Rundschau: Professor H. Bialko, Geburtsrückgang und Geschlechtskrankheiten. Von C. L.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitenden, ist uns soeben Nr. 12 des 24. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Unter Tag, unsere Woche. — Genossin Luxemburg verurteilt. — Auch Hochland wird einen Frauentag haben. Von Alexandra Kollontaj. — Vom Frauenstimmrecht in Schweden. Von Anna Lindhagen. — Luise Alton. Von Anna Bloß. — Um die Mitarbeit der Frauen in der Berliner Arbeiterkammer. Von M. W. — Frauenforderungen im Reichstagsparlament. Von M. K. — Für das Frauenwahlrecht. Rede des Abgeordneten Genossen Dr. Cohn. (Schluß). — Frauentag. Eine Erinnerung. Von M. H.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Porto 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 1,60 M.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 6. Nummer des 21. Jahrgangs, 16 Seiten stark, erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

**Die Qualität gibt den Ausschlag!**



**MAGGI** Suppen enthalten die natürlichen Bestandteile hausgemachter Suppen und schmecken, lediglich mit Wasser gekocht, ebensogut wie diese. Man verlange stets ausdrücklich **MAGGI** Suppen und achte auf die Schutzmarke „Kreuzstern“

„MAGGI's gute, sparsame Küche“

**Spezialarzt**

**Dr. med. Wockensuß,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)  
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —  
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).  
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere,  
schmerzlose Heilung ohne Berufs-  
störung. Mäßige Preise.  
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11

**Gewerkschafts haus**

in Breslau zu verkaufen.  
Besichtige mein Restaurations-  
und Sanitätsgeschäft trankeithalber zu  
verkaufen. Rekl. wollen sich mit  
mir in Verbindung setzen. 11525\*  
Trebensch, Breslau,  
Schneke 67.

**Metallbetten,**

Holzrahmenmatratzen, Kinderbetten  
billigt an Private. Katalog frei.  
Eisenmöbelfabrik, Suhl, Thür.

**Knabenanzüge**

Falsett, Byjads, einzeln, Dosen  
am preiswertesten  
direkt in der Fabrik  
Bertha Pröstel  
50 Andreasstr. 50, I. Etage.  
Kein Laden.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16,  
Engel-Ufer 5.  
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren — Zigaretten — Rauchtabelle.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen,  
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

**F. J. Burrus St. Kreuz**

Größte deutsche Rauchtabellefabrikation.  
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabelle.  
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

*Vergessen Sie nichts!*

am 7. März  
eröffnen wir unsere ganz  
bedeutend erweiterten Räume  
Chausseestrasse 113  
beim Stettiner Bahnhof



Verkauf nur im Fabrikgebäude!

**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie  
direkt in der Möbelfabrik  
**H. Walter Inh.: Willi Maaß,** Brunnenstr. 35  
kein Laden  
Tel.: Norden 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene  
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

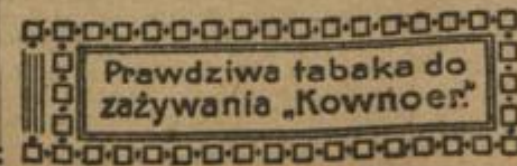
Angst vor Husten, Heiserkeit,  
Katarh brauchen Sie  
nicht zu haben da Ihnen:  
**Wybert-Tabletten**  
Schutz bieten Vorrätig  
in allen Apotheken und  
Drogerien. Preis der  
Originalschachtel M 1

**Schnupfer!** achtet auf  
dieses  
Etikett



**J. Goldfarb Preuss. Standard**  
gegründet 1839.

Tabac russe à priser, goût de Kowno.





# Die Kuanda-Bahn.

## II. Der Zweck der Bahn.

Nach der eigenen Darstellung der Denkschrift soll demnach durch die neue ostafrikanische Bahn weder der deutschen Industrie ein neues Absatzgebiet erschlossen, noch neuer fruchtbarer Boden für Pflanzler und Ansiedler gewonnen werden. Sicherlich rechnet man im Gouvernement in Darüsselam auch darauf, daß die heute ganz minimale Einfuhr deutscher Industriewaren in das Zwischenseegebiet nach und nach zunehmen wird, aber sowohl der jetzige Gouverneur Dr. S. Schnee wie auch der deutsche Resident Kuandas, Dr. R. Kandt, sind viel zu gute Kenner der Land- und Bevölkerungsverhältnisse jenes Hochgebietes, als daß sie sich einreden könnten, die Einfuhr deutscher Waren werde alsbald nach der Fertigstellung der Bahn einen großen Aufschwung nehmen.

Die „kulturelle Erschließung“ dieser Landschaften besteht nach ihrer Ansicht einfach darin: den deutschen Unternehmern durch die Bahn Gelegenheit zu bieten, in Kuanda und Urundi Viehwerterbetriebe zu errichten und durch Herstellung von Dörrfleisch, Fleischextrakten, Pöfelungen und dergleichen schöne Gewinne zu erzielen. Von der Ausfuhr lebenden Viehs nach dem ostafrikanischen Küstengebiet oder nach außerafrikanischen Gegenden ist nirgends die Rede, nur von einer Ausfuhr von Häuten, Fellen, Hufen, Hörnern usw. Einige Zeitungen haben zwar von einer Viehsausfuhr gesprochen, aber das sind Illusionen, für die das Gouvernement in Darüsselam nicht verantwortlich ist. Man weiß dort recht wohl, daß die Fracht auf der ungefähr 177 Meilen langen Bahnstrecke (mehr als doppelt so lang, wie die Strecke von Berlin über Hof nach München) sich viel zu hoch stellen würde, und man weiß auch, daß die Bahn durch Gegenden führt, die ganz besonders von der Tsetsefliege und Rinderpest heimgesucht werden, während Kuanda und Urundi als tsetse- und seuchenfrei gelten können. Zudem aber würde auch den Weißen, Indern und Arabern des Küstengebietes das Fleisch der Kuandarinder, die zur langhörnigen Sengarasse gehören (zur Gattung der ostafrikanischen Buckelrinder), kaum munden.

Ferner handelt es sich darum, wie schon erwähnt wurde, den beträchtlichen Handel mit Häuten und Fellen in sogenannte „nationale“ Bahnen zu leiten, das heißt, ihm durch die Schaffung billiger Transportmittel den Händen der Engländer, Indier, Araber zu entwinden und ihn in die Hände deutscher Händler zu spielen.

Diesen Plan, den Handel des Zwischenseegebietes mit Uganda durch eine deutsche Konkurrenzbahn nach deutsch-ostafrikanischen Hafenplätzen zu dirigieren, gehört zu den alten Lieblingsideen des Gouverneurs Schnee. Schon 1908, als er noch nicht Gouverneur von Ostafrika war, schrieb er in seinem Buch „Unsere Kolonien“, Seite 63:

„Die viehreichen Länder mit gutem Weideland und wachsender Bevölkerung im Innern, sind von der Küste durch eine von Viehkrankheiten, vor allem der Tsetsekrankheit und dem Rastentieber, durchsetzte Zone abgeschnitten, durch welche das Vieh nicht hindurchgetrieben werden kann. Der Handel mit Häuten und Fellen andererseits ist von dem Vorhandensein billiger Transportmittel abhängig. Eine Verwertung dieses Viehreichthums ist also nur bei Schaffung von Eisenbahnen möglich. In den Bezirken am Viktoriassee hat sich gezeigt, wie außerordentlich fruchtbar die Uganda-Eisenbahn auch auf die Ausfuhr der Erzeugnisse der Viehzucht gewirkt hat. Für nicht weniger als 1 1/2 Millionen Mark Häute und Felle sind 1908 über die Stationen am Viktoriassee ausgeführt worden, daneben für 97 000 M. Butter, Milch usw.“

Das dritte Motiv des Bahnbaues ist die Hoffnung, daß sich aus den dichtbevölkerten und im Verhältnis zu anderen deutsch-ostafrikanischen Gebieten recht wohlhabenden, aber heute noch steuerfreien Landschaften Kuanda und Urundi recht ansehnliche Steuerbeträge herausziehen ließen, die der Finanzlage der Kolonien sehr wohlthun würden. Wie wir sahen, gedenkt die Regierung zunächst nur 2 900 000 M. herauszuholen und sich zunächst in Kuanda und Urundi mit einer Kopfsteuer von 3 Rupien zu begnügen, die ja später, wenn die deutsche Herrschaft erst besser fundiert ist, auf 5 und 6 Rupien erhöht werden kann. Die Einnahme aus der Kopf-, Häuser- und Hüttensteuer in dem ganzen ostafrikanischen Schutzgebiet betrug in den letzten Jahren ungefähr 5 Millionen M. (im Etat für 1913 ist sie mit 4,48, im Etat für 1914 mit 5,13 Millionen M. veranschlagt); eine Mehreinnahme von beinahe 3 Millionen M. bedeutet also eine Steigerung von 60 Proz.

So sieht nach der eigenen Darstellung der Regierung die „kulturelle“ Erschließung des Nordwestgebietes aus! Dah unter solchen Umständen unsere bürgerlichen Kolonialimperialisten für einen neuen Bahnbau eingekommen sind, finde ich ganz begreiflich; ihnen bietet sich die Aussicht auf vorteilhafte neue Kapitalanlagen und überdies wissen sie, daß dieser Bahnbau andere Bauten nach sich ziehen wird. Ganz unbegreiflich ist mir aber, wie einige Mitglieder unserer Reichstagsfraktion in der Bahn eine große Kulturtat sehen und von einer „Wandlung“ in der Kolonialpolitik träumen können. Ich gestehe offen, daß ich bisher nicht gewußt habe, die Schaffung günstiger Gelegenheiten zu profitabler Kapitalanlage oder die Ueberleitung überseeischer Handelsgeschäfte aus „internationalen“ in sogenannte „nationale“ Hände oder die Belastung der Eingeborenen der deutschen Schutzgebiete mit hohen Steuern gehöre auch zu den Kulturaufgaben der deutschen Sozialdemokratie!

Auch ist nicht recht verständlich, welchen Nutzen speziell die deutsche Arbeiterklasse von dem Bahnbau haben soll. Den einzigen Nutzen finde ich darin, daß der größte Teil der zum Eisenbahnbau nötigen Materialien aus Deutschland bezogen und dadurch in einzelnen einheimischen Industriezweigen vielleicht die Arbeitsgelegenheit vermehrt wird. Dafür aber werden andererseits dem einheimischen Kapitalmarkt weitere Kapitalien entzogen und nach fremden Märkten exportiert. Vor allem aber geraten wir um eine ansehnliche weitere Wegstrecke in die kapitalistische Kolonialpolitik herein, die recht bald weitere Bewilligungen nach sich ziehen wird.

Selbst wenn wir also annehmen, der Bahnbau solle nur den von der Regierung angegebenen Zwecken dienen, liegt

für unsere Reichstagsfraktion nicht der geringste Anlaß vor, der Forderung zuzustimmen.

Aber die obigen Zwecke sind nicht die einzigen; es gibt noch andere!

Wenn es sich tatsächlich nur um Handel und Viehwerterung handelt, warum soll dieser Handel über eine Bahn geleitet werden, deren Weg bis zur Küste über 1300 Kilometer lang ist, eine Bahn, die ferner größtenteils durch öde, verseuchte Buschsteppen führt, in denen vielfach nur 3 bis 4 Menschen auf den Quadratkilometer leben? Warum eine Bahn, die den Viktoriassee mit seinem beträchtlichen, sich stetig entwickelnden Handel (1912 betrug der Gesamthandel über die deutschen Binnenzollstellen des Viktoriagebietes bereits zirka 11 1/2 Millionen Mark) nicht berührt und die weder ins Innere Urundis noch Kuandas führt?

Von den Kennern der inneren Verhältnisse Deutsch-Ostafrikas, einem großen Teil der Beamten, Kaufleute, Pflanzler, Missionare wird denn auch eine andere Route verlangt. Der größere Teil wünscht, daß die Nordbahn über Moschi und Kruscha hinaus durch die Serengitisteppe nach dem Speke-Golf am Ostufer des Viktoriassees oder nach Muransa geleitet und von dort aus ein regelmäßiger Fährdienst nach Rimoani und Bukoba am Westufer eingerichtet wird. Im Anschluß daran soll später von einem dieser Hafenplätze aus eine Anschlussbahn in das Innere Kuandas, wenn möglich nach Kigali, gebaut werden. Da dieses Terrain nicht so gut für den Bahnbau geeignet ist, würden sich zwar die Baukosten für die Strecke bis zum Speke-Golf beträchtlich erhöhen (Sachverständige haben die Baukosten auf 80 bis 90 Millionen Mark veranschlagt), aber sie schafft dem Handel auf dem Viktoriassee (dieser See ist 130mal so groß als der Bodensee) eine günstige, nur ungefähr 108 Meilen lange Bahnverbindung mit der Küste, führt durch die fruchtbarsten, teilweise auch für die deutschen Ansiedler geeigneten Gebiete der ganzen Kolonie und vermag überdies recht wohl die Konkurrenz mit der englischen Ugandabahn aufzunehmen.

Von anderer Seite wird gewünscht, daß die neue Bahn zwar von Tabora ausgeht, dann aber dem westlichen Lauf des Sambesflusses folgt oder aber im Rahamagebiet nach Westen abbiegt, den Unterlauf des Rumun und des Manjarusflusses schneidet und dann nach Kigali oder an das Ostufer des Kuussees führt. Auch diese Bahn würde viel mehr kosten als die von der Regierung vorgeschlagene Route, wohl das Doppelte, aber sie würde mitten durch die völk- und wiesereichsten Teile Urundis und Kuandas führen, nicht nur, wie die geplante Regierungsbahn, die Grenzen streifen.

Warum aber hat die Kolonialregierung in Darüsselam die von ihr vorgeschlagene Route gewählt? Ist sie so schlecht über die Landesverhältnisse unterrichtet oder will sie um jeden Preis sparen? Keins von beiden. Die Bahn hat noch einen anderen Zweck, nämlich einen strategischen. Ich mache sicherlich keinen Anspruch darauf, strategische Kenntnisse zu besitzen; aber wer sich auch nur oberflächlich die Bodenverhältnisse und die Truppenstandorte im Zwischenseegebiet anseht, der weiß sofort, weshalb man in Darüsselam gerade diese Bahnroute wünscht. In der Militärstation Boluba sieht die 7. Kompanie der Schutztruppe, in Kiffenge am Kuussee die 11. Kompanie, in Uhumura am Nordende des Tanganjikassee die 9. Kompanie, etwas südlich am Ostufer bei Uhidji die 6. Kompanie, mehr nordwärts ins Innere hinein, an der Südgrenze Urundis, liegt der Militärposten Koffulo und ferner im südlichen Krugwegebiet, nahe dem Viktoriassee, der Militärposten Ufumu. Wird jetzt die Eisenbahn bis zum Lagerort geführt und dort ebenfalls eine Militärstation angelegt, so ist das ganze Gebiet eingekreist. Wehe dann der Bevölkerung, den Wanjuru und Warundi, falls sie sich gelüsten lassen sollten, sich gegen die deutsche Herrschaft zu empören. Sie sind eingeklemt. In wenigen Tagen könnte die Schutztruppe gegen sie ein fürchtbares Kesseltreiben beginnen. Zudem lassen sich in zwei Tagen mit der Bahn weitere Truppen aus Tabora und Kilimatinde heranziehen, in drei Tagen auch aus dem Regierungssitz Darüsselam.

Das ist das in der Denkschrift nicht ausgesprochene, aber ganz deutlich erkennbare Motiv, weshalb die Kolonialregierung die geplante Route gewählt hat.

Was aber folgt daraus?

Meines Erachtens, daß die Regierung plant, die bisher sich nach ihren eigenen Gesetzen selbst regierenden steuerfreien Bewohner Kuandas und Urundis ebenso unter deutsche Verwaltung zu bringen wie die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas; man fürchtet aber allem Anschein nach — und nicht ganz mit Unrecht —, daß die Bevölkerung, vornehmlich die herrschende Schicht der Watussi, gegen die deutsche Herrschaft und den neuen Steuerdruck revoltieren könnte — und so trifft man die Vorbereitungen, die man zur Abwehr für nötig hält.

Bestätigt wird diese Ansicht dadurch, daß Kolonialstaatssekretär Dr. Solf am 3. d. M. offen in der Budgetkommission des Reichstags erklärt hat, wenn die Kuandabahn jetzt nicht angenommen würde, so würde die Kolonialregierung sich genötigt sehen, eine weitere militärische Sicherung im Zwischenseegebiet zu schaffen und dort neue Militärstationen zu errichten. Warum? Genügt die bisherige Sicherung nicht, zeigt sich irgendwo die Lust zur Empörung? Davon kann keine Rede sein. Aber man fürchtet eben, daß durch die geplanten Regierungsmaßnahmen die Wanjuru und Warundi zur Empörung getrieben werden.

Genosse Ledebour hat die geplante Bahn eine „Unterjochungsbahn“ genannt. Meiner Ansicht nach mit Recht. Nicht daß die Kolonialregierung ein Blutbad plant. Ihr ist es sicherlich am liebsten, wenn alles in Ruhe abläuft. Wenn sich aber ihr Ziel auf sogenanntem „friedlichem Wege“ nicht erreichen läßt, dann kann innerhalb einiger Tage das blutige Kesseltreiben beginnen.

Daneben liefert auch die Bevölkerung Kuandas und Urundis ein sehr brauchbares Menschenmaterial für die Arbeit auf den Plantagen. Mit Recht heißt es in der dem Etat angefügten Denkschrift Seite 83:

Die Einwohner Kuandas und Urundis, die unter dem Namen Wanjuru und Warundi zusammengefaßt werden, sind im allgemeinen sittenstreng, sie haben zahlreiche und gesunde Kinder. Die Bevölkerungsziffer steigt stark, im Gegensatz zu vielen anderen Stämmen Deutsch-Ostafrikas; darin liegt vor allem die Kraft und die Zukunft der Wanjuru und Warundi.

Und ferner Seite 84:

Für Arbeiten im Lande sind zurzeit überall Arbeiter zu haben. Die Eingeborenen arbeiten, was in gewisser Weise für ihre Intelligenz spricht, am liebsten im Akkord. Bei der starken Bevölkerungszahl werden die Arbeiterverhältnisse voraussichtlich auch fernerhin günstig bleiben. Dagegen werden sich die Leute allem Anschein nach für andere Bezirke vorläufig nicht anwerben lassen. Die Abneigung gegen das Verlassen ihrer Heimat hat ihre verständliche Ursache in der Erfahrung, daß die Leute in den Niederungen erkranken.

Ganz richtig. Die Denkschrift hätte nur noch gleich hinzufügen sollen: die Arbeitslöhne sind auch ungeheuer niedrig. In Nord-Kuanda beträgt nämlich der Arbeitslohn für Tagelöhner und Träger ungefähr 10 bis 12 Heller pro Tag ohne Verpflegung, also 14 bis 16 Pf. In Urundi steht der Tageslohn noch niedriger. Zwar an der Küste des Tanganjikassee, z. B. in Uhumura, muß man schon 15 bis 20, auch 25 Heller pro Tag geben; im Innern kriegt man aber Arbeiter für 5 bis 10 Heller. Das ist weit weniger als in den eigentlichen Pflanzungsgebieten, z. B. im Bezirk Tanga, Wilhelmsdal, Bangani oder Darüsselam gezahlt werden muß. Dort steht jetzt der Tageslohn für einheimische Arbeiter durchschnittlich auf 35 bis 45 Heller (45 bis 60 Pf.) pro Tag.

Wenn die Bahn zum Transport der Arbeiter benützt werden kann, wird also die Anwerbung von schwarzen Plantagenarbeitern in Urundi und Kuanda höchst profitabel. Zwar haben wir vorhin gehört, daß die Arbeiter jener Bergländer das Klima in den Niederungen nicht vertragen. Das stimmt; aber auch die Vantuneger anderer Bezirke Deutsch-Ostafrikas vertragen das Klima und die ungewohnte Nahrung in den Pflanzungsdistrikten gar schlecht. Trotzdem dreht man sie als Arbeiter.

Zudem aber ist ja die Kolonialregierung dabei, ein Mittel anzuwenden, das die Bewohner Urundis und Kuandas geradezu zur Arbeitsuche und zum Verlassen ihrer Heimat zwingt, nämlich die Kopfsteuer von 3 Rupien. Mancher, der die Verhältnisse in Deutsch-Ostafrika nicht kennt, denkt, eine Steuer von 3 Rupien oder 4 M. sei doch nicht so schlimm. Er weiß nicht, daß in Kuanda und Urundi diese Steuer einem Lohn für 20 bis 30 Arbeitstage entspricht. Und woher soll der Eingeborene, besonders der untere Volksstiel, die Schicht der ärmeren Wabutu, diese Steuer nehmen? Abgesehen von dem Nordostufer des Tanganjikassee und einigen nördlichen Teilen Kuandas, wo durch den Handel mit Weizen, Arabern und Indern Geld in Umlauf gebracht worden ist, herrscht fast im ganzen Gebiet noch reine Naturalwirtschaft. Zwar finden in einigen Gegenden Märkte statt, wo die Bewohner der Seeufer und Flußtäler mit den Bergbewohnern ihre Erzeugnisse austauschen; aber der Austausch vollzieht sich direkt, Produkt gegen Produkt. In manchen Distrikten gibt es fast gar kein Geld oder nur die Watnole (Hauptlinge, Oberherren) haben einiges. Wie bringt also der Eingeborene die für ihn sehr beträchtliche Steuer von 3 Rupien auf? Er wird sicherlich zunächst versuchen, sich bei den fremden Händlern als Träger oder Arbeiter zu verdingen; aber die Zahl der Arbeiter, die sie gebrauchen, ist eine sehr beschränkte, selbst wenn sich infolge der Bahn der Handel beträchtlich erweitern sollte, es bleibt also dem Eingeborenen gar nichts anderes übrig, als sich anderswo anwerben zu lassen. Er muß, ob er will oder nicht.

Kolonialstaatssekretär Solf hat vor einigen Tagen in der Budgetkommission erklärt, daß die Regierung nicht beabsichtige, die Pflanzungsdistrikte mit Arbeitern aus Kuanda und Urundi zu versorgen. Nach einigen Zeitungsberichten soll er sogar gesagt haben, die Förderung der Anwerbung würde eine „Gewissenlosigkeit“ sein. Ganz meine Meinung, aber wird diese Gewissenlosigkeit nicht in manchen anderen Hochgebieten des Innern ruhig geduldet?

Trotzdem glaube ich dem Staatssekretär und dem Residenten in Kigali aufs Wort, daß sie die Anwerbung von Wanjuru und Warundi für die Pflanzungsdistrikte in keiner Weise unterstützen werden, weiß ich doch, daß mancher Leiter der Bezirksämter und Bezirksamtsstellen sehr froh wäre, wenn sein Bezirk von Anwerbern verschont bliebe. Wenn die Herren könnten, würden sie manchmal am liebsten den Anwerbern und ihren schwarzen Agenten eine Tracht Prügel verabreichen lassen. Aber die Frage lautet nicht: „Gedenkt die Regierung die Anwerbung zu fördern?“ Sondern: „Will sie Anwerbungen für andere Bezirke streng unterdrücken?“ Will sie ferner auch die sogenannten „freiwilligen“ Abwanderungen verhindern?

Das aber will sie, wie der Kolonialstaatssekretär offen erklärt hat, nicht. Und das kann sie auch nicht, wenn sie nicht einen Sturm der Pflanzler und Kaufleute in der Kolonie heraufbeschwören und auf die Eintreibung der Kopfsteuer verzichten will.

So wird denn auch die unausbleibliche Folge der neuen „kulturellen Erschließung“ sein, daß die Anwerber sich nach der Fertigstellung der Bahn Kuanda und Urundi als beste Rekrutierungsgebiete aussuchen werden; bis in die Landschaft Ufumu sind sie ja jetzt schon hinauf. Welche Kulturgenüsse dann den Eingeborenen erwarten, soll der nächste Artikel zeigen.

H. G.

## Reichstag.

228. Sitzung. Donnerstag, den 5. März 1914, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kraeffe.

Eingegangen ist die Novelle zur Gewerbeordnung, betreffend Schankkonzessionen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die

### zweite Beratung des Postetats.

Hg. Werner-Hersfeld (Antif.)

tritt für Aufbesserung der Postinspektoren und der Postagenten ein. Zu der von der Kommission gestrichenen Ostmarkenzulage liegen Anträge der Rechten und der Rationalliberalen vor auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Außerdem beantragen die Konservativen eine Resolution, die den Reichsanwalt ersucht, zu erwägen, ob diese Zulagen auch auf andere fremdsprachliche Gebiete des Reiches ausgedehnt werden können.



**Staatssekretär Kraetke:**

Die Verwaltung legt großen Wert auf die Osmarkenzulage. Es handelt sich um 6050 Beamte, denen die Zulage entzogen wurde, das sind 10 Proz. ihres Einkommens, das sie jahrelang bezogen haben. Die Erhöhung der Gehälter steht nicht im Verhältnis zu der entgangenen Zulage. Man fürchtet von der Zulage eine Korruption der Beamten. Aber sie hat doch jahrelang bestanden, und Klagen über die Beamten konnten doch auch von den Herren von der polnischen Fraktion nicht erhoben werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na! na!) Die Beamten, die diese Zulage jahrelang bezogen haben, haben sich doch in ihrer ganzen Lebenshaltung darauf eingerichtet. Die Zulage hat keinen politischen Charakter, sie soll lediglich die Beamten den preussischen Beamten gleichstellen. Ich bitte dringend, den Beamten die Zulage wieder zu gewähren. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Schlee (natl.):**

Die Zulage hat weder einen antipolnischen, noch überhaupt einen politischen Charakter. Einen antipolnischen hat sie ganz sicher nicht; wir sind so kulturell und pädagogisch, daß wir lieber Unrecht leiden (Heiterkeit), als daß wir eine antipolnische Maßregel beschließen sollten. Denn wir Deutsche haben es dringend nötig uns zusammenzuschließen. Alle anderen Beamten in den Ostmarken haben die Zulage, nur die Postbeamten nicht. Korumpierend kann die Zulage nicht wirken, dazu ist sie wirklich nicht reichlich genug bemessen. Die Behauptung der korumpierenden Wirkung der Zulage ist eine ganz beweislose Behauptung. Die preussischen Beamten tun ihre Pflicht, auch gegen staatsfeindliche oder angeblich staatsfeindliche Bestrebungen, ohne daß ihnen Zulagen gegeben wären. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Kooske (Soz.):**

Es ist absolut unrichtig, daß es sich bei der Zulage um eine wirtschaftliche Frage handelt, es handelt sich vielmehr um eine politische Frage. Daß wir eine Verringerung der Beamten wünschen, zeigen unsere Anträge, die aber gerade bei der Regierung und den Parteien auf Widerstand gestoßen sind, die bei der Ostmarkenzulage ihr warmes Herz für die Postbeamten entdecken. Deshalb glauben wir nicht, daß der Staatssekretär aus Mitleid mit den Unterbeamten für diese Zulage eintritt. Denn die Unterbeamten in einer anderen Grenzprovinz hat er durchaus im Stich gelassen und hat sich geweigert, für ihre gekürzte Ehre einzutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Beweis ist durch die Entziehung der Zulage mancher Beamte getroffen, aber in den nächsten Tagen werden wir uns ja über die Besoldungsvorlage unterhalten, und da können die Regierung und die Parteien, die jetzt für die Ostmarkenzulage eintreten, ja dafür sorgen, daß jeder Rot abgehoben wird. Die Ostmarkenzulagen sind eine politische Kampfmittelnahme, und zwar eine der verwerflichsten und auch schärfste zu bekämpfenden Maßnahmen zur Unterdrückung der Polen. Da wir grundsätzliche Gegner solcher Kampfmittel sind, werden wir selbstverständlich gegen diese Zulagen stimmen, und auch gegen die Resolution, die ihre Ausdehnung auf andere Grenzgebiete wünscht. Auch dort würden wir sonst zu den bescheidenen Zuständen kommen, wie sie sich in den polnischen Bezirken herausgebildet haben. Wenn Preußen seine fremdsprachigen Staatsbürger gewinnen will, mag es eine Politik der Humanität, der Kultur und der Demokratie betreiben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Graf Westarp (L.):**

Mit dem Entziehen der Zulage ist den Postbeamten ein schweres Unrecht angetan worden. Welche Erbitterung muß die Postbeamten ergreifen, wenn sie sehen, daß die preussischen Beamten die Zulagen behalten haben, die ihnen entzogen sind. Die Behauptung, daß die Zulage korumpierend wirkt, ist eine Schmäherung der Verwaltung und der Beamten. Die Gründe, mit denen die polnische Fraktion den Beamten die Zulage entziehen will, sind politische; denn sie wollen protestieren gegen die Osmarkenzulage des preussischen Staates. An die Sozialdemokraten wende ich mich nicht; bei ihrer grundsätzlichen Gegnerstellung gegen alle nationalen Bestrebungen (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten) fehlt ihnen das Verständnis für diese Dinge. Aber die Herren vom Zentrum sollten sich doch überlegen, ob sie bei der Streichung der Zulage beharren wollen. (Bravo! rechts, Jischen bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Kopsch (Sp.):**

Wir waren früher nur deshalb Gegner der Osmarkenzulagen, weil sie widerrechtlich waren. Wir sehen in ihnen nicht ein Kampfmittel gegen die großpolnische Bewegung, sondern eine Zulage für die Beamten für die schwierigeren Verhältnisse, unter denen sie in den gemischtsprachigen Gegenden zu arbeiten haben. Pflicht der Beamten, die die Osmarkenzulage erhalten, wäre es freilich, im Interesse des Reichs verständnisvoll in den Ostmarken zu wirken. Durch die Entziehung der Osmarkenzulage würden sie direkt in den politischen Kampf hineingezogen. Eine Ausdehnung der Zulagen auf andere gemischtsprachige Gebiete, z. B. Elsaß-Lothringen, wäre erwünscht. (Bravo! bei der Volkspartei.)

**Abg. Brandys (Wole):**

Neue Gründe für die Berechtigung der Osmarkenzulagen habe ich heute nicht gehört. Eine Gleichstellung der Reichs- und Landesbeamten ist auch sonst nicht überall durchgeführt. Vielfach sind die Reichsbeamten weit besser gestellt als die Landesbeamten. Hält die Regierung das Gehalt der betreffenden Postbeamten für zu gering, so hat sie es ja jetzt bei der Besoldungsvorlage in der Hand, es allgemein zu erhöhen. Herr Kopsch scheint der Meinung zu sein, daß die Beamten bei uns auch polnisch sprechen lernen müssen. Im Gegenteil dürfen die Beamten bei uns nicht einmal polnisch verstehen. (Hört! hört!) Ein Beamter, der polnisch angesprochen wird, hat den Betroffenen anzusprechen, er solle deutsch sprechen. (Hört! hört!) Graf Westarp hat andärrlich behauptet, daß die Zulagen aus politischen Gründen eingeführt wurden. Die Beamten müßten sich beim Grafen Westarp für diese Rede bedanken. (Sehr gut! bei den Polen.) Das System der Osmarkenzulagen wirkt, wenn auch natürlich unbeabsichtigt, korumpierend auf die Beamten. Der neue preussische Lehrverband hat schon an den Preussischen Landtag um Abschaffung des Zulagewesens petitioniert. (Hört! hört!) Der Staatssekretär mahnte nun, auf unsere polnischen Beamten Rücksicht zu nehmen. Dabei sind nur 5 Proz. der gesamten Beamtenschaft polnisch; neue polnische Beamte werden überhaupt nicht angestellt. Nicht einmal Rastwäcker darf ein Pole werden. (Hört! hört!) Daß die Verletzungen der Polen aus „dienlichen Gründen“ erfolgen, glaubt kein einziger der beteiligten Beamten. — Ich bitte alle Anträge auf Wiedereinführung der Osmarkenzulagen abzulehnen. (Bravo! bei den Polen.)

**Abg. Mertin (Sp.):**

Die Osmarkenzulage ist den Beamten ganz ohne ihre Schuld entzogen. Das sollte in einem geordneten Staatswesen nicht vorkommen; die Beamten müssen Vertrauen haben können zur Steifigkeit der Politik der Staatsverwaltung, sie dürfen nicht als Versuchslamellen benutzt werden. Daß die Beamten selbst die Zulage wünschen, dafür ist der beste Beweis die Stellungnahme des Abg. Hubrich, der Sekretär des größten Verbandes von Postbeamten ist.

**Abg. Ledebour (Soz.):**

Beschädigte Vertreter des in seine Bestandteile aufgelösten Wilenbonds, der bei solchen Gelegenheiten wie dieser ein frohliches Wiederankommen erzählt, haben sich Mühe gegeben, nachzuweisen, daß die Regierung aus rein wirtschaftlichen Gründen die Wiedereinführung der Osmarkenzulage im Interesse der Postbeamten fordert. Auch Graf Westarp hat in dieses Blodhorn (Heiterkeit) gestiegen, hat aber alles, was er damit eventuell erreichen konnte, bei Leuten, die die Ange nicht genau kennen, im nächsten

Augenblick wieder vollkommen zunichte gemacht, als er sagte: An die Herren von der Sozialdemokratie wende ich mich nicht, da sie für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zunächst ist dieser Ausspruch sehr ehrenvoll für uns, weil darin das Eingeständnis liegt, daß wir für Zwecke nicht zu haben sind, die unter dem Namen „nationale Zwecke“ in Wirklichkeit Gefinnungs- und Korruption bezwecken. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Graf Westarp wirklich glaubte, daß es sich hier um rein wirtschaftliche Zwecke handelte, hätte er gar nicht diesen Ausdruck wählen können, daß wir für nationale Zwecke nicht zu haben sind. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) In Wirklichkeit ist das, was Sie hier national nennen, in seinem Wirkungen das im deutschen Sinne antinationalste. Das beweisen ja die Erfolge der ganzen Germanisationspolitik, durch die nichts erreicht worden ist, als daß eine

**leidenschaftliche Erbitterung**

zwischen Polen und Deutschen im Deutschen Reich künstlich großgezogen ist. (Sehr wohl! bei den Polen.) Daß diese nationale Erbitterung geradezu zwangsweise hineingetragen worden ist, z. B. nach Oberschlesien, wo vorher die polnisch sprechende Bevölkerung an eine Opposition gegen Preußen und das Reich gar nicht gedacht hat. Es ist also durch diese nicht nationale, sondern im erbärmlichsten Sinne chauvinistische Politik erreicht worden, daß die nationale Einheit in Deutschland zerrüttet worden ist. (Sehr wohl! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Nicht einen einzigen Polen haben Sie germanisiert, die Polen müßten ja auch jämmerliche Kerle sein, wenn sie sich durch eine solche Politik von ihrer Rationalität abbringen ließen, wie ich jeden Deutschen im Ausland für einen jämmerlichen Keel halten würde, der durch die Russifizierungs- oder Magyarisierungspolitik jener Regierungen, die auf demselben niedrigen Niveau stehen, wie diese Kraetke-Gesellschaft (große Heiterkeit links, Unruhe rechts; Präsident Dr. Baasche auf Zurufe von rechts: Ich kann in dem Räm nicht verstehen, was der Redner sagt!) sich von seiner Deutsch-Rationalität abbringen lassen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Dann hat man gesagt, wir sollten Beweise erbringen für die korumpierende Wirkung der Osmarkenzulagen. Solche Beweise im einzelnen zu erbringen, ist natürlich fast nicht möglich, weil es sich da um eine Gefinnungs- und Korruption handelt und derjenige, der sich in einer Gefinnungs- und Korruption betätigt, läßt durch Geldbrücken, der wird das nie eingestehen. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir von Korruption sprechen, so meinen wir damit, daß eine solche Maßregel eine korumpierende Tendenz hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Herr Kopsch meinte, die Beamten würden gegeben, damit Briefträger und Schalterbeamte sich in beiden Sprachen mit dem Volke verständigen können. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wehe, wenn sie es tun!) Jawohl, es ist ja gerade den Beamten verboten, mit dem Volke polnisch zu sprechen; sie sollen ja germanisieren. Dabei sagen sich die Postbeamten, wenn wir nicht den Intentionen unserer Vorgesetzten entsprechend germanisieren, bekommen wir

**eine schwarze Note,**

werden versetzt oder abancieren nicht. Das ist die korumpierende Wirkung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Staatssekretär behaupten sollte, daß diese Tendenz nicht vorliegt, so kann ich nur zu seinen Gunsten annehmen, daß er das noch heutigentags nicht begreift. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierungsmassregeln korumpierend wirken können, will ich an einigen Parallelen vorführen. Ich frage z. B. den Herrn Staatssekretär Kraetke: Gestatten Sie, daß Ihre Postbeamten sich als Anhänger der sozialdemokratischen Partei betätigen können? Der Staatssekretär sieht mich ganz erstaunt an. (Heiterkeit.) Ein sozialdemokratischer Postbeamter! Das ist für ihn ein unfahbarer Gedanke. Der ist unmöglich im Deutschen Reich. In diesem System, daß bei der Einstellung und Behandlung der Beamten maßgebend ist ihre politische Gefinnung, darin liegt schon die infamste Korruptionstendenz. (Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Ordnung.) Es ist möglich, daß eine Korruptionstendenz noch schlimmer ist. (Vizepräsident Baasche: Damit wiederholen Sie den Vorwurf!) Ich habe nur die weitere Konsequenz gezogen. (Heiterkeit.) — Also noch ein Beispiel — das Objekt (auf den Staatssekretär zeigend) sieht hier. (Heiterkeit.) Vor einigen Tagen haben wir erlebt, wie Vertreter verschiedener Parteien dem Staatssekretär Vorhaltungen machten über sein Verhalten gegenüber den elfstündigen Postbeamten anlässlich der neuesten Heldengeschichte v. Reuter und v. Porstner. Wie hat der Staatssekretär darauf reagiert? Hat er, wie das sonst ...

**Vizepräsident Dr. Baasche:**

Die Sache ist erledigt. Wir haben hier nicht mehr über haben zu sprechen.

**Abg. Ledebour (fortfahrend):**

Gestatten Sie, es ist durchaus zulässig, eine Parallele anzuführen (Rechtstimmte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die einen Differenzpunkt, der zur Debatte steht, erläutert. Wenn Sie zuhören wollten, Herr Präsident ...

**Vizepräsident Dr. Baasche:**

Es ist selbstverständlich, daß ich zuhöre, wenn Sie sprechen. Ich bitte Sie also, sich mit diesen Ausführungen kurz zu fassen. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte mich nicht zu unterbrechen.

**Abg. Ledebour:**

Ich werde sehr kurz sein.

**Vizepräsident Dr. Baasche:**

Ich bitte Sie also, die Parallele kurz durchzuführen, aber nicht auf das Thema zurückzukommen.

**Abg. Ledebour:**

Das entspricht ganz meinen Intentionen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Also wie hat Herr Kraetke darauf reagiert? Hat er wie sonst Winkler, wenn ihren Beamten ehrenrührige Vorwürfe gemacht werden, in der schärfsten Weise dagegen protestiert? Nein, er hat gesagt: was Oberst Reuter sagte, war ganz richtig! Sehen Sie, damit komme ich zu der Hauptanwendung: wenn der Staatssekretär bei derartigen Anlässen sich so benimmt, was sagen dann die von ihm abhängigen Beamten? Es gibt auch ehrenwerte Beamte natürlich, aber die korruptionsfähigen Elemente unter ihnen sagen sich: Wir müssen gegenüber diesen verdammten Wades einmal eine gehörig raue Seite herausfordern, dann werden wir uns das Wohlgefallen des Herrn Kraetke erwerben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Tun wir das nicht und werden wir von den Preußenbländlern deshalb angegriffen, so nimmt uns Herr Kraetke nicht in Schutz. Das sagen sich die korruptionsfähigen Beamten, und sie werden danach handeln, aber nachweisen können Sie es ihnen trotzdem nicht, wenn nachher ein solcher korruptionsfähiger Beamter gegen die Elsaß-Lothringer scharf vorgeht. Da haben Sie die Parallele, wie korumpierende Wirkung ausgeübt wird. Ein solches System werden wir jederzeit und überall in Deutschland bekämpfen. (Rechtstimmter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Vizepräsident Dr. Baasche:**

Sie haben schon wieder von Korruptionssystem gesprochen, was ich schon einmal gerügt habe. Sie haben doch nachweisen wollen, daß ein Korruptionssystem besteht. (Ledebour: Jawohl!) Dagegen muß ich die Regierung in Schutz nehmen. (Bravo! rechts.)

**Abg. Szarlinski (Wole):**

(bei der im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne unterbrüchlich) tritt für die Verwerfung der Osmarkenzulagen ein.

**Staatssekretär Kraetke:**

Es handelt sich nicht um eine politische Frage, sondern nur darum, daß Beamten der zehnte Teil ihres Gehaltes vorenthalten werden soll. Zu dieser sehr ernstlichen wirtschaftlichen Maßnahme liegt ein Anlaß nicht vor. Die preussischen Beamten bekommen in diesen Gebieten 10 Proz. mehr; dazu kommt noch, daß die Postbeamten nur mittelbare Reichsbeamte sind. Ich lege Ihnen nochmals ans Herz, den Postbeamten diese Zulage nicht zu streichen. Herrn Ledebour zu antworten, darauf verzichte ich, denn „anders als sonst in Menschenköpfen spiegelt sich bei ihm die Welt“. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Richtig zitierten!)

**Abg. Dr. Spahn (Z.):**

Meine Freunde verbleiben bei dem Beschlusse der Kommission. Herr Kopsch tut sich so viel darauf zugute, daß durch die Volkspartei die Zulagen „unwiderzuzlich“ geworden sind. Sie sind trotzdem genau dieselben Zulagen wie die widerzuzlichen in Preußen, denn jeder Beamte kann gegen seinen Willen versetzt werden und verliert dann die Zulage. Solange dieser Zustand besteht, sind wir gegen diese Zulagen. (Bravo! im Zentrum und bei den Polen.)

Die Diskussion schließt. In namentlicher Abstimmung wird die Wiedereinstellung der Osmarkenzulagen in den Etat mit 194 gegen 127 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Ebenfalls in namentlicher Abstimmung abgelehnt wird die konservative Resolution auf Ausdehnung der Osmarkenzulagen auf andere gemischtsprachige Kreise und Reichsteile mit 188 gegen 121 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Die beiden von der Kommission beantragten Resolutionen auf Erhöhung der Tagelöhner der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphenassistenten und Vervielfachung der Gehältern bei den Postämtern 3. Klasse sowie auf Vorgehung eines Beschlusses über die Ergebnisse und Leistungen der Krankenassen werden angenommen. Beim Titel: „Beiträge an die Betriebskrankenkassen der Post“ kritisiert Abgeordneter Behrens (Wirtsch. Gg.) die Aushebung der Familienhilfe bei diesen Krankenkassen. Nach kurzer Entgegnung des Direktors im Reichspostamt Schenborn, der die Ausführungen des Vorredners als auf einem Mißverständnis beruhend erklärt, wird der Titel bewilligt.

Beim Titel „Technische Betriebseinrichtungen“ bemerkt

**Abg. Dr. Quard (Soz.):**

Daß die unterirdischen Fernsprech- und Telegraphenleitungen technisch einwandfreier sind als die oberirdischen, unterliegt keinem Zweifel. Sie haben ja auch in Süddeutschland zugenommen, ein Fortschritt ist erkennbar, aber er entspricht bei weitem nicht den Bedürfnissen, sonst hätte der Westen und Süden nicht so mangelhafte Verbindungen mit Berlin. Bei größeren Schneefällen treten an den oberirdischen Leitungen durch die Schnee- und Eislast sehr langdauernde Verstopfungen ein. Man hätte für die Einrichtung unterirdischer Kabel eine größere Summe in den Etat einstellen sollen. Bei den Störungen der Fernsprechleitungen durch Wetterkatastrophen brandschützt die Postverwaltung den Verkehr, indem sie nur „dringende Gespräche“, also solche mit der dreifachen Gebühr annimmt. Das Publikum muß also mehr zahlen, weil die Postverwaltung zu langsam mit dem Bau leistungsfähiger unterirdischer Kabel vorgeht.

**Staatssekretär Kraetke:**

Wir streben nach Verbelagerung der Telegraphenleitungen, aber erst seit 2-3 Jahren; denn vorher waren größere unterirdische Telephonleitungen technisch noch nicht ausführbar. Wir sind nach Amerika die ersten, die mit der Verbelagerung begonnen haben; aber die Verbelagerung des ganzen Reichs wird etwa 1 Milliarde kosten. Das geht natürlich nicht so schnell auszuführen. Was das „dringende Sprechen“ betrifft, so ist es veranlaßt dadurch, daß zu gewissen Zeiten sehr viele sprechen wollen, und so viel Leitungen können nicht eingerichtet werden, daß jeder jederzeit sprechen kann. Jedenfalls sind wir bemüht mit dem Ausbau der Fernsprechleitungen in raschem Tempo vorzugehen.

**Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):**

Die Ausführungen des Staatssekretärs können den Eindruck nicht vermeiden, daß die Postverwaltung nicht mit der wünschenswertesten Schnelligkeit in der Ruhbarmachung technischer Erfindungen vorgeht. Dinge, wie sie sich im vorigen Jahre in Dresden ereignet haben, dürfen in Zukunft nicht wieder vorkommen. Die Fernsprecher wurden durch modernere ersetzt. Solche Uebergangszeit führt natürlich zu Unbequemlichkeiten des Publikums, die das Publikum auch geduldig erträgt. Aber in Dresden war über 1/2 Jahr lang das Fernsprechwesen eine Quelle dauernder Verdrüsslichkeiten, die weit über das zulässige Maß hinausgingen. Schwere Unfälle zeigten sich im Verkehr, speziell in ärztlicher Beziehung. In einem Falle ist ein Kind gestorben, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, weil es nicht möglich war, nachts einen Chirurgus telephonisch zu erreichen. (Hört! hört!) Die Hauptursache an diesen Unfällen liegt die Verwaltung, die nicht für genügendes Personal geforgt hatte, um die Austausch und Umschaltung der Apparate vorzunehmen. Erst wukten monatlang die größten Klagen erhoben werden, ehe das Allernotwendigste geschah. Ich ersuche die Verwaltung dringend, aus diesen Dresdenener Vorkommnissen die nötigen Lehren zu ziehen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Kraetke:**

Der Herr Vorredner war doch nicht ganz gerecht. Es lagen große Schwierigkeiten in der Sache selbst. Um solchen Dingen fast zuzuschreiben, sind wir viel zu stolz auf unser Ansehen. Daß Fehler vorgekommen sind, gebe ich zu, das hat niemand mehr bebauert als wir. Das Bestreben ist jedenfalls vorhanden gewesen, die Sache gut zu machen. Jetzt sind ja nun die Dresdener stolz und glücklich, ein System zu haben, das viel besser funktioniert als andere.

**Abg. Dr. Quard (Soz.):**

Wir vermessen die Zusage, daß die Anlage von Kabeln nun in beschleunigtem Tempo erfolgen soll. Daß nicht erst in den letzten drei Jahren die Möglichkeit gegeben war, Kabel zu legen, beweist die Statistik der Verwaltung selbst, wonach bereits 1904 Kabel gelegt worden sind. Sehr zu begrüßen ist, daß wir nun wissen, daß 1 Milliarde genügen würde, um unsere Telegraphenleitungen auf die Höhe zu bringen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese Milliarde bei anderen Titeln im Interesse dieser wirklichen Kulturaufgabe zu sparen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Titel wird bewilligt.

**Abg. Taubadel (Soz.):**

Seit Jahren verlangen die Telegraphenarbeiter Berücksichtigung ihrer Wünsche, aber bisher ist nur sehr wenig geschehen. Vor allem verlangen sie Anrechnung ihrer Arbeiterdienstjahre, wenn sie Beamte werden. Gegenüber einem dahingehenden Wünsche des Reichstags lautet die Antwort der Regierung wieder einmal: Die Ertragungen sind noch nicht abgeschlossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zum mindesten verlangen diese Arbeiter bis zum Abschluß der Ertragungen Ausgleichszulagen, die sie den gewählten Postboten und Postkassen gleichstellen, die seit z. B. ein viel höheres Ruhegehalt beziehen. Auch in bezug auf das Witwen- und Waisengeld sind die Telegraphenarbeiter unerschrocken zurückgekehrt. Weiter wünschen die Telegraphenarbeiter Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses und Herabsetzung des passiven Wahlrechts zu den Arbeiterausschüssen auf das 21. Lebensjahr. Eine ganz unerhörte Bevormundung der Arbeiter liegt darin, daß den Ausschüssen verboten ist, sich über gemeinsame Stellung von Anträgen zu verständigen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An



Frage der Arbeiterausschüsse bleiben von einzelnen Verwaltungen monatlich unbeantwortet (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Ihre Ablehnung erfolgt ohne Ausführung von Gründen. Die Löhne dieser Arbeiterkategorie bedürfen dringend der Aufbesserung; dazu könnte die abgeleitete Summe für Ostmarkenzulagen gut verwendet werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bisher sind die Löhne dieser Arbeiter nur um einige Pfennige pro Tag angehoben und reichen keineswegs aus, um die notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Eine vierköpfige Familie eines Telegraphenarbeiters in Chemnitz verbringt bei den bestehenden Ausprägungen noch einer mit vorliegenden Aufstellung 1845 M. An Lohn bezieht der Arbeiter aber nur 1200 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr bedauerlich ist auch der Wunsch dieser Arbeiter, gesetzliche Feiertage, die auf Wochentage fallen, bezahlt zu bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die ärztliche Untersuchung sollte nicht erst kurz vor der Anstellung, sondern nach einjähriger Beschäftigung erfolgen. Wenn man keine Pensionskasse für die nicht zur Anstellung gelangenden Arbeiter gründen will, sollte man ihnen angesichts ihres schweren Berufs, bei dem sie allen Anstrengungen der Witterung ausgesetzt sind, wenigstens einen Rechtsanspruch auf Altersversorgung geben. Ich weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die Geduld, mit der diese Arbeiter ihre Verhältnisse ertragen oder die Gleichgültigkeit, mit der die Verwaltung ihren Wünschen gegenübersteht. Ich erwarte, daß nun endlich etwas Durchgreifendes für die Telegraphenarbeiter und -handwerker geschieht. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Heilmann (natl.):

Bei einer Audienz im Reichspostamt haben die Telegraphenarbeiter trotz der Verschiedenheit ihrer Wünsche so gut wie nichts erreicht. (Hört! hört!) Es wäre die vornehmste Pflicht des Staatssekretärs, sich gerade der schlechtestgestellten Arbeiter anzunehmen. Seine Haltung gegenüber diesen in den vernünftigen Grenzen sich haltenden Forderungen der Telegraphenarbeiter ist ganz unverständlich, zumal er im vorigen Jahre durchblicken ließ, daß sich vieles besser regeln ließe, wenn er mit den Arbeitern direkt verhandeln würde. Trotzdem hat er bei der Audienz alle Forderungen dieser Arbeiter ebenso freundlich wie bestimmt abgelehnt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was geschehen ist, ist eine Aufbesserung der Löhne um 15 Pf. pro Tag, vielfach nur um 10 Pf. (Hört! hört!) Unverständlich ist auch, daß der Staatssekretär sich gegen einen Reichsarbeiterausschuß für diese Arbeiter sträubt.

#### Abg. Kovich (Sp.):

Die glatte Ablehnung der Wünsche der Telegraphenarbeiter trotz ihrer so eingehenden Begründung liegt weder im Interesse der Regierung noch der beteiligten Arbeiter. Die Wirkung kann nur sein Verstimmung und Erbitterung der Arbeiter. — Die Reichsarbeiterausschüsse sollen durchaus keine Arbeiterparlamente sein, sondern sich darauf beschränken, über unerledigte Wünsche und Beschwerden der Bezirksausschüsse mit dem Staatssekretär selbst oder einem seiner Vertreter zu verhandeln.

#### Abg. Behrens (Wirtsch. Vg.):

Infolge der Ablehnung der Reichsarbeiterausschüsse durch den Staatssekretär ist der Reichstag gezwungen, sich selbst als Reichsarbeiterausschuß zu etablieren. (Sehr richtig!) Ich kann mich den Ausführungen der Vorredner nur anschließen. — Die Forderung, daß die ärztliche Untersuchung nicht erst kurz vor der Anstellung erfolgt, sondern früher, damit die Arbeiter wissen, ob sie die beabsichtigte Karriere überhaupt werden ergreifen können, werde ich hier jedes Jahr von neuem vorbringen. (Ausruf bei den Sozialdemokraten: Das wird auch nicht nützen!) So hoffnungslos wie die Herren von links bin ich selbst dem Staatssekretär skeptisch gegenüber nicht. (Weiterkeit.) Ganz unwirtschaftlich ist die große Zahl der Aufsichtsbeamten im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter. (Sehr richtig!)

#### Staatssekretär Kraeffe:

Ich habe im vorigen Jahr ausführlich die Gründe für das Verhalten der Verwaltung in den angeführten Fällen angegeben. Wenn wir Arbeiter, die sich zur Arbeit melden, ärztlich untersuchen, so erschweren wir die Möglichkeit für diese Arbeiter, Arbeit zu bekommen. — Die Arbeiterausschüsse sind geschaffen, damit die Arbeiter bestimmter Distrikte ihre Wünsche und Beschwerden vorbringen können. — Die Löhne der Telegraphenarbeiter sind in den letzten Jahren dauernd aufgebessert worden.

Der Titel wird bewilligt.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag, 1 Uhr, pünktlich (vorher kurze Anfragen).  
Schluß 7 Uhr.

#### Berichtigung.

In dem Bericht über die Rede des Abg. Zubeil vom 3. März ist das entgegenkommende Verhalten der Vorsitzende gegen einen Fabrikdirektor in Vöckum erwähnt. Es handelte sich um einen Fabrikdirektor in Goch, wofür infolge eines Schreibfehlers „Vöckum“ geschrieben wurde.

## Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung, Donnerstag, den 3. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

Zunächst steht ein Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Dortmund und Änderung der Amtsgerichtsbezirke Castroj und Dortmund zur Beratung. Dazu liegt ein konservativer Antrag vor, die Landgemeinden Eving und Kemminghausen beim Stadtkreis Dortmund zu belassen. In der Debatte wendet sich u. a. Abg. Bus (Soz.) gegen den konservativen Zusatzantrag, da die in dem Antrag angeführten Gemeinden gerade das Kernstück für die vorgeschlagene Eingemeindung sind. Der konservative Antrag wird abgelehnt. Der Entwurf wird in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

#### Der Handelsetat.

Hierzu fordert ein konservativer Antrag Maßnahmen gegen ein Monopol der großen Elektrizitätsgesellschaften.

#### Abg. Dr. Pieper (Z.):

Wir müssen vor allem Mittelstandspolitik treiben, zu diesem Zweck lohnende Arbeit für das Handwerk schaffen und das Bedingungsweisen von einer Zentrale aus unter Mitwirkung der Handwerkskammern regeln. Dem konservativen Antrage stimmen wir zu. — Der Redner geht im folgenden auf die Wünsche seiner Partei zur Hebung des Handwerksstandes im einzelnen ein und bekämpft in diesem Zusammenhang die able Gewohnheit selbst besser sitzierter Leute, die Handwerker nicht sogleich nach Herstellung der Arbeiten zu bezahlen. Weiter wendet sich Redner gegen den Hausratbandel.

#### Abg. Schröder-Kastell (natl.):

Einen erhöhten Schutz der Arbeitswilligen halten wir für dringend nötig. Nach dem Erlaß der Reichsversicherungsordnung muß eine gewisse Ruhe in der Sozialpolitik eintreten. Vor allem ist von einer Arbeitslosenversicherung abzugehen. Der Erlaß, den der Minister herausgegeben hat, ist nicht energisch genug durchgeführt worden. Früher war unsere Rechtspredigt dem Handwerk sehr ungünstig, weil sämtliche Großbetriebe für Fabriken erklärt wurden. Jetzt hat die Regierung auch Großbetriebe im Handwerk anerkannt. Das ist lebhaft zu begrüßen. Auch

die Frage der Heranziehung der Industrie zur Lehrlingsausbildung ist jetzt gelöst worden. Die Handwerker müssen sich zu Genossenschaften zusammenschließen zur Verbesserung des Submissionswesens. Die rosigte Lage der Hausbesitzer ist längst totüber. Auch die Staatshilfe muß eingreifen. Das Kleingewerbe hat jetzt einen schwereren Stand als die Industrie und dem Mittelstande, der die stärkste Stütze des Staates ist, muß eine wirksame Hilfe zugeteilt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

#### Minister Dr. Sydow

verspricht, die Anregungen des konservativen und nationalliberalen Redners zu berücksichtigen.

#### Abg. Krause-Waldenburg (ft.):

Meine politischen Freunde sind mit dem konservativen Antrage einverstanden. Wir begrüßen die Erklärungen, die gestern der Minister betreffend eine Erhöhung der Warenhandelssteuer abgegeben hat. Mit Recht beklagt sich das Handwerk über die bisherige Jurisdiktion der Gerichte, die zwischen handwerksmäßigen und fabrikmäßigen Betrieben falsche Unterschiede zu Ungunsten des Handwerks machte.

#### Abg. Wenke (Sp.):

Auch wir bekämpfen die Monopolbestrebungen in der Elektrizitätsindustrie. Eine gewisse Beschränkung des Hausierhandels ist notwendig und wird von den Hausierern selbst gefordert, z. B. der Beschäftigung ausländischer Hausierer. Die Handhabung der Polizeistunde im Gastwirtsgetriebe darf nicht zur Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit mißbraucht werden. Die Mittelstandsfeindschaft der Konservativen zeigte sich bei den Wahlen, als sie die liberalen Handwerkerkandidaten zu Falle brachten. (Beifall links.) Unter diesem Wahlschutz, das die Konservativen nicht bessern wollen, ist es unmöglich, dem Mittelstand gründlich zu helfen. (Ausruf rechts. — Beifall bei der Volkspartei.)

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung. — Schluß 4 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Kolonialdebatten.

Am Donnerstag wurde zunächst der Nachtragetat für Südwestafrika für das Jahr 1913 in der Budgetkommission des Reichstages erledigt. Der bereits am Mittwoch ausgiebig diskutierte Antrag Eraberger, von den 16 Millionen Mark Ueberschüssen 5 Millionen Mark zur Kürgung des Reichszuschusses für die Kolonie zu verwenden, bildete den Gegenstand einer nochmaligen zweifundigen Debatte, an der sich Vertreter aller Parteien beteiligten und in der die Kolonialverwaltung mit aufgehobenen Händen und unter beweglichen Hinweisen auf die politischen Konsequenzen für die Abwicklung der Staats für Südwestafrika ausgeführt.

Bei Beratung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete für das Jahr 1914 wurde sodann der Stadt Dareschalam, um ihre Entwicklung zu geregelter Kommunalverwaltung zu erleichtern, ein Darlehen von 700 000 M. gewährt, das zum Ankauf von Sultan-Plantagen, auf dem 16 000 Eingeborene wohnen, verwendet werden soll. Genosse Roske verlangte Garantie dafür, daß bei Durchführung der Sanierungsmaßnahmen, der Trennungszone usw., die Wälder und Gärten vertrieben werden, die in Duala viel böses Blut gemacht haben.

Hierauf wurde in die Beratung des Etats für Südwestafrika eingetreten. Beim Titel Lokalverwaltung verlangte Genosse Hoch, die Zahl der Eingeborenenausschüsse so zu vergrößern, daß die Beamten die Besitz- und Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen gründlich kontrollieren und darüber jedes Jahr eingehend berichten können. Ein dementsprechender Antrag wurde angenommen.

Genosse Roske forderte bessere Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnisse, wie menschliche Behandlung der Eingeborenen, um die hohe Sterblichkeit und den schlechten Gesundheitsstand der Eingeborenen zu beheben. Der Mangel an Land und Vieh richte die Eingeborenentwirtschaf auf Grund; wenn keine Besserung in der Eingeborenenbehandlung eintrete, werde man in absehbarer Zeit mit dem Aussterben der Eingeborenen-Arbeitskräfte rechnen müssen. Die Regierung und ihre freiwilligen Kommissare aus den bürgerlichen Parteien bemühten sich um den Nachweis, daß die Klagen in Bezug auf hohe Krankheits- und Sterblichkeitsziffern, Mangel an Eingeborenen, Land und Vieh unbegründet seien. Genosse Ledebour wies indessen nach, daß die günstigen Berichte der Regierung ihren Ursprung eigenartigen statistischen Feststellungen verdanken und kennzeichnend die Eingeborenentwirtschaf als ungesund und inhuman, mit dem Erfolg, daß sich die Kolonialverwaltung gegenüber den schwersten Anklagen in Stillschweigen hülle, das sie auch beahnte, als der Abg. Rumm (Wirtsch. Vg.) der von sozialdemokratischer Seite geübten Kritik in verschiedenen Punkten beitrug. — Beim Titel Justizverwaltung wurde die Beratung abgebrochen nach der Annahme eines Antrages Waldstein, der eine Verbesserung der Rechtsverhältnisse in den Kolonien bezweckt.

### Der Kampf um die Sonntagsruhe.

In der Sonntagruhekommision des Reichstages wurde Donnerstag die Spezialdebatte über die Ausnahmen für das Bedürfnisgewerbe beendet. In der Abstimmung wurden die von unseren Genossen eingehend begründeten sozialdemokratischen Anträge auf gesetzliche Festlegung der Ausnahmen für die sechs wichtigsten Bedürfnisgewerbe bis 10 Uhr vormittags und auf Ersatzruhe für die dabei beschäftigten Angestellten mit allen gegen neun Stimmen abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Eventualantrag, die Beschäftigungszeit im Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien wenigstens auf vier Stunden bei den Bad- und Konditorwaren und für alle Bedürfnisgewerbe auf die Zeit bis 2 Uhr nachmittags zu beschränken. Annahme fand mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien gegen die sozialdemokratischen und die Stimmen der Abgeordneten Wobolowsky, Marquardt und Wurschardt der Kompromißantrag, der in allen Gemeinden 6 Stunden für die Bäckereien und Konditorien, 3 Stunden für Metzgereien ohne Festlegung einer Schlusstunde erlaubt und für die größeren Städte nochmals der höheren Verwaltungsbehörde die Befugnis gibt, bis 1 Uhr mittags für alle möglichen sonstigen Geschäfte Ausnahmen von der völligen Sonntagsruhe zu gestatten. Bei der Festlegung der hohen Feiertage, an denen niegedings Sonntagsarbeit erlaubt sein soll, ereignete sich das Interessante, daß das Zentrum seinen früheren Antrag auf „Heiligung“ der beiden Feiertage der hohen Feiertage dem Erwerbsinteresse gütliche ausgab, ihn auch niederstimmen ließ, als ihn die „gottlose“ Sozialdemokratie aufnahm und mit den übrigen bürgerlichen Parteien nur die ersten Feiertage der hohen kirchlichen Feste völlig von der Sonntagsruhe ausnahm.

### Die Duellfrage.

Der Sitzung der Duellkommission lag am Donnerstag ein Antrag des Zentrums vor, hinter § 208 des Strafgesetzbuches als § 208a folgende Bestimmung einzufügen:

„In der Falle der Herausforderung oder der Annahme der Herausforderung oder des Duellkampfes die Tat freisprechend verurteilt worden, so ist an Stelle der Festsetzung auf Gefängnisstrafe von gleicher Dauer zu erkennen. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Stellt das freibehaltene Verschulden eine ehrlose Handlungswaise dar, so ist auf Gefängnis nicht unter 3 Monaten und auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.“

In der Debatte empfiehlte Abgeordneter Stadthagen, unter Zurückziehung des bisherigen Antrages der Sozialdemokraten hinter

§ 208 des Strafgesetzbuches als § 208a folgende Bestimmung einzufügen:

„Wer einen Zweikampf begeht oder zum Zweikampf herausfordert oder wegen Unterlassung einer Herausforderung zum Zweikampf oder wegen Nichtannahme einer solchen Herausforderung Veranlassung bezieht oder androht, wird mit Gefängnis in derselben Höhe bestraft, wie in den §§ 223a—223b gegen denjenigen angeordnet ist, welcher eine Körperverletzung mittels einer Waffe begeht.“

Gleichzeitig ist gegen Beamte auf Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter, gegen Offiziere auf Entfremdung aus dem Heere zu erkennen.

Neben der Freiheitsstrafe ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen, wenn der Täter sich einer ehrlosen Handlungswaise schuldig gemacht hat, die in einer Beziehung zum Zweikampf steht.“

Mit dem ersten Absatz des Zentrumsantrages erklären sich auch die Redner der Konservativen und der Nationalliberalen einverstanden, doch wenden sie sich gegen das Oligatorium der Gefängnisstrafe und der Aberkennung der Ehrenrechte im Falle der ehrlosen Handlungswaise.

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt. Von dem Antrag des Zentrums wird Absatz 1 einstimmig, Absatz 2 mit 8 (Zentrum, Sozialdemokraten und ein Volksparteiler) gegen 5 Stimmen angenommen. Der Antrag soll noch endgültig redigiert und das Ergebnis der Beschlußfassung als Initiativantrag im Plenum eingebracht werden.

## Versammlungen.

**Transportarbeiterverband.** Die Generalversammlung für den Bezirk Groß-Berlin, die am Mittwoch im „Deutschen Hof“ statt, nahm den Jahresbericht des Bezirksleiters Werner entgegen, dem wir folgendes entnehmen: Die Delegations- und Organisationsstätigkeit war wegen der mäßigen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so erfolgreich als in den drei vorhergegangenen Jahren. Die bestehenden Tarife der einzelnen Branchen haben über das Jahr 1913 hinaus Gültigkeit und deshalb sind keine umfangreichen Lohnbewegungen geführt worden. Es galt vor allem, das Bestehende zu erhalten. Das ist, soweit die Tarifverhältnisse in Frage kommen, im allgemeinen ohne besondere Schwierigkeiten gelungen. Nur die Inhaber der gewerblichen Schwerefuhrwerksbetriebe haben eine sonderbare Auffassung vom Innehalten der Verträge. — Trotz der Schwierigkeiten, welche die Krise der Ausbreitung der Organisation entgegenstellt, ist es gelungen, die Mitgliederzahl von 50 942 auf 52 000 zu erhöhen. Die Beitragsleistung hat sich demgemäß erhöht, aber die Zahl der entnommenen Beitragsfreien warfen ist wegen der großen Arbeitslosigkeit ganz erheblich gesunken. Der örtliche Kassenbestand ist von 186 783 M. auf 214 452 M. gestiegen. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 209 978 M. ausgegeben, 33 000 M. mehr als im Vorjahr. Die Krankenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 27 887 M., 12 000 M. mehr als im Vorjahr. Die Streik- und Gemahregelunterstützung betrug 105 798 M., für andere Unterstützungsweize wurden 54 585 M. ausgegeben. — Die Geschäfte der Organisation sowie die Agitationsstätigkeit wurden in 8828 Versammlungen und Sitzungen erledigt. — Im Laufe des Jahres wurden in 6 Betrieben mit 112 Beteiligten Angriffsstreiks und in 9 Betrieben mit 196 Beteiligten Abwehrstreiks geführt. Angriffsbewegungen ohne Streik fanden 74 in 210 Betrieben mit 5103 Beteiligten und Abwehrbewegungen ohne Streik in 5 Betrieben mit 279 Beteiligten statt. Lohnerbhörungen wurden für 8557, Arbeitszeitverlängerungen für 609 Beteiligte erledigt. — Der Arbeitsnachweis besetzte 6133 feste und 17 536 Ausbilstellen, insgesamt 23 666. Gemeldet wurden 27 174 Stellen, 7595 weniger als im Vorjahr.

Nachdem die Diskussion über den Geschäftsbericht beendet war, erfolgte die Neuwahl der Bezirksleitung. Die zehn angebotenen Mitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Auch die unbesoldeten Beisitzer wurden mit vereinzelten Ausnahmen wiedergewählt.

Schließlich wurde aus der Versammlung die Anfrage gestellt, warum bei der Ausgabe der Bonds für die Weisnachtsbesicherung der Arbeitslosen das Warenhaus von Joseph in Reutköm, welches mit dem Transportarbeiterverband im Tarifverhältnis steht und von allen Warenhäusern die besten Löhne zahlt, nicht berücksichtigt worden ist. — Werner beantwortete die Anfrage dahin: Man habe sich gewundert, daß W. B. in dem Ausschusspader aus der Reichsdruckerei einstellt und T. B., der den Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert, für die Ausgabe von Bonds herangezogen wurden. Werner habe dem Ausschuh der Gewerkschaftskommission vorgeschlagen, auch das Warenhaus Joseph auf die Liste zu setzen. Darauf habe K. B. geantwortet: Da die Transportarbeiter keine Bonds genommen haben, hätten sie in dieser Hinsicht nicht mitzureden. Werner habe diese Ansicht als unhaltbar bezeichnet und verlangt, daß nur solche Firmen berücksichtigt werden sollen, gegen die vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts einzuwenden ist. Das sei aber nicht geschehen. Joseph habe sich selbst an den Ausschuh der Gewerkschaftskommission gewandt und er sei — wie er sagte — zu der Auffassung gekommen, daß er wohl berücksichtigt worden wäre, wenn ihn nicht der Transportarbeiterverband empfohlen hätte. — Also — sagte Werner — scheint sich die Sache gegen den Transportarbeiterverband zu richten. Eine Resolution des Verbandes, die zu dieser Angelegenheit Stellung nahm, sei im „Vorwärts“ veröffentlicht und dadurch dem Genossen Körffien bekannt geworden und auch dem Genossen Voelke, der in der Generalversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow unrichtigerweise sagte, der Transportarbeiterverband habe gegen die durch Bonds berücksichtigten Warenhäuser keine Einwendungen erhoben. — Die beiden Genossen hätten bis jetzt noch nicht auf die Resolution geantwortet. — Ullrich führte ebenfalls aus, daß er als Vertreter in der Gewerkschaftskommission von Anfang an gefordert habe, es sollten nur solche Firmen mit Bonds bedacht werden, gegen die vom gewerkschaftlichen Standpunkt nichts einzuwenden ist.

**Marktpreise von Berlin am 4. März 1914, nach Ermittlungen des Igl. Viehprüfungsamts.** Rind (misch), gute Sorte 15,00—17,00, Donau 00,00—00,00. Rind (runder), gute Sorte 14,70—15,00. Schlachtkühe 4,00, Heu 7,00—8,00.

**Marktpreise.** 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—36,00. Sperlebohnen, weiße 35,00—36,00. Bohnen 40,00—30,00. Kartoffeln (Rheinl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,00—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Rindfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Korbweizen 1,20—2,40. Kalle 1,60—3,20. Jander 1,40—3,20. Getreide 1,40—2,80. Weizen 1,00—2,20. Schafte 1,00—3,20. Weizen 0,90—1,60. 60 Stück Korbweizen 2,50—24,00.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		am	
	4. 3.	3. 3.	4. 3.	3. 3.
Remel, Müst	259,9	—12	Saale, Großh	180
Bregel, Jüterburg	129,9	—8	Gabel, Spandau	92
Wegelin, Thorn	327,9	—9	Kanonen	92
Ober, Müllberg	224	—8	Spree, Spremberg	98
Profen	254	—3	Beckwitz	128
Frankfurt	237	—8	Beser, Runden	250
Wahlitz, Schrum	204	0	Winden	329
Landenberg	147	+1	Rhein, Wirtzlar	390
Rege, Verdam	21	—14	Raub	229
Older, Leimerich	141	—8	Rhein	276
Preben	30	—16	Reder, Gellbrom	135
Parby	337	0	Main, Gellbrom	228
Magdeburg	274	+2	Weser, Crier	146

+) bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel, — ? Eisf.



Für alles Gute und Liebe zu meinem fünfzigsten Geburtstag danke ich aus einem treuen Herzen.  
4. März 1913.  
**Waldeck Manasse.**

**Todes-Anzeigen**

Am Dienstag, den 3. März, abends 11 Uhr, verschied plötzlich im 58. Lebensjahr mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Schwager  
**Georg Deiß.**  
Dies geht betrübt an  
**Henriette Deiß** nebst Kindern.  
Grünau, den 4. März 1914.

Die Einäscherung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Baumhülsenweg statt. 842

**Sozialdemokratischer Wahlverein Grünau.**

Am Dienstag, den 3. März, verschied plötzlich unser braver Genosse, der Heizer  
**Georg Deiß**  
im Alter von 58 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium in Baumhülsenweg statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.**

Inferen Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herr  
**Gustav Kleinschmidt**  
am 3. März im 38. Lebensjahr verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle der Thomas-Gemeinde, Neufölln, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin.**

Am 3. März starb unser Mitglied, der Bauarbeiter  
**Ernst Baatz**  
(Wegh. Köpenick).

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Köpenick aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer lieben Tochter  
**Ella**  
sagen wir hiermit allen daran Beteiligten unseren herzlichsten Dank.  
**Gustav Scheibel**  
11545 und Frau.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes  
**Karl Benk**  
sagt ich hiermit allen Freunden, Bekannten und Verwandten, der Direktion, den Kollegen der Firma R. F. Heig u. F. Wesenberg, dem Bauarbeiter-Verband, den Sängern, den Mitgliedern des Hauses sowie Herrn Harder für die lieben Worte am Sarge des Entschlafenen meinen innigsten Dank.

**Wwe. Margarete Benk.**

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, Vaters, Sohnes und Bruders  
**Hermann Guder**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Schultheiß-Beuere, Abteilung I, dem Verband und Hauptvorstand der Mühlensarbeiter unseren herzlichsten Dank.

**Witwe Paula Guder,**  
Mutter und Geschwister.

**Dankfagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres einzig liebgegeliebten Sohnes  
**Max Leue**  
sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
**Wilhelm Leue und Frau.**

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12

**Wäsche weiche ein in Henkel's Bleich-Soda.**

**Hilfsbein Bier**  
Das lob ich mir  
Süßig, gesund, bekömmlich



**Heim- in-Blasen**  
leiden, Ausfluß etc. sind in vielen Fällen heilbar d. Sanotalkapseln (Paracop. Bals.) S. 2 M. b. besonders m. Sanotalkos (Goldblatter v. Peru). Pat. 1 R., gebraucht, selbst bei älteren verschleppten Leiden, wie auch weiblichen Unterleibsleiden (Blasenkatarrh), sehr wirksam sind. Wenn in Drogerien nicht erhältlich, d. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

**Borussia-Festsäle**  
Telephon: Amt Norden 2674  
Herrn Georg Wolffgramm, Adressstr. 67 empfiehlt seine 4 Säle mit 100 bis 800 Personen fassend, zu Versammlungen und Festlichkeiten.  
NB. März und April ist der große Saal noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 35772

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Verwaltung Berlin.  
**Branche der Maschinenarbeiter.**  
Sonntag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, im „Englischen Hof“, Alexanderstr. 27 c:  
**Lichtbilder-Vortrag.**  
Die Bauhausausstellung in Leipzig in Verbindung mit den Unfallgefahren in der Holzindustrie.  
Nachdem gemütliches Beisammensein mit Tanz.  
Eintrittskarte 30 Pf. Tanz frei.

**Achtung! Einspitzer. Achtung!**  
Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Lokalen:  
**Bezirksversammlung.**  
Tagesordnung:  
Bericht der Bezirksleiter, Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
Die Kollegen des 8. Bezirks (Wedding) halten ihre Sitzung bei Ulrich, Ecke Malplaquet- und Kirechter Straße ab.  
Die Zahlstelle 30 ist von Schwedter Straße 33 nach der Kastanien-Allee 29/30 bei Zandl, und die Zahlstelle 32 von Lothringer Str. 67 nach Lothringer Straße 66 bei Veifuh verlegt worden.  
84/9 Die Ortsverwaltung.

**Steinarbeiter.**  
Sonntag, den 8. März, vorm. 9 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:  
**Marmorarbeitserversammlung.**  
Tagesordnung:  
Wie stellen wir uns zu dem ablehnenden Standpunkt des Unternehmerverbandes?  
Alle zurzeit in Marmor beschäftigten Kollegen, auch die der Sektion I, sind verpflichtet, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen.  
Voranzeige! Am Donnerstag, den 12. März, findet in den Arminkallen, Kommandantenstraße 65/66, eine von dimierte Versammlung statt.  
Tagesordnung: Gauskonferenz und Verbandstag.  
171/5 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband der Lederarbeiter.**  
Filiale Berlin I.  
Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr, in Schmidt's Kesseln, Prinzenallee 33:  
**Versammlung**  
Tagesordnung:  
1. Die Anträge zur Generalversammlung. 2. Kandidatur von Kandidaten zur Delegiertenwahl. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. 134/6 Der Vorstand.

**Bekanntmachung**  
betreffend die Wahlen der Vertreter und Erfahersonen zum Ausschuß der  
**Allg. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz**  
Die Wahlen finden statt für die Arbeitgeber  
am Dienstag, den 7. April 1914,  
im Restaurant „Albrechtshof“ in Steglitz, Albrechtstr. 1a,  
in der Zeit von 3-9 Uhr nachmittags.  
Die Versicherten wählen gleichfalls im „Albrechtshof“ hier  
am Mittwoch, den 8. April 1914,  
in der Zeit von 3 bis 9 Uhr nachmittags.

Die Wahlen sind geheim und erfolgen nach näherer Bestimmung der Wahlordnung sowie der Satzung (Druckergemeinde der Satzung und der Wahlordnung haben den Beteiligten im Kassenlokal, Körnerstr. 55, zur Verfügung). Wählbar sind nur volljährige Deutsche; nicht wählbar sind Mitglieder einer Kirche, welche Aufsichtsbefugnisse über die Kasse hat. Arbeitgeber, die einen Versicherungspflichtigen beschäftigen, führen 1 Stimme, Arbeitnehmer, die mehrere Versicherungspflichtige beschäftigen, führen für je 10 Versicherungspflichtige Beschäftigte 1 Stimme. Mehr als 30 Stimmen kann kein Arbeitgeber führen. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei der Kasse versichert ist. Im Abwesen wird auf § 95 der Satzung verwiesen. Die Kandidatur der zu wählenden Vertreter läuft bis zum 31. Dezember 1917.  
Es sind zu wählen:  
für die Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Erfahersonen,  
für die Versicherten 60 Vertreter und 120 Erfahersonen.  
Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, schriftliche Wahlvorschläge, und zwar:  
die Arbeitgeber bis spätestens zum 23. März 1914,  
die Versicherten bis spätestens zum 21. März 1914  
bei dem Vorstände der Kasse einzureichen. Verpätet eingehende Wahlvorschläge bleiben unberücksichtigt.  
Die Wahlvorschläge sind getrennt für die beteiligten Arbeiter und Versicherten aufzustellen. Die Stimmabgabe ist an die gemachten Wahlvorschläge gebunden.  
Die Wahlvorschläge müssen von mindestens je zehn Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens dreißig Stimmen unterzeichnet sein. Unterzeichnet ein Wähler mehr als einen Wahlvorschlag, so wird sein Name nur auf dem zuerst eingereichten Wahlvorschlag gezählt und auf den übrigen Wahlvorschlägen getilgt. Sind mehrere Wahlvorschläge, die von demselben Wahlberechtigten unterzeichnet sind, gleichzeitig eingereicht, so gilt die Unterzeichnung auf demjenigen Wahlvorschlag, welchen der Unterzeichner binnen einer ihm erteilten Frist von höchstens zwei Tagen bestimmt. Unterläßt dies der Unterzeichner, so entscheidet das Los.  
Jeder Wahlvorschlag darf höchstens dreimal so viel Bewerber benennen, als Vertreter zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer anzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vor- (Auf-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit den Wahlvorschlägen für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeiter ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befähigt ist.  
In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterbleiben so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Beilegung etwaiger Unstimmigkeiten erforderlichen Erklärungen abzugeben.  
Die angeführten Wahlvorschläge liegen eine Woche vor dem Wahltag im Kassenlokal, Körnerstr. 55, von 9-11 Uhr zur Einsicht der Beteiligten aus. Bis zu einer Woche vor dem Wahltag können Wahlvorschläge zurückgenommen werden.  
Das Wahlrecht ist von den Versicherten in Berlin auszuüben; sie müssen das 21. Lebensjahr vollendet haben. Es kann gefordert werden, daß sich die Wähler über ihre Berlin und Wahlberechtigung ausweisen. Als Nachweis genügt in der Regel für die Arbeitgeber die Culturstiftung über die zuletzt gezahlten Beiträge, für die Kassenmitglieder der Mitgliedsausweis oder eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht.  
Zusammen werden auf Antrag vom 25. März 1914 bis zum 6. April 1914 von der Kasse Wahlausweise für alle Beteiligten ausgestellt; den Arbeitgebern wird dabei bescheinigt, wieviel Stimmen sie bei der Wahl führen.  
Mit der Name eines Wählers in dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis nicht enthalten, so wird er zur Wahl nur zugelassen, wenn er in einer förmlichen Mitteilung des Wahlauschusses überzeugenden Weise seine Wahlberechtigung nachweisen kann.  
Die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse können im Kassenlokal von 9-11 Uhr eingesehen werden; etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigung sind spätestens 2 Wochen vor dem Wahltag unter Beilegung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzulegen.  
Zum Wahlraum haben nur die wahlberechtigten Arbeitgeber und Kassenmitglieder Zutritt.  
Bei der Wahl erhält der Wähler einen der Umschläge, die mit dem Stempel der Kasse versehen sind im Wahlraum bereitgehalten sind, tritt sodann an einen abgetrennten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbedeckt in den Umschlag legt, und übergibt hierauf den Umschlag unverschlossen unter Nennung seines Namens dem Vorstehenden oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitglied des Wahlauschusses. Dieser läßt die Abgabe des Stimmzettels vermerken und wirft dann den Umschlag in die Wahlurne. Arbeitgeber mit mehrfacher Stimmrecht haben so viel Stimmzettel je in einem besonderen Umschlag abzugeben, als sie Stimmen haben und abgeben wollen; in diesem Falle ist die Zahl der abgegebenen Umschläge vorzumerken.  
Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel einhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorstehenden des Wahlauschusses zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.  
Der Stimmzettel enthält die Namen derjenigen Bewerber, welchen der Wähler seine Stimme geben will. Er darf höchstens dreimal (soviel Namen enthalten, als Vertreter zu wählen sind. An Stelle der Aufschrift der Namen genügt der Hinweis auf die Ordnungsnummer des Wahlvorschlags.  
Der Wähler kann nur einen solchen Stimmzettel abgeben, der mit einem der zugelassenen Wahlvorschläge vollständig übereinstimmt.  
Die Stimmzettel sollen von weißer Farbe sein. Stimmzettel, die von dieser Bestimmung abweichen, sind ungültig, wenn das Abwickeln die Rücksicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht.  
Stimmzettel, die mit keinem der zugelassenen Wahlvorschläge übereinstimmen oder deren Umschläge ein Zeichen haben, welches die Rücksicht einer Kennzeichnung wahrscheinlich macht, oder die unterfärbt sind, sind ungültig. Dasselbe gilt von Stimmzetteln, die sich in einem nicht mit dem Stempel der Kasse versehenen Umschlag befinden. Ungültig ist ferner der Inhalt eines Stimmzettels, soweit er zweifelhaft ist. Befinden sich in einem Umschlag, der nur für einen Stimmzettel bestimmt ist, mehrere Stimmzettel, so werden sie, wenn sie vollständig übereinstimmen, nur einfach gezählt, andernfalls als ungültig angesehen.  
Zur festgesetzten Stunde wird die Wahl geschlossen. Nur die am Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.  
Für die ersten Wahlen des Ausschusses und des Vorstandes sind die Fristen der Wahlordnung abgeändert des § 4 von 6 Wochen auf 1 Monat, § 5 Abs. 1 von 4 Wochen auf 2 Wochen, § 5 Abs. 2 von 4 Wochen auf 2 Wochen, § 8 Abs. 1 von 2 Wochen auf 1 Woche, § 14 Abs. 1 von 2 Wochen auf 1 Woche, § 20 Abs. 1 von 1 Monat auf 2 Wochen, § 23 Abs. 1 von 6 Wochen auf 3 Wochen.  
Berlin-Steglitz, den 5. März 1914.  
Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Steglitz.  
Der Vorstand.  
Emil Schütz, Gustav Bigalle,  
Vorstand, Schriftführer. 299/16

**UNSERE MARINE**  
23 Cigarette



**Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend**  
F. U. u. H. Zentrale: Lichtenberg, Rillaquistr. 16/26.

Wir empfehlen **Kakao, lose, à Pfund 84 Pf.**  
Ferner heute und Sonnabend:  
**Suppenhühner, Kasseler Rippespeer**  
sowie **Blumenkohl.**  
Der Vorstand.

**Vervielfältiger Vervielfältiger**  
**Thuringia Thuringia**  
vervielfältigt alles: ein- und mehrfarbige Rundschreiben, Kostenanschläge, Einladungen, Noten usw., 100 scharfe, nicht rollende Abzüge, von Urschrift nicht zu unterscheiden. Gebrauchte Stelle sofort wieder benutzbar. Kein Hektograph. Tausendfach im Gebrauch.  
Druckfläche 23:35 cm, mit allem Zubehör nur 10 M.  
2 Jahre Gewähr. **Otto Henss Sohn, Weimar 414.**  
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.



# Zum Frauentag.

## Unser Tag.

Wenn es im vergangenen Jahre so scheinen konnte, als wolle der Frauentag zu einer ohne besondere Freudigkeit und ohne inneres Bedürfnis unternommenen Wiederholung werden, so besteht in diesem Jahre selbst für unsere Gegner kein Zweifel, daß die proletarische Frauenwelt mit großer Begeisterung die Vorbereitungen für den 8. März getroffen hat und die Demonstration für die soziale und politische Gleichberechtigung der Frau machtvoller als je ausfallen wird. Diese Gewißheit, daß wir neue große Scharen geknechteter und nach Befreiung dürstender Frauen am 8. März bei unseren Demonstrationen begrüßen werden, kann indessen nur zu vermehrter Tätigkeit anspornen. Sie gibt uns Freudigkeit, an die große Aufgabe heranzugehen, alle Frauen, welche innerlich zu uns gehören und sich uns an dem einen Tage sichtbar anschließen, nun dauernd zu fesseln und für unsere Organisation und unsere Presse zu gewinnen.

Wir wären undankbar, wollten wir nicht eingestehen, daß der uns sichere Erfolg zum großen Teile dem Umstand zu verdanken ist, daß durch die Verbindung von Frauentag und Roter Woche stärker noch als zuvor die Partei als Gesamtheit sich für die Frauenforderungen einsetzt. Es war von jeher der Stolz und die Stärke der proletarischen Frauen, daß die gewaltige sozialdemokratische Partei geschlossen hinter jenen Wünschen steht. Für rein feministische Bestrebungen und Eifersüchteleien einzelner Frauen oder Frauengruppen ist in der proletarischen Frauenbewegung kein Raum. Wenn die bürgerliche Frauenbewegung im Grunde eine Schar von Führerinnen ohne eine Masse von Anhängerinnen darstellt, so besteht die proletarische Frauenbewegung hingegen in nichts anderem als in den sozialdemokratisch denkenden Frauen, die nicht durch ein paar Führerinnen, sondern durch das mit den männlichen Proletariern gemeinsame Ziel aneinandergebunden sind. Nicht der Geschlechtstitel bürgt uns schon für die Wichtigkeit ausgesprochener Urteile und Forderungen; wir werten nur den Gehalt, gleichgültig ob er von einem Manne oder einer Frau gemüht wurde. Die Erinnerung an das Werk unserer Vorkämpferin Auguste Bebel, dessen Verlust wir im vergangenen Jahre betrauert, schließt uns für immer vor der Uebersehung zufälliger Geburtsunterschiede.

Der Stolz über unsere großen Fortschritte in den letzten Jahren läßt uns nicht die Lärche erkennen, daß wir noch immer an Stärke der Organisation und Intensität der Aufklärung hinter unseren männlichen Klassengenossen zurückstehen. Wir sind uns vielmehr bewußt, daß wir doppelter Anstrengungen in ruhiger Arbeit bedürfen, um die Schädigungen jahrhundertelanger Anechtung auszugleichen. Das, was soziale Lage, Erziehung und Konvention uns verlagert haben, wollen wir durch eifrige Bildungsarbeit an uns und unseren Klassengenossinnen erst erwerben.

Die wirtschaftliche Entwicklung drängt allerdings selbst mit Macht dahin, diese Aufklärungsarbeit zu beschleunigen. Das vergangene Jahr hat wieder neue Tausende von Frauen in die Erwerbsarbeit gerissen. Die Leuerung zwingt bisher nur im Haushalt Tätige, einen Beruf aufzusuchen, damit die Lebenshaltung der Familie nicht noch mehr in Frage gestellt werde. Die Arbeitslosigkeit der Männer wirkt in gleicher Richtung. Die bürgerlichen Parteien und die Regierung aber tun nichts, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Die Volkswirtschaft wird weitergeführt, wahrscheinlich sogar verschlimmert werden. Eine ausreichende Arbeitslosgeldversicherung ist vom Reich, den Bundesstaaten und den Gemeinden abgelehnt worden. Dafür droht die herrschende Klasse mit einem Gesetz, das angeblich den Geburtenrückgang, die natürliche Folge der verschlechterten sozialen Lage der Frau, aufhalten will, in Wahrheit aber nur neue polizeiliche Fesseln für die Arbeiterschaft schaffen wird. Man will die Arbeiterkinder zwingen, Kinder zu gebären, verlagert ihnen aber die notwendigen Mittel zum sorgenfreien und ausreichenden Unterhalt der Kinder. Die Einengung des Koalitionsrechts raubt sogar den Eltern die Möglichkeit, durch eigenen Kampf gegenüber dem Unternehmertum die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die zunehmenden Uebergriffe der Soldateska bedrohen schließlich die persönliche Freiheit, und selbst der Kampf gegen den Militarismus soll, wie das unglaublich harte Urteil gegen die Genossin Luxemburg zeigt, unterdrückt werden.

Frägt man, was nun die bürgerlichen Frauen — die in ihren Worten von der Interessengleichheit aller Frauen schwärmen — gegen die zunehmende Unterdrückung der Frauenwelt tun, so kann die Antwort nur ein völliges Versagen der bürgerlichen Frauen, „emancipation“ konstatieren. Der glühende Drang der ersten bürgerlichen Vorkämpferinnen nach Befreiung aller Entrechteten hat längst milder Resignation und flüchtiger Anpassung in eigenen engen Interesse Platz gemacht. Das Klasseninteresse hat das unklare allgemein-menschliche Gefühl rasch überwuchert. Die Vorgänge im Verband für Frauenstimmrecht haben deutlich gezeigt, daß nicht einmal mehr die Forderung des Frauenstimmrechts ohne reaktionäre Einschränkungen von nennenswerten Scharen bürgerlicher Frauen aufrecht erhalten wird. Die Gründung der Vereinigung konservativer Frauen, die zunehmende Einreihung der katholischen Frauen in das Zentrumlager und die Bemühungen der Nationalliberalen um Organisation der Frauen des Mittelstandes beweisen, daß bereits die Spezialisierung nach den einzelnen Interessengruppen des Bürgertums eingetreten ist. Am wieder weniger ließe sich die Scheidung zwischen den Klassen überbrücken.

Die enge Begrenzung auf das eigene Interesse hat zur Folge gehabt, daß die bürgerlichen Frauen in Deutschland so gut wie gar nichts von politischen Rechten erreicht haben. Nirgends ist die Bescheidenheit verheißt als im politischen Kampf, und so müssen es sich die bürgerlichen Frauen gefallen lassen, daß sie mit Nichtachtung von den Parteien übergangen werden. In außerdeutschen Staaten, wo die Frauen ihren Rechten nicht mit so zaghaft-ängstlichen Schritten nachgehen, ist inzwischen ein Sieg nach dem andern errungen worden. Auch das vergangene Jahr hat den Frauen im Ausland einige schöne Erfolge gebracht.

So steht die proletarische Frauenbewegung als ein unüberwindlicher Teil der sozialdemokratischen Partei heute allein im Kampfe um die völlige Befreiung der Frau. Sie würde sich

freuen, wenn wenigstens einzelne Teile der bürgerlichen Frauenwelt in diesem Kampfe an ihre Seite treten würden. Aber auch ohne diese Unterstützung führt sie den Kampf nicht minder siegesgewiß. Sie weiß, die Freiheit muß kommen, weil diese Befreiung eng geknüpft ist an die Befreiung der Arbeiterschaft. Der Sozialismus wird die Freiheit bringen und dem Sozialismus gehört die Zukunft!

## Die Hindernisse der Arbeiterinnenorganisation in Frankreich.

Die neuesten Bemühungen unserer französischen Genossen, innerhalb der geeinigten Partei eine sozialistische Frauenbewegung zu schaffen, haben ansehnliche propagandistische und organisatorische Fortschritte ergeben, und man darf mit Zuversicht erwarten, daß der Erfolg dieser Bestrebungen treuer bleiben wird, als bei den früheren Versuchen, deren Ergebnisse immer rasch verflüchteten. Die Bedingungen sind jetzt entschieden günstiger. Besonders die erstarkende Organisation der geeinigten Partei bietet der sozialistischen Frauenbewegung einen festen Rückhalt, die ausblühende Presse — vor allem die „Humanité“ — eine bessere Gelegenheit zur Diskussion, Agitation und Publikation. Trotzdem darf man nicht verkennen, daß es ein recht steiniger Boden ist, worauf unsere französischen Kameradinnen arbeiten und man kann sogar erst, wenn man die vielfachen Schwierigkeiten, die sich ihnen in den Weg stellen, berücksichtigt, ihren Leistungen gerecht werden.

Auf den ersten Blick könnte es verwunderlich erscheinen, daß die sozialistische Frauenbewegung in Frankreich sozusagen noch immer am Anfang steht. Wer kennt nicht die Rolle, die die Frauen während der französischen Revolution gespielt haben, deren entscheidende Wendung sie ja durch den Zug nach Versailles herbeiführten? Und auch als hinter der bürgerlichen Welt das Proletariat emporstieg, waren Frauen unter den Vorkämpfern der neuen sozialistischen Macht. Die Befreiung der Frau auch von der Geschlechtsknechtung stand unter den Ideen der Schule des großen Utopisten St. Simon obenan; eine Frau — George Sand — war die Schöpferin des sozialen Romans, der das Proletariat und seinen Idealismus zum Gegenstand künstlerischer Darstellung machte; auch die Revolutionsbewegung des Jahres 1848 und gar aus der Stammeszeit sind die Namen vieler Frauen bekannt, die mit der Feder oder auf den Schanzen und Barrikaden mit der Pike kämpften — Flora Tristan, Louise Michel, André Léon u. a. — und wie viel sind unter den ungenannten oder vergessenen Opfern der Strakenkämpfe, des Exilabenteuern, der Gefängnisse und der Verbannung! Aber dennoch! Eine nennenswerte sozialistische Frauenbewegung von einiger Dauer hat es bisher in Frankreich nicht gegeben, trotz der unermülichen Hingabe mancher Genossinnen.

Wollte man die Hemmnisse alle aufzählen, die sich ihr entgegenstellen, müßte man eine Studie über die wirtschaftliche, soziale, geistige und moralische Physiognomie der französischen Frau in der neueren geschichtlichen Entwicklung, ja eine Studie über die Gesellschaft Frankreichs überhaupt und die französische Seele schreiben — denn der Charakter der Frau ist doch in unauflöslichem Zusammenhang mit den sozialen Einrichtungen, die bisher überall vor allem das Werk des Mannes sind. Es ist jedoch an dieser Stelle auch die knappe Skizze, die die wichtigsten Hindernisse in ihrer gesellschaftlichen Wurzel darstellt, ausreichen. Wir lassen also ganz die auch andere, wenn auch nicht überall in diesem Maße wirksamen Schäden beiseite — wie die schlechten Löhne und den Druck des Unternehmertums, die miserable Volksbildung, den Einfluß des Pfaffenstums (dieser ist in Verbindung mit der herrschenden „Böhschheit“ besonders im industriellen Norden sehr mächtig) — und wollen nur einige, für Frankreich besonders charakteristische Erscheinungen betrachten.

Da ist vor allem das immer wieder veruchte Eindringen des von Bourgeoisdomen betriebenen „Feminismus“ in die sozialistische Arbeit. Besonders vor der Einigung der Partei konnten sich mehr oder minder eigenartige und mehr oder minder kollektive Vertreterinnen der „Emancipation“ leicht als „Sozialistinnen“ aufspielen. Wenn es aber oft ein der Anpassung an die soziale Umwelt unfähiger Individualismus war, der sie zum Bruch mit der bürgerlichen Klasse oder nur zu oft bloß mit manchen Einzelheiten der bürgerlichen Verkehrsformen trieb, so konnten sie im proletarischen Kreis, wo sie selbstbewußt Fuß zu fassen versuchten, auch nur bedingungsweise wirken.

Weiter darf man auch die unheimliche Verfälschung nicht außer acht lassen, der das Fühlen und Denken der jungen Arbeiterinnen besonders in Paris durch den Einfluß der Boulevardpresse, des Tinseltanzes und des Gassenhauers ausgeübt ist. Man erfüllt ihnen Kopf und Herz mit der miserablen „Madinette“-Romanik, worin sich das ganze Leben in einer sentimentalen Liebesaffäre erschöpft, deren typische, mit Ergebenheit hingegenommene Wendung das Verlassen des aus dem Elternhaus weggelaufenen Mädchens durch den verführerisch-eleganten Bindhund von Liebhaber ist. Hunderttausende junger Mädchen lesen buchstäblich nichts anderes — aber dies mit jünger Leidenschaft —, als die Romanfarfänge im „Journal“, „Matin“ oder „Petit Journal“, dazu die tägliche „Geschichte“ über dem Strich und weiter höchstens noch das Sensationsüberheben oder den Sensationsprozeß. Das „Journal“, das beliebteste „Madinette“-blatt, hält immerhin auf literarische Form oder genauer auf bekannte Autorennamen. Es hat auch mitunter Leitartikel mit sozialem Einschlag. Die ganze, mit wahrem Raffinement geschaffene Atmosphäre ist aber doch die der Gedankenlosigkeit. Viel schlimmer noch ist der Tinseltanz. Die Pariser Theater haben, abgesehen von ein paar zumeist elenden, ein nichtswürdiges Repertoire von Kriminalstücken oder „wäterländischen“ Heldendramen abspielenden Vorstadttheatern, unerschwingliche Preise. Man kann in Massen selbst ältere Leute treffen, die noch nie ein Theater besucht haben, aber schwermütig aus ein junges Mädchen aus dem Volk, das noch nicht im „Konzert“ — was hier Tinseltanz bedeutet — war. Die Kinoplätze nicht zu vergessen. Dann aber spielt noch der gefährliche Anschauungsunterricht mit, den die in Paris auf der Oberfläche treibende Halbwelt mit ihrem Scheinglanz zur Befestigung der Madinette-Romanik beiträgt. Der Bourgeois verachtet die Frau, die ihren Körper feilhält solange, bis sie ihm als Geschäftsmann zu verdienen gibt — dann aber kriecht er vor ihr. Und wenn sie im eigenen Auto fährt, empfindet er beinahe Ehrfurcht. Man bedenke nun, was es bedeutet, daß Rohntausende Schneiderinnen, Modistinnen usw. für diese oder eine ihr nahestehende Kundenschaft arbeiten, deren berühmteste Vertreterinnen obendrein einen dem Altertum nachgelassenen Selbsterlust in einem Teil der Presse genießen! Es ist unter diesen Verhältnissen noch ein wahres Wunder und ein glänzendes Zeugnis der moralischen Kraft des Proletariats, daß ein so großer Teil der weiblichen Arbeiterschaft der Lodung standhält und sich mit infamen Löhnen unter ständigem Verzicht durchschlägt. Aber man begreift auch, wie ungenauer schwer es ist, in ihre von all dem Flitter verwirrte Gedankenwelt den Sinn für Ernst und Kampf zu pflanzen.

Endlich aber muß der Vorurteile gedacht werden, die in der Arbeiterschaft selbst gegen die politische Betätigung der Frau fortleben. Mit diesem Ueberbleibsel kleinbürgerlicher Denkweise hat man wohl auch im Proletariat anderer Länder noch zu rechnen, aber es gibt doch kein Land, wo die sozialistische Bewegung selbst auf ihrer ersten geschichtlichen Entwicklungs-

stufe eine der bürgerlichen Gleichstellung der Frau feindliche Tendenz von solcher Stärke zeigt, wie dies in Frankreich unter dem Einfluß Proudhons, eines speichbürgerlich bornierten Häufers der Frauenbefreiung, unter dem Kaiserreich in den französischen Gruppen der Internationale der Fall war. Nach heute wehrt sich in der französischen Buchdrucker-Gewerkschaft der zünftlerische Geist gegen die Zulassung der Frauen. In den anderen Gewerkschaften ist wohl diese Denkweise nicht mehr sichtbar, aber unter der Oberfläche wirken die kleinbürgerlichen Anschauungen noch genug stark weiter, um manche sozialistisch denkenden Arbeiter die Teilnahme ihrer Gefährtin oder Tochter an der Bewegung nicht mit besonderer Sympathie betrachten zu lassen.

Die fortschreitende Erkenntnis der unerbittlichen sozialen Entwicklung, die kraftvolle Propaganda unserer Genossinnen und das Beispiel der anderen Parteien der sozialistischen Internationale werden indes hoffentlich mit diesen Resten der Vergangenheit aufzuräumen und Frankreich eine sozialistische Frauenbewegung geben, die es an Größe, Kraft und an Einfluß in und außerhalb der Partei mit dem Ausland aufnehmen kann.

Paris, im März 1914. O. P.  
Wie uns aus Paris mitgeteilt wird, wird die Gruppe der sozialistischen Frauen des Seine-Departements, welche der französischen Sozialdemokratie angeschlossen ist, zum ersten Mal am Frauentag teilnehmen. Auf Beschluß der Gruppe der sozialistischen Frauen findet am Montag, den 9. März, in Paris ein großes internationales Meeting statt, in welchem das volle Bürgerrecht für die Frauen gefordert werden wird.

## Die gewerkschaftliche Organisation unter den Arbeiterinnen.

Als in den 60er Jahren die Arbeiter begannen, sich in moderne Gewerkschaften zusammenzuschließen, dachte anfänglich niemand daran, daß es notwendig sei, auch in den Reihen der Arbeiterinnen für die Organisation zu wirken. Es war dies auch verständlich, weil zu damaliger Zeit Arbeiterinnen nicht einen so großen Prozentsatz der insgesamt beschäftigten Personen ausmachten und zumeist in solchen Berufen anzutreffen waren, die zum großen Teil ungelernete Arbeiter beschäftigten. Zuerst aber organisierten sich die gelerneten Arbeiter. Die industrielle Frauenarbeit war für die große Masse der Bevölkerung noch etwas Neues und war damals außerdem in den meisten Fällen eine nur vorübergehende Beschäftigung, die mit der Heirat ihr Ende erreichte.

Dieser Zustand änderte sich zwar mit der fortschreitenden Industrialisierung der verschiedenen Erwerbszweige. Die Frauenarbeit wurde zu einem wichtigen Faktor für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und damit war die Notwendigkeit vorhanden, auch die Arbeiterinnen für die Organisationen, also für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen.

Nach einer von privater Seite aufgenommenen Statistik gab es 1877 bereits 1250 organisierte Arbeiterinnen in der „Gewerkschaft der Manufaktur- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts“. Ob auch andere Verbände weibliche Mitglieder hatten, läßt sich nicht feststellen.

Dann folgte die Zeit des Sozialistengesetzes, eine Zeit, in der die Arbeiterklasse nicht viel Gelegenheit hatte, auch unter den Arbeiterinnen Aufklärung zu verbreiten und sie für die Gewerkschaften zu gewinnen. Das Sozialistengesetz mit seinen Folgen verbot auch, daß die Arbeiterklasse sich der Gefahr der unorganisierten Frauenarbeit bewußt wurde. Daher kam es, daß noch verschiedene Jahre nach Aufhebung dieses Schandgesetzes eine Reihe von Berufsorganisationen sich um die Arbeiterinnen nicht sonderlich bemühten. Immerhin hatte ein Teil der aufgeregten Arbeiterschaft bereits erkannt, welche wichtige Rolle die Arbeiterinnen im Wirtschaftsleben spielen, und nicht zuletzt hat diese Erkenntnis dazu beigetragen, dem Streik um die Organisationsform, ob Lokalorganisation mit politischer Betätigung oder politisch-neutrale Zentralverbände zugunsten der letzteren zu entscheiden, der anfangs der neunziger Jahre die Entwicklung der Gewerkschaften hemmte.

In der Statistik über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen vom Jahre 1892 wurde zum ersten Male über die Zahl der organisierten Arbeiterinnen berichtet. Damals waren 4355 weibliche Mitglieder in 18 Verbänden, im Verhältnis zur Zahl der Gesamtmitglieder 1,8 Proz. organisierte Arbeiterinnen vorhanden. 1895 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder noch immer erst 6007, dann aber stieg sie in einem Jahre auf 15644, und von da ab mit dreimaligen Unterbrechungen in den Jahren 1897, 1898 und 1909 bis auf 216462 im Jahre 1912. Im Vergleich zur Gesamtzahl der in den freien Gewerkschaften organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen waren nach der letzten Veröffentlichung 8,8 Proz. organisierte Arbeiterinnen vorhanden. Mit den in den Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter vereinigte Arbeiterinnen betrug die absolute Ziffer sogar 227500.

Berücksichtigt man die Schwierigkeiten, die der Gewinnung von Arbeiterinnen heute noch begegnen, so muß unbedingt von einem großen Erfolge der Betätigung unter den Arbeiterinnen gesprochen werden. Die jungen Arbeiterinnen leben fast allgemein in größerer Abhängigkeit in der Familie als die jungen Männer und sind auch in ihren Ausgaben größerer Kontrolle durch das Elternhaus, vor allen Dingen der Mutter, ausgesetzt. Noch heute aber ist bei diesen die Ansicht nicht ganz ausgerottet, daß ein Mädchen oder eine Frau nicht in die Versammlung und auch nicht in die Organisation gehört. Trotz der Erfahrung, die jede Arbeiterin und Arbeiterfrau machen kann, ist ein Teil von ihnen noch heute der Ansicht, daß Erwerbsarbeit in Fabrik oder Werkstätte nur vorübergehende Beschäftigung ist.

Stehen auch der Organisation der Arbeiterinnen also weit mehr und größere Hindernisse im Wege als der der Arbeiter, erfolgreich ist die Arbeit dennoch. Das beweist schon die Zunahme der Zahl organisierter Arbeiterinnen in verhältnismäßig kurzer Zeit. Die Entwicklung breitet sich auch hier Bahn, sobald die Verhältnisse dies bedingen. Mehr als jemals ist aber heute die Zusammenfassung aller arbeitenden Kräfte notwendig. Das vereinigte Unternehmertum ist mit aller Macht bemüht, die Erfolge der Arbeiterorganisationen und diese selbst zu vernichten und die Regierung unterstützt diese Bestrebungen, weil auch ihr der Aufstieg der Arbeiterklasse gefährlich dünkt. Deshalb können die Gewerkschaften heute, wo die Arbeiterinnen einen so erheblichen Prozentsatz aller Arbeitskräfte ausmachen, auf ihre Hilfe nicht verzichten, wollen sie sich den Bestrebungen der Gegner gegenüber behaupten und für die Arbeiter und Arbeiterinnen bessere wirtschaftliche Verhältnisse schaffen. Sie bemühen sich deshalb, die Arbeiterinnen für sich zu gewinnen und es gelingt ihnen trotz aller Schwierigkeiten, die ihnen bei dieser Arbeit bereitet werden.

Ihre Verbearbeit würde aber erheblich erleichtert werden, wenn die weiblichen Angehörigen der Arbeiterklasse den Vorgängen des öffentlichen Lebens mehr Interesse abgewinnen könnten. Wir wollen hoffen, daß der diesjährige Frauentag wieder einer Reihe von Arbeiterfrauen und -töchtern die Augen öffnet und ihnen den Weg zeigt, den die Angehörigen der Arbeiterklasse gehen müssen.

Vielen Tausenden von Arbeiterinnen ist dieser Weg noch nicht bekannt. Je eher es aber gelingt, auch sie zu überzeugen, daß nur in der Vereinigung aller Arbeitskräfte die Macht der gewerkschaftlichen Organisation liegt, desto eher wird es dieser gelingen, ihre Aufgabe zu erfüllen und der Arbeiterklasse bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen und ihnen dadurch den Kampf ums Dasein zu erleichtern.



